

Das Jugendstrafverfahren des Kantons Aargau

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde der hohen
juristischen Fakultät der Universität Bern

Eingereicht von

Ernst Moor, Fürsprech

Jugendanwalt

von Vordemwald und Strengelbach

(Kanton Aargau)

in Aarau

Das Jugendstrafverfahren des Kantons Aargau

Das Jugendstrafverfahren des Kantons Aargau

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde der hohen
juristischen Fakultät der Universität Bern

Eingereicht von

Ernst Moor, Fürsprecher

Jugendanwalt

von Vordemwald und Strengelbach

(Kanton Aargau)

in Aarau

Die Fakultät hat diese Arbeit
am 17. Mai 1945 auf Antrag von Prof. Dr. Thormann
als Dissertation angenommen, ohne damit zu den
darin ausgesprochenen Auffassungen
Stellung nehmen zu wollen.



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Literaturverzeichnis	9
Materialien und Botschaften	11
Abkürzungen	13
Einleitung	15

I. Teil

Die Behördenorganisation

§ 1. Allgemeine Bemerkungen über die Ausgestaltung der Behördenorganisation	17
I. Die bei der Ausgestaltung der Behördenorganisation maßgebenden Faktoren	17
II. Die Schulpflege als Organ der Jugendstrafrechts- pflege	18
III. Insbesondere die Ausgestaltung der Jugendanwaltschaft	21
§ 2. Die untersuchenden Behörden	24
I. Die Schulpflege als Untersuchungsbehörde	24
1. Einleitende Bemerkungen	24
2. Das Abgrenzungskriterium für die Zuständigkeit der Schulpflege (Volksschulpflicht)	25
3. Der für die Abgrenzung der Zuständigkeit maßgebende Zeitpunkt	26
4. Die örtliche Zuständigkeit der Schulpflege	27
II. Die Jugendanwaltschaft als Untersuchungsbehörde	27
1. Als Untersuchungsbehörde gegenüber nicht mehr volksschulpflichtigen Jugendlichen	27
2. Als Untersuchungsbehörde gegenüber Kindern und volksschulpflichtigen Jugendlichen	28
§ 3. Die richterlichen Behörden und ihre Zuständigkeit	29
I. Die Schulpflege als urteilende Behörde	29
II. Das Jugendgericht erster Instanz	30
1. Einleitende Bemerkungen	30
2. Kollegialgericht oder Einzelrichter?	31

3. Ordentliches oder Spezialgericht? — Geltende Regelung	32
4. Die Zuständigkeit des Jugendgerichts erster In- stanz	35
III. Das Jugendgericht zweiter Instanz (Beschwerde- instanz)	38
IV. Der Jugendanwalt als Strafbefehlsrichter . . .	39
1. Der Grundsatz	39
2. Ueber die Kompetenz des Jugendanwaltes zur Er- teilung eines Verweises im Strafbefehlsverfahren	41
§ 4. Das kantonale Jugendamt	44

II. Teil

Das Verfahren gegen Kinder und Jugendliche

§ 5. Allgemeine Verfahrensbestimmungen	48
I. Eidgenössisches und kantonales Verfahrensrecht .	48
II. Allgemeine Bestimmungen des kantonalen Jugend- strafverfahrens	48
1. Zuständigkeit für die Entgegennahme von Straf- anzeigen	49
2. Zustellung gerichtlicher Akte	49
3. Verwahrung und Herausgabe der Akten	50
4. Die Behandlung der Zivilansprüche	51
5. Das Zeugnisverweigerungsrecht	52
6. Trennung des Verfahrens von demjenigen gegen Erwachsene	53
§ 6. Das Untersuchungsverfahren	54
I. Aufgabe und Mittel der Untersuchung	54
II. Die Untersuchungshaft	55
III. Das Untersuchungsverfahren vor Schulpflege und Jugendanwalt	58
IV. Der Abschluß der Untersuchung	58
1. Durch Einstellung der Untersuchung. Ueberwei- sungsverfahren	58
2. Durch Aufschub des Entscheides oder Absehen von Maßnahmen und Strafen	60

	Seite
3. Durch Ueberweisung an die urteilende Instanz .	61
a) Die Ueberweisungsbehörde	61
b) Insbesondere die Ueberweisung an die Schulpflege	61
§ 7. Das Verfahren vor dem Richter	63
I. Urteilsverfahren vor der Schulpflege	63
II. Das Strafbefehlsverfahren	64
III. Die Hauptverhandlung vor dem Jugendgericht erster Instanz	66
1. Allgemeines	66
2. Persönliches Erscheinen des Beanzeigten	66
3. Ausschluß der Oeffentlichkeit	68
4. Einschränkung der Presseberichterstattung	70
5. Ausschluß des Beanzeigten von der Verhandlung	71
6. Anwesenheit des Jugendanwaltes	71
7. Die Verteidigung	72
a) Beschränkung auf berufsmäßige Verteidigung	72
b) Keine Verteidigung in der Untersuchung und vor der Schulpflege	73
c) Die Verteidigung vor dem Jugendgericht	73
d) Die amtliche Verteidigung	74
e) Kenntnissgabe an die Jugendanwaltschaft	75
f) Grundsätzliches über die Verteidigung im Jugendstrafverfahren	75
IV. Die Rechtsmittel	76
1. Allgemeines	76
2. Die Beschwerde gegen Verfügungen des Jugendanwaltes im Untersuchungsverfahren	76
3. Die Beschwerde gegen Urteile des Jugendgerichts erster Instanz	77
a) Voraussetzungen	77
b) Das Beschwerdeverfahren	78
4. Die Wiederherstellung	79
V. Zusammentreffen von strafbaren Handlungen im Uebergangsalter	81
§ 8. Die Behandlung der Gerichtskosten	84
1. Bei Erledigung des Verfahrens durch Urteil	84
a) Staatsgebühren	84

	Seite
b) Verfahrenskosten	85
c) Haftbarkeit der Eltern	85
2. Bei anderer Art der Erledigung des Verfahrens	86
a) Bei Einstellung des Verfahrens	86
b) Bei Aufschub des Entscheidens und Absehen von Maßnahmen oder Strafen	87
3. Die Einforderung der auferlegten Kosten	87

III. Teil

Die Vollstreckung der Urteile gegen Kinder und Jugendliche

§ 9. Der Vollzug von Maßnahmen und Strafen gegen Kinder und Jugendliche	88
I. Allgemeines	88
II. Anstalts- und Familieneinweisung	89
III. Insbesondere die Einweisung in die eigene Familie	90
IV. Die Einforderung der Buße	92
V. Der Vollzug des Schularrests	92
§ 10. Die Schutzaufsicht über Jugendliche	93
§ 11. Die Eintragungen in das Strafregister und in die kan- tonale Strafkontrolle	95
I. Die Eintragungspflicht	95
II. Die Durchführung der Eintragungen	96
§ 12. Die Kosten des Maßnahmen- und Strafvollzuges gegen Kinder und Jugendliche	97
I. Der Grundsatz	97
II. Der Rückerstattungsanspruch der unterstützungs- pflichtigen Armenbehörde und seine Geltend- machung	99
III. Die Heimschaffung	100
§ 13. Die staatliche Aufsicht über die privaten Erziehungs- anstalten	101
Schlußwort	104

Anhang

Revisionsvorschläge de lege ferenda	105
---	-----

Literaturverzeichnis

- Eichenberger Kurt*: Privatstrafklage und Strafantrag nach aargauischem Zuchtpolizeirecht. Diss. Bern 1934.
Vom Anwaltsmonopol, im Aarg. Beamtenblatt, 40. Jahrgang (1943) S. 25 ff. und 37 ff.
- Frey Erwin*: Jugendgericht oder Vormundschaftsbehörde als Zentralorgan der Jugendstrafrechtspflege? Z 53 S. 310.
- Grob Hans*: Die Kosten des Straf- und Massnahmenvollzuges für Jugendliche. III. Jugendgerichtstag S. 74.
- Haftner Ernst*: Die Achtzehn- bis Zwanzigjährigen. Z 53 S. 355.
- Haller Kurt*: Die Adhäsion im aargauischen Strafprozeßrecht. Diss. Bern/Aarau 1943.
- Hasler Eugen*: Die jugendlichen Verbrecher im Straf- und Strafprozeßrecht. Aarau 1908.
- Hauser E.*: Zur Einführung des schweizerischen Strafgesetzbuches in den Kantonen. Z 53 S. 243.
Die zur Durchführung des Schweizerischen Jugendstrafrechts notwendigen Organe. III. Jugendgerichtstag S. 88.
- Leuenberger Jakob*: Zur Frage der Delikt konkurrenz bei jugendlichen des Uebergangsalters (18. bis 20. Altersjahr). ZbJV 73 S. 401.
Ordentliches Strafgericht oder besonderes Jugendgericht? III. Jugendgerichtstag S. 107.
- Loosli Walter*: Ueber Delikt konkurrenzen des Jugendstrafrechts. ZbJV 73 S. 406.
- Pfenninger H. F.*: Schweizerisches Jugendstrafrecht. SJZ 35 S. 241.
Grundsätzliches zum zürcherischen Einführungsgesetz. SJZ 38 S. 77, insbesondere S. 80 — 82.
Die Verteidigung im zürcherischen Jugendstrafrecht. Z 39 S. 54.
Das Jugendstrafverfahren. III. Jugendgerichtstag S. 23.

- Pro Juventute*: Leitsätze für die Ausgestaltung des Jugendstrafverfahrens in den kantonalen Einführungsgesetzen, aufgestellt durch die von der Schweiz. Stiftung „Pro Juventute“ eingesetzte Kommission im Anschluß an den III. Jugendgerichtstag Februar 1939. Z 53 S. 245, zit. „Leitsätze“.
- Schlatter M.*: Die Schutzaufsicht über Jugendliche. III. Jugendgerichtstag S. 78.
- Schneider Robert*: Die Verteidigung im schweizerischen Jugendstrafrecht. Aarau 1945.
- Thormann Philipp*: Die Revision des Strafverfahrens des Kantons Bern. Z 20 S. 63.
Prozeßrechtliche Bemerkungen zum Jugendstrafrecht. Z 43 S. 91.
Das Gesetz über die Jugendrechtspflege des Kantons Bern. Z 45 S. 47.
- Thormann Ph. — von Overbeck A.*: Das Schweizerische Strafgesetzbuch (Kommentar) Zürich 1940.
- Werder Bruno*: Das Privatstrafklageverfahren im Aargau, im Aarg. Beamtenblatt 41. Jahrgang (1944) S. 9 ff., 20 ff., 25 ff., 33 ff. und 41 ff.

Materialien und Botschaften

Gesetz betr. die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches im Kanton Aargau vom 21. Juli 1941

Vorentwurf der Justizdirektion, zitiert „Vorentwurf“. Bericht zum
Vorentwurf vom 19. Januar 1940, zitiert „Bericht“.

Entwurf des Regierungsrates vom 18. Oktober 1940. Botschaft des
Regierungsrates zu diesem Entwurf vom gleichen Tage, zitiert
„Botschaft EG“.

Entwurf der Großratskommission vom 11. Januar 1941.

Ergebnis der 1. Beratung durch den Großen Rat vom 20. März
1941.

Abänderungsanträge des Regierungsrates für die 2. Lesung vom
10. Mai 1941.

Botschaft des Regierungsrates dazu vom gleichen Tage, zitiert
„Botschaft 2. Lesung“.

Entwurf der Großratskommission für die 2. Beratung vom 4. Juli
1941.

Verordnung über das Jugendstrafverfahren des Kantons Aargau vom 17. November 1941

Entwurf des Regierungsrates vom 26. September 1941. Botschaft
des Regierungsrates zu diesem Entwurf vom gleichen Tage,
zitiert „Botschaft VJStrV“.

Ergebnis der Beratung durch die großrätliche Kommission vom
10. November 1941.

Verordnung über das kantonale Jugendamt vom 7. Januar 1942.

Entwurf des Regierungsrates vom 14. November 1941. Botschaft
des Regierungsrates zu diesem Entwurf vom gleichen Tage.

Verordnung über die Organisation der Jugendanwaltschaft vom 7. Januar 1942

Entwurf des Regierungsrates vom 21. November 1941. Botschaft
des Regierungsrates zu diesem Entwurfe vom gleichen Tage.

Dekret betr. die Gebühren in Strafsachen vom 8. März 1944

Entwurf des Regierungsrates vom 26. November 1943. Botschaft des Regierungsrates zu diesem Entwurf vom gleichen Tage.

- Protokoll über die Verhandlungen des Großen Rates des Kantons Aargau, zitiert „Protokoll GR“.
- Protokoll über die Verhandlungen der Großratskommission für das Gesetz betr. die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches im Kanton Aargau, zitiert „Protokoll EG“.
- Protokoll über die Verhandlungen der Großratskommission für die Verordnung über das Jugendstrafverfahren des Kantons Aargau, zitiert „Protokoll VJStrV“.
- Protokoll über die Verhandlungen der Justiz-Kommission des Kantons Aargau.

Abkürzungen

<i>aaO</i>	am angegebenen Ort
<i>BRV</i>	Bundesratsverordnung
<i>BU</i>	Bundesverfassung
<i>EG</i>	Gesetz betr. die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches im Kanton Aargau
<i>ErgG</i>	Ergänzungsgesetz betr. die Strafrechtspflege (I—IV)
<i>GR</i>	Großer Rat des Kantons Aargau
<i>OG</i>	Obergericht
<i>RRV</i>	Regierungsratsverordnung
<i>SJZ</i>	Schweizerische Juristenzeitung
<i>StGB</i>	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937
<i>StPO</i>	Strafprozeßordnung
<i>VJS</i>	Vierteljahresschrift für aargauische Rechtsprechung
<i>VJStrV</i>	Verordnung über das Jugendstrafverfahren des Kan- tons Aargau vom 17. November 1941
<i>Z</i>	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht
<i>ZbJV</i>	Zeitschrift des bernischen Juristenvereins
<i>ZGB</i>	Zivilgesetzbuch
<i>ZPG</i>	Zuchtpolizeigesetz des Kts. Aargau vom 19. Hornung 1868
<i>ZPO</i>	Zivilprozeßordnung für den Kt. Aargau vom 12. März 1900
<i>III. Jugend- gerichtstag</i>	Bericht über den III. Schweizerischen Jugend- gerichtstag in Zürich, 24. und 25. Februar 1939
<i>AGVE</i>	Aargauische Gerichts- und Verwaltungsentscheide

Einleitung

Der Kanton Aargau kannte schon vor der Einführung des schweiz. Strafgesetzbuches gewisse materielle Sonderbestimmungen über die Behandlung Jugendlicher im Alter von 15 — 18 Jahren. Diesen gegenüber war der Richter gemäß den §§ 11 — 17 des IV. Ergänzungsgesetzes betr. die Strafrechtspflege vom 22.3.1932 an die bei den speziellen Tatbeständen angedrohten Strafen weder nach Art noch nach Dauer gebunden und konnte an Stelle von Bestrafung auf Anstaltsversorgung erkennen.

Ein besonderes Verfahrensrecht dagegen besaß der Kanton Aargau für diese jugendlichen Rechtsbrecher vor dem 1.1.1942 nicht ¹⁾. Sie wurden vielmehr nach den gleichen Vorschriften behandelt wie die Erwachsenen: Die ordentlichen Untersuchungsbeamten führten die Untersuchung; die Beurteilung erfolgte durch die Bezirksgerichte, das Kriminalgericht und das Schwurgericht. Strafbare Handlungen von schulpflichtigen Kindern wurden, ohne Beachtung bestimmter Verfahrensvorschriften, rein disziplinarisch auf Grund der Schulordnung durch die Schulpflege geahndet. Um den Vollzug der Urteile hatte sich keine dieser Instanzen zu kümmern.

Bei Einführung des eidg. Strafgesetzbuches war der Kanton Aargau genötigt, die Behördenorganisation und das Verfahren in Jugendstrafsachen grundlegend neu zu gestalten, wenn er eine lebendige und sinngemäße Anwendung des materiellen eidg. Jugendstrafrechts gewährleisten wollte. Diese Aufgabe wurde in folgenden gesetzgeberischen Erlassen gelöst:

- Gesetz betr. die Einführung des schweiz. Strafgesetzbuches im Kanton Aargau vom 21. Juli 1941, III. Titel §§ 40 — 58;
- Verordnung des Großen Rates über das Jugendstrafverfahren des Kantons Aargau vom 17.11.1941;
- Verordnung des Großen Rates über die Organisation der Jugendanwaltschaft vom 7. Januar 1942;
- Verordnung des Großen Rates über das kantonale Jugendamt vom 7. Januar 1942.

¹⁾ Vgl. Pfenninger SJZ 35, S. 243.

Protokoll GR vom 17. November 1941 Art. 120, S. 132.

Der Vorentwurf der Justizdirektion zum EG hatte ursprünglich den ganzen Kreis von einschlägigen Bestimmungen im Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch zusammengefaßt. Auf Antrag der Justizkommission wurden dann aber die Verfahrensvorschriften aus dem Einführungsgesetz herausgenommen und in diesem selbst nur noch die Grundzüge der Neuregelung, insbesondere die Behördenorganisation und die Zuständigkeit festgelegt, während die Verfahrensvorschriften gemäß § 52 EG einer Verordnung des Großen Rates vorbehalten blieben²⁾. Man wählte diese Lösung, damit allenfalls sich zeigende Mängel im Verfahren leichter behoben werden können, als das bei Festlegung der betreffenden Bestimmungen im Einführungsgesetz möglich wäre. Inzwischen sind auch bereits hinsichtlich Behandlung der Staatsgebühren und Verfahrenskosten in Jugendstrafsachen gewisse Änderungen getroffen worden durch das Dekret des Großen Rates betr. die Gebühren in Strafsachen vom 8.3.1944. (Vgl. hinten § 7 VI.)

Eng angelehnt an die 33 Leitsätze für die Ausgestaltung des Jugendstrafverfahrens in den kant. Einführungsgesetzen zum Strafgesetzbuch, die s. Zt. eine vom Arbeitsausschuß der Stiftung „Pro Juventute“ eingesetzte Kommission zuhanden der kant. Justizdirektionen ausgearbeitet hat (Z 53 S. 245), jedoch unter Rücksichtnahme auf bereits Bestehendes und die Eigenart des Kantons hat der Aargau in den genannten gesetzgeberischen Erlassen für die Behandlung der Kinder und Jugendlichen ein Sonderverfahren geschaffen, das in § 40 EG ganz allgemein wie folgt charakterisiert wird:

„Das Jugendstrafverfahren ist ein Sonderverfahren, das vor allem auf Erziehung und Fürsorge für Kinder und Jugendliche durch Maßnahmen und Strafen gerichtet ist.

Für die Auswahl der Maßnahmen und Strafen ist das Wohl des fehlbaren Kindes oder Jugendlichen bestimmend.

Dem Fehlbaren ist das Verwerfliche seiner Handlung verständlich zu machen.“

Die vorliegende Arbeit will dieses Verfahren in seinen Grundzügen zur Darstellung bringen, wobei auch einige praktische Erfahrungen des Verfassers als Jugendanwalt des Kantons Aargau verwertet werden sollen.

²⁾ In § 55 des Entwurfes des Regierungsrates vom 18.10.1940 zum EG war die Kompetenz zum Erlaß dieser Verordnung dem Regierungsrate vorbehalten. Die großrätliche Kommission hat dann aber in § 49 ihres Entwurfes vom 11.1.1941 diese Kompetenz dem Großen Rate übertragen.

Vgl. Botschaft EG S. 50.

Die Behördenorganisation

§ 1. Allgemeine Bemerkungen über die Ausgestaltung der Behördenorganisation

I. Die bei der Ausgestaltung der Behördenorganisation maßgebenden Faktoren

Neben Rücksichten auf Bestehendes war namentlich der in der Einleitung kurz umrissene Charakter des Strafverfahrens gegen Kinder und Jugendliche für die Ausgestaltung der Behördenorganisation bestimmend. Der aargauische Gesetzgeber hat sich der Einsicht nicht verschlossen, daß für dieses auf Fürsorge und Erziehung gerichtete Sonderverfahren die Behördenorganisation des ordentlichen Strafverfahrens nicht genügen konnte.

Die im Strafgesetzbuch nach neuen Gesichtspunkten ausgebauten Behandlung von Kindern und Jugendlichen forderte eine weitgehende Loslösung der mit dieser Aufgabe betrauten Behörden von denjenigen des ordentlichen Strafverfahrens. Kinder und Jugendliche gehören nicht vor ein Kriminalgericht und erst recht nicht vor das Schwurgericht; die ordentlichen Untersuchungsbehörden (Bezirksamt und Gerichtspräsident als Untersuchungsrichter) konnten schon aus Mangel an Zeit für die in der Untersuchung gegen Kinder und Jugendliche sich stellenden neuen Aufgaben nicht herangezogen werden; ebenso wenig schien die Einbeziehung der Staatsanwaltschaft als Anklagebehörde im Jugendstrafprozeß in Frage zu kommen. Sodann war der bisherige Behördenapparat namentlich für den Vollzug der gegenüber Kindern und Jugendlichen im Sinne des eidg. Strafgesetzbuches angeordneten Erziehungsmaßnahmen nicht geeignet. Wurde früher ein Jugendlicher nach § 12 des IV. ErgG vom 22.3.1932 in eine Erziehungsanstalt eingewiesen, so kümmerte sich nach der Urteils-

fällung weder die Staatsanwaltschaft noch das urteilende Gericht weiter um das Verhalten des Anstaltszöglings. Nach eidg. Strafgesetzbuch hat nun aber eine bestimmte Behörde in allen Fällen die Erziehung der in Familien oder Anstalten eingewiesenen Kinder und Jugendlichen zu überwachen; sie muß — da die Erziehungsmaßnahmen innerhalb einer maximalen Dauer auf unbestimmte Zeit lauten — für die Aufhebung der getroffenen Maßnahmen besorgt sein, wenn diese ihren Zweck erreicht haben.

Für die Durchführung dieser Aufgabe war die Bestellung besonderer Organe im Kanton Aargau unerlässlich. Das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch hat deshalb neben drei bereits bestehenden Organen, denen bestimmte Funktionen im Jugendstrafverfahren zugewiesen wurden, zwei neue geschaffen: Die Jugendanwaltschaft und das Jugendamt. § 41 EG sieht demgemäß folgende Organe der Jugendstrafrechtspflege vor:

1. Die Jugendanwaltschaft,
2. Das Jugendamt,
3. Die Schulpflege,
4. Das Jugendgericht,
5. Die Justizdirektion ³⁾).

II. Die Schulpflege als Organ der Jugendstrafrechtspflege

Der regierungsrätliche Entwurf zum Einführungsgesetz sah nur eine ganz untergeordnete Mitwirkung der Schulpflege in der Jugendstrafrechtspflege vor (§ 48 Ziff. 2). In der Botschaft zu diesem Entwurfe stehen sogar noch die Worte: „... Aus der bisherigen Entwicklung in den Kantonen darf der Schluß gezogen werden, daß die sogenannte Schulgerichtsbarkeit keine große Verbreitung finden wird“ ⁴⁾. Der Entwurf des Regierungsrates für die 2. Lesung des Einführungsgesetzes hat aber im Hinblick auf die in den Be-

³⁾ Die Aufgabe der Justizdirektion als Organ der Jugendstrafrechtspflege besteht lediglich in einer allgemeinen Aufsicht über die Jugendanwaltschaft und das Jugendamt (vgl. §§ 42 Abs. 4 und 45 Abs. 1 EG). Besondere Aufgaben hat dagegen die Justizdirektion im Rahmen der Jugendstrafrechtspflege nicht zu erfüllen.

⁴⁾ Botschaft EG S. 52. Pfenninger SJZ 35 S. 242 u. 247. Auch die Leitsätze erwähnen die Möglichkeit nicht, Schulbehörden als untersuchende oder richterliche Instanz im Jugendstrafverfahren einzusetzen.

ratungen der Großratskommission geäußerten Bedenken, daß der Jugendanwalt sich zu sehr mit kleinen Fällen abgeben und wegen jeder Kleinigkeit im Kanton herumreisen müsse, die Funktionen der Schulpflege erweitert und diese als eigentliches Organ der Jugendstrafrechtspflege eingesetzt, wobei es auch im Einführungsgesetz geblieben ist⁵⁾.

Man war im Kanton Aargau auf die Erfahrungen mit der Schulpflege als Organ der Jugendstrafrechtspflege wohl besonders gespannt. Die Jugendanwaltschaft hat über diese Erfahrungen in ihrem Jahresbericht pro 1943 folgendes geschrieben:

„Wenn im ersten Tätigkeitsbericht der Jugendanwaltschaft erklärt wurde, die Einführung des neuen Jugendstrafverfahrens habe sich zwar ohne besondere Schwierigkeiten und Reibungen vollzogen, ein abschließendes Urteil über die Erfahrungen mit der Schulpflege als Organ der Jugendstrafrechtspflege sei indessen noch nicht möglich, so lassen sich heute Vor- und Nachteile dieser Einbeziehung der örtlichen Schulbehörden in das System des Jugendstrafverfahrens einigermaßen überblicken. Wir sind so abwägend der Auffassung, daß die Vorzüge dieser Lösung überwiegen. Vor allem wird dadurch eine gewisse Dezentralisation zugunsten der lokalen Schulbehörden erreicht, die uns gerade im Verfahren gegen Kinder besonders wertvoll zu sein scheint. Bagatelldfälle und dumme Bubenstreiche gelangen auf diese Weise gar nicht vor den Jugendanwalt, sondern können von der Schulpflege im Einverständnis der Jugendanwaltschaft mit Schularrest oder Verweis erledigt werden. Bis heute ist es ein einziges Mal vorgekommen, daß sich die Jugendanwaltschaft und eine Schulpflege im Sinne von § 23 der VJStrV nicht einigen konnten, sodaß die Akten dem Jugendgericht zur Entscheidung überwiesen werden mußten.

Mißbehagen bereiten den Schulpflegern immer wieder gewisse Formalitäten, die jedes Strafverfahren nun einmal an sich hat. Die Jugendanwaltschaft ist deshalb dazu übergegangen, den Schulpflegern gelegentlich ein Musterbeispiel für die Ausfertigung eines Urteils vorzulegen, was sich als sehr zweckmäßig erwiesen hat, sodaß von dieser Möglichkeit zukünftig in ver-

⁵⁾ In § 43 Ziff. 1 EG wurden die Worte beigefügt: „... unter Vorbehalt des § 47 hienach. Ferner wurde § 47 EG geschaffen (vgl. Protokoll EG S. 178/179).

mehrtem Maße Gebrauch gemacht werden wird. Daß etwa Schulpflegen die ihnen übertragenen Jugendstrafsachen nicht mit der notwendigen Speditivität behandeln, spricht u. E. nicht gegen die gesetzliche Regelung an sich. Es geht selbstverständlich nicht an, mit der Behandlung einer Jugendstrafsache einfach zuzuwarten bis zur nächsten ordentlichen Schulpflegsitzung, wenn eine solche höchstens vierteljährlich stattfindet. Wir möchten nicht verschweigen, daß wir in dieser Hinsicht immer wieder Schulpflegen mahnen mußten, anderseits aber auch feststellen, daß viele Schulpflegen vorbildlich speditiv gearbeitet haben“⁶⁾.

Diese Ausführungen möchten wir auch hier bestätigen. Zwar ist ein abschließendes Urteil über die Zweckmäßigkeit der aargauischen Lösung auch heute noch nicht möglich, da die Jugendstrafrechtspflege im Kanton Aargau immer noch in den Kinderschuhen steckt, obschon die Schulpflegen schon vor der Einführung des eidg. Strafgesetzbuches strafbare Handlungen von Schülern untersucht und disziplinarisch geahndet, event. den Täter der Vormundschaftsbehörde (Gemeinderat) zur Anordnung vormundschaftlicher Maßnahmen überwiesen haben. Die Ansprüche des neuen Jugendstrafverfahrens sind aber doch ganz andere, sowohl in materieller wie in formeller Beziehung. Die Verwendung der Schulpflege als Organ der Jugendstrafrechtspflege kommt nur deshalb überhaupt in Frage, weil bei Kindern lediglich gewisse Kategorien von Delikten vorkommen, namentlich Eigentumsdelikte, was die Untersuchungstätigkeit wesentlich erleichtert. Sodann kommt es weitgehend darauf an, *wie* die Mitwirkung der Schulpflege ausgestaltet wird. Wir glauben, daß der aarg. Gesetzgeber in dieser Beziehung eine recht glückliche Hand hatte, indem er der Jugendanwaltschaft — wie wir noch zeigen werden — weitgehende Kontrollkompetenzen gegenüber der Schulpflege als Organ der Jugendstrafrechtspflege eingeräumt hat, sodaß gewisse Garantien für eine sachgemäße Behandlung der in die Zuständigkeit der Schulpflege fallenden Jugendstrafsachen geschaffen sind. Die unzweifelhaft vorhandenen Schwächen der aargauischen Regelung — sachlich und formell etwas primitive, meistens der Gründlichkeit entbehrende, oftmals auch unbegründet verzögerte

⁶⁾ Vgl. Rechenschaftsbericht der Justiz- und Polizeidirektion des Kantons Aargau für das Jahr 1942 S. 60/61, 1943 S. 63/64.

Untersuchung gegen Kinder; gewisse unfruchtbare Doppelspurigkeiten, namentlich in den Fällen, die nachher noch dem Jugendgericht vorgelegt werden müssen — verlieren unter den obwaltenden Umständen an Bedeutung, sodaß die Vorzüge der aargauischen Lösung — gewisse Dezentralisation, Entlastung der Jugendanwaltschaft von Bagatellsachen, Fernhalten der Kinder von strafprozessualen Behörden — in der Tat zu überwiegen scheinen. Wir möchten daher die Mitwirkung der Schulpflege in der Jugendstrafrechtspflege eigentlich nicht missen und jedenfalls z. Zt. de lege ferenda keine andere Regelung vorschlagen.

III. Insbesondere die Ausgestaltung der Jugendanwaltschaft

Daß im Hinblick auf die besonderen Aufgaben der Jugendstrafrechtspflege die Bestellung eines zentralen Organs innerhalb der neu zu schaffenden Behördenorganisation notwendig sei, war von Anfang an eigentlich nie ernsthaft bestritten. Dagegen hat die Ausgestaltung dieses zentralen Organs, das nach dem Vorbilde anderer Kantone als „Jugendanwaltschaft“ bezeichnet wurde, im Verlaufe der gesetzgeberischen Beratungen viel zu reden gegeben. Vorab stand zur Diskussion die Frage, ob eine zentrale Jugendanwaltschaft geschaffen oder ob dezentralisierte, z. B. Bezirks-Jugendanwaltschaften bestellt werden sollen. Die Justizdirektion war der Auffassung, daß nur die zentralisierte Lösung befriedigen könne. Dennoch sah man davon ab, diesen zentralen Jugendantwalt in den Vorentwurf der Justizdirektion aufzunehmen, weil sich dagegen eine starke Opposition erhob (Bericht S. 26/27). Es wurden deshalb im Vorentwurf Bezirks-Jugendanwaltschaften vorgeschlagen (Art. 55). Justizkommission und Regierungsrat haben dann aber ebenfalls die Ansicht vertreten, daß nur die Errichtung einer zentralen Jugendanwaltschaft eine wirklich befriedigende Lösung ergeben werde, weshalb in § 46 Abs. 1 des regierungsrätlichen Entwurfs gesagt wurde: „... Es wird eine kantonale Jugendanwaltschaft errichtet“. In den Beratungen des Großen Rates setzte sich jedoch die Opposition gegen diese zentrale Jugendanwaltschaft neuerdings durch, sodaß das Wort „kantonale“ wieder gestrichen und nur noch gesagt wurde: „... Es wird eine Jugend-

anwaltschaft errichtet“⁷⁾). Diese Fassung ist schließlich als § 42 Abs. 1 EG Gesetz geworden. Die Frage, ob die Jugendanwaltschaft zentral geordnet oder dezentralisiert werden soll, war damit freilich noch nicht endgültig entschieden; man war ihr nur ausgewichen, um alle Möglichkeiten offen zu lassen. Anlässlich der Beratung der Verordnung über die Organisation der Jugendanwaltschaft im Großen Rate tauchten die Meinungsverschiedenheiten neuerdings auf. Der Regierungsrat erklärte in seiner Botschaft zum Entwurf für diese Verordnung, er vertrete nach wie vor die Ansicht, daß die Jugendanwaltschaft grundsätzlich zentral zu organisieren sei. Demgemäß wurde im § 1 Abs. 1 des regierungsrätlichen Entwurfs folgende Fassung vorgeschlagen: „Unter dem Namen kantonale Jugendanwaltschaft besteht eine staatliche Amtsstelle mit Sitz in Aarau.“ Im Großen Rate wurde jedoch gegen diese Fassung opponiert; das Wort „kantonale“ hat man zwar belassen, dagegen die Worte „mit Sitz in Aarau“ gestrichen. Der Sinn dieser Streichung kann nur der sein, daß man einer endgültig zentral organisierten Jugendanwaltschaft nicht zustimmen und sich nach wie vor alle Möglichkeiten offen halten wollte. So lautet denn § 1 der Verordnung über die Organisation der Jugendanwaltschaft in seiner endgültigen Fassung folgendermaßen: Unter dem Namen „kantonale Jugendanwaltschaft“ besteht eine staatliche Amtsstelle. Sie wird je nach Bedürfnis und Geschäftsbelastung mit 1 — 3 Jugendanwälten besetzt. Sofern mehrere Jugendanwälte erforderlich sind, können sie durch Beschluß des Großen Rates für einen bestimmten Kantonsteil zuständig erklärt werden⁸⁾).

Mit dieser Lösung hat man die ursprünglich vorgesehenen Bezirks-Jugendanwaltschaften praktisch aufgegeben und der von der Regierung befürworteten zentralen Jugendanwaltschaft zugestimmt. Am 12.3.1942 wurde die Jugendanwaltschaft vorläufig mit

⁷⁾ Protokoll GR vom 3.3.1941 Art. 648 S. 1021: „Herr XY stellt den Antrag, das Wort „kantonale“ im ersten Absatz (§ 42) zu streichen, obschon die Kommission noch nicht endgültig Stellung genommen hat. Der Redner möchte nicht etwa die Jugendanwaltschaft beseitigen. Die Botschaft des Regierungsrates erwähnt bekanntlich, daß zwei Jugendanwälte nötig sind. Gegen die Zentralisation sind Bedenken gemacht worden, so auch von der Staatsanwaltschaft. Der Jugendanwalt hat sehr viele Kompetenzen. Es wird von den Praktikern darauf hingewiesen, daß die Dezentralisation besser sei. Der Sprechende will aber heute nicht auf diese Frage eintreten, sondern sie offen lassen. Praktisch ändert sein Antrag am Vorschlag des Regierungsrates nichts. Doch kann später eine Dezentralisation ohne Gesetzesänderung vorgenommen werden.“ Das Wort „kantonale“ wird mit 61 gegen 56 Stimmen gestrichen.

⁸⁾ Vgl. Protokoll GR vom 7. Januar 1942 Art. 155, S. 176 — 178.

einem Funktionär besetzt. Später sind ihm die nötigen Hilfskräfte beigegeben worden. Am 12. Nov. 1946 hat der Große Rat einen zweiten Jugendanwalt gewählt. Ein gewisses Mitspracherecht beim Weiterausbau der Jugendanwaltschaft hat sich der Große Rat dadurch gewahrt, daß gemäß § 3 der Organisationsverordnung die Jugendanwälte von ihm gewählt werden müssen, während z. B. der Vorsteher des Jugendamtes vom Regierungsrat gewählt wird⁹⁾. Wahlfähig als Jugendanwalt ist jeder in bürgerlichen Ehren stehende Schweizerbürger, welcher sich über ein abgeschlossenes Rechtsstudium oder sonst über eine geeignete Vorbildung, sowie über Spezialkenntnisse auf dem Gebiete der Jugendstrafrechts- pflege oder der Jugendfürsorge ausweisen kann. Frauen sind wählbar.

Wir möchten in der Diskussion um die Ausgestaltung der aarg. Jugendanwaltschaft nicht das pro und contra dieser oder jener Lösung im Einzelnen erörtern, sondern lediglich abschließend unsere persönliche Meinung über diese Frage folgendermaßen zusammenfassen:

Eine gute dezentralisierte Lösung ist selbstverständlich besser als eine schlechte zentralisierte, im Hinblick auf die starke geographische Zersplitterung und die Verschiedenartigkeit der Bevölkerung in den einzelnen Kantonsteilen des Kantons Aargau — Zeitersparnis, Erforschung der persönlichen Verhältnisse — aber

⁹⁾ In § 46 Abs. 3 des Regierungsratsentwurfs war die Wahl des Jugendanwaltes dem Regierungsrat vorbehalten. Die Großratskommission hat jedoch diese Aufgabe dem Großen Rate übertragen (§ 42 Abs. 3 des Entwurfes), wobei es im Einführungsgesetz geblieben ist (§ 42 Abs. 3), während der Vorsteher des Jugendamtes vom Regierungsrat gewählt wird (§ 3 der Verordnung über das kantonale Jugendamt). Vgl. auch Diskussion im Schoße der Großratskommission für das Einführungsgesetz über die Wahlart des Jugendanwaltes in Protokoll EG S. 59/60. Ferner Protokoll GR vom 7. Januar 1942 Art. 155 S. 175: „Die Wahlart des Vorstehers des Jugendamtes wurde von der Kommission eingehend besprochen. Der vorliegende Entwurf des Regierungsrates will die Wahl des Vorstehers des Jugendamtes dem Regierungsrat überlassen, während die Jugendanwälte nach § 42 des Einführungsgesetzes vom Großen Rate gewählt werden. Die Mehrheit der Kommission stimmt diesem Vorschlage des Regierungsrates zu und zwar deshalb, weil der Vorsteher des Jugendamtes eine ähnliche Stellung bekleiden wird, wie die Direktionssekretäre, die Vorsteher des Lehrlings- oder Arbeitsamtes. Alle diese Aemter stehen in besonders engem Kontakt zum Regierungsrat, sodaß es als zweckmäßig erscheint, diesem auch die Wahl zu übertragen. Es ist dabei zu beachten, daß die selbe Wahlart für das Jugendamt beispielsweise auch in den Kantonen Bern und Zürich Rechtens ist. Daß die Jugendanwälte vom Großen Rate gewählt werden, steht damit nicht im Widerspruch, denn ihre Stellung entspricht derjenigen der Staatsanwälte, für welche auch der Große Rat Wahlbehörde ist. Eine Minderheit der Kommission ist jedoch der Auffassung, daß die Wahl der leitenden Beamten von Jugendamt und Jugendanwaltschaft der nämlichen Behörde, d. i. dem Großen Rate übertragen werden sollte.“ (Referent).

auch noch besser als eine gute zentralisierte. In der Verwirklichung der guten dezentralisierten Lösung aber liegt die Schwierigkeit. Es ist klar, daß eine gute Lösung nur in der Bestellung von hauptamtlich in der Jugendfürsorge tätigen Funktionären erblickt werden kann. Niemand kann Jugendstrafrechtspflege sachkundig in Verbindung mit allen möglichen Nebenbeschäftigungen betreiben, die mit ihr in keinem Zusammenhang stehen. Man müßte also in den Bezirken — event. einzelne kleinere Bezirke zusammengefaßt — z. B. hauptamtliche Jugendfürsorgesekretariate schaffen, die sich neben der allgemeinen Jugendfürsorge auch mit der Jugendstrafrechtspflege zu befassen hätten¹⁰⁾. Eine in dieser Weise dezentralisierte Lösung wäre zweifellos der ideale Weg. Sie kostet aber vor allem sehr viel Geld, und daran wird deren Verwirklichung vorderhand noch scheitern. Ob aber der Kanton Aargau nicht doch noch einmal auf diese Möglichkeit zurückkommen wird? Solange er dies nicht tut, ist jedenfalls der zentralen Jugendanwaltschaft vor nebenamtlich dezentralisierten Amtsstellen unbedingt der Vorzug zu geben.

§ 2. Die untersuchenden Behörden

Untersuchungsorgane im Jugendstrafverfahren sind die Schulpflege und die Jugendanwaltschaft.

I. Die Schulpflege als Untersuchungsbehörde

1. Einleitende Bemerkungen.

§ 47 Abs. 1 EG lautet: „Ist das fehlbare Kind oder der Jugendliche noch schulpflichtig, so wird die Untersuchung unter gleichzeitiger Kenntnissgabe des Falles an die Jugendanwaltschaft in der Regel durch ein Mitglied der Schulpflege geführt.“ Diese Bestimmung ist wörtlich auch vom Entwurf des Regierungsrates zu der Verordnung über das Jugendstrafverfahren übernommen, dann aber durch die großrätliche Kommission ergänzt, bzw. präzisiert worden, sodaß nun § 12 Abs. 1 der Verordnung über das Jugendstrafverfahren in seiner endgültigen Fassung lautet: „Ist das fehl-

¹⁰⁾ Man empfindet es in der Praxis immer wieder als etwas Willkürliches, daß die Betreuung der rechtsbrechenden Jugend aus der allgemeinen Fürsorge für die gefährdete Jugend überhaupt herausgerissen wird.

bare Kind oder der Jugendliche zur Zeit der Einleitung des Verfahrens noch volksschulpflichtig, so wird die Untersuchung unter gleichzeitiger Kenntnissgabe des Falles an die Jugendanwaltschaft in der Regel durch ein Mitglied der zuständigen Schulpflege geführt.“

2. Das Abgrenzungskriterium für die Zuständigkeit der Schulpflege (Volksschulpflicht).

Die Schulpflege ist eingesetzt zur Durchführung der Untersuchung gegenüber volksschulpflichtigen Rechtsbrechern. Wer volksschulpflichtig ist, definiert § 1 des Schulgesetzes für den Kanton Aargau vom 20.11.1940. Darnach werden die im Kanton wohnhaften Kinder im Frühling desjenigen Jahres schulpflichtig, in dem sie das 7. Altersjahr vollenden. Die Schulpflicht dauert 8 Jahre. Mit Ablauf des Schuljahres, in dem das Kind das 15. Altersjahr vollendet, hört sie auf.

Es gibt somit volksschulpflichtige Rechtsbrecher, die das 14. Altersjahr bereits überschritten haben, mithin nicht mehr Kinder, sondern Jugendliche im Sinne des eidg. Strafgesetzbuches sind. Der Kanton Aargau stellt m. a. W. bei der Abgrenzung der Zuständigkeit zur Durchführung der Untersuchung im Jugendstrafverfahren nicht auf die Altersstufen des eidg. Strafgesetzbuches ab, sondern hat ein eigenes Abgrenzungskriterium geschaffen, eben die Volksschulpflicht. Gegenüber dem volksschulpflichtigen Rechtsbrecher ist die Schulpflege ordentliche Untersuchungsbehörde, gegenüber den nicht mehr volksschulpflichtigen Jugendlichen die Jugendanwaltschaft. Prozessual findet also die Zäsur nicht mit Erreichung des 14. Altersjahres statt, sondern erst mit Beendigung der Volksschulpflicht im Sinne von § 1 des Schulgesetzes. Nicht mehr volksschulpflichtig in diesem Sinne sind z. B. Schüler der 4. Klasse Bezirksschule, Schüler der Mittelschulen oder sog. Fortbildungsschüler (§ 28 ff. Schulgesetz), obschon sie alle noch „in die Schule“ gehen. Ihnen gegenüber ist daher die Schulpflege zur Durchführung einer Strafuntersuchung nicht mehr zuständig¹¹⁾.

Wer ist zuständig zur Durchführung der Untersuchung gegenüber Kindern, die das 6. Altersjahr erreicht haben und daher ge-

¹¹⁾ In ähnlicher Weise stellt auch der Kanton Bern prozessual auf die Schulpflicht ab, Art. 46 ff. bernisches EG zum StGB vom 6. Oktober 1940.

maß Art. 82 StGB wohl strafmündig, jedoch gemäß § 1 des Schulgesetzes noch nicht volksschulpflichtig sind? Da die Volksschulpflicht im Kanton Aargau immer erst im Frühling des Jahres beginnt, in welchem das Kind 7 Jahre alt wird, ist diese Situation praktisch nicht selten. Die einschlägigen Bestimmungen geben keine Antwort auf die erwähnte Frage. Auch in den gesetzgeberischen Beratungen ist darüber nichts gesagt worden. Man hat an diese Möglichkeit offenbar nicht gedacht. Die Schulpflege muß aber u. E. auch in solchen Fällen zuständig sein. Es wäre sinnlos, gegenüber vorschulpflichtigen Kindern von der für Schüler geltenden Regelung abzugehen und eine andere Instanz als zuständig zu erklären. De lege ferenda scheint es aber angezeigt, dies ausdrücklich zu statuieren, da das vorschulpflichtige Kind noch nicht unter der Disziplinargewalt einer Schulpflege steht, sodaß unser Vorschlag immerhin nicht selbstverständlich ist.

3. Der für die Abgrenzung der Zuständigkeit maßgebende Zeitpunkt.

Damit die Schulpflege zuständig sei, muß die Volksschulpflicht noch bestehen *im Zeitpunkte der Einleitung des Verfahrens*. Das mußte zur Vermeidung von Unsicherheiten ausdrücklich gesagt werden, weil das eidg. Strafgesetzbuch sowohl für den Beginn der Strafmündigkeit, wie für die Abgrenzung zwischen Kindern und Jugendlichen einerseits, Jugendlichen und Minderjährigen anderseits immer abstellt auf das Alter zur Zeit der Tat. Der Sinn dieser Abweichung des kantonalen Prozeßrechts vom eidg. Strafgesetzbuche ist klar: die Schulpflege kann nur eine Untersuchung gegen einen Fehlbaren führen, der ihrer Disziplinargewalt bei Beginn des Verfahrens noch unterstellt ist¹²⁾. Es kommt praktisch häufig vor, daß ein Jugendlicher wohl zur Zeit der Tat noch volksschulpflichtig war, im Zeitpunkte der Einleitung eines vielleicht erst nach Jahr und Tag beginnenden Verfahrens dies jedoch nicht mehr ist. Solche im Zeitpunkte der Einleitung des Verfahrens der Schule entwachsene Jugendliche, sollen nicht mehr von der Schulpflege behandelt werden, auch wenn sie noch als Schüler

¹²⁾ Eine Ausnahme von diesem Grundsatz bildet der vorerwähnte Fall des vorschulpflichtigen Kindes. Hier soll aus dargelegten Gründen die Schulpflege zur Durchführung der Untersuchung zuständig sein, obschon das betr. fehlbare Kind im Zeitpunkte der Einleitung des Verfahrens noch nicht volksschulpflichtig und daher der Schulpflege noch nicht unterstellt ist.

eine straffbare Handlung begangen haben. Ein im Zeitpunkte der Einleitung des Verfahrens zwar noch volksschulpflichtiger, im Verlaufe der Untersuchung aber der Schule entwachsener Angeschuldigter kann nur so lange von der Schulpflege behandelt werden, als er noch in die Schule geht, nachher nicht mehr; er kann also auch nicht mehr von der Schulpflege beurteilt werden. Vgl. § 3 I.

4. Die örtliche Zuständigkeit der Schulpflege.

Welches ist die nach § 12 VJStrV *örtlich zuständige* Schulpflege?

Geht der fehlbare Schüler an seinem gesetzlichen Wohnort oder am Aufenthaltsort in die Schule, so ist die Schulpflege des betreffenden Wohnortes bzw. des Aufenthaltsortes zur Durchführung der Untersuchung zuständig. Das ist klar. In unseren Verhältnissen kommt es aber häufig vor, daß Kinder nicht in ihrer Wohn- oder Aufenthaltsgemeinde in die Schule gehen, namentlich bei Bezirks- oder Sekundarschülern. Wer ist in diesen Fällen zuständig? Das Gesetz gibt auf diese Frage keine Antwort. U. E. ist in solchen Fällen die Schulpflege desjenigen Ortes als zuständig zu erklären, wo der fehlbare Schüler in die Schule geht, da er der Disziplinar-gewalt dieser Schulpflege untersteht.

Es erhebt sich auch die weitere Frage, wer die Untersuchung gegen volksschulpflichtige *Anstaltszöglinge* zu führen hat. Eine zuständige Schulpflege gibt es in diesen Fällen nicht. Dagegen könnte bei Delikten von Anstaltszöglingen die betreffende Aufsichtskommission bzw. ein Mitglied derselben oder der Anstaltsvorsteher die Funktionen der Schulpflege ausüben. Da Straffälle von Anstaltszöglingen praktisch ziemlich häufig sind, sollte de lege ferenda auch diese Frage geregelt werden.

II. Die Jugendanwaltschaft als Untersuchungsbehörde

1. Als Untersuchungsbehörde gegenüber nicht mehr volksschulpflichtigen Jugendlichen.

Ist der fehlbare Jugendliche zur Zeit der Einleitung des Verfahrens nicht mehr volksschulpflichtig, so wird die Untersuchung durch den Jugendanwalt geführt (§ 43 Ziff. 1 EG in Verbindung mit § 13 Abs. 1 VJStrV).

Es wurde bereits dargetan, daß in den ursprünglichen Entwürfen zum Einführungsgesetz der Jugendanwalt überhaupt einziges Untersuchungsorgan im Jugendstraßprozeß war, und daß erst der Entwurf der Großratskommission für die 2. Beratung des Einführungsgesetzes auch noch die Schulpflege als Untersuchungsorgan eingesetzt hat. Der Schulpflege konnte aber die Untersuchung gegen Jugendliche im nicht mehr volksschulpflichtigen Alter nicht übertragen werden. Diese Untersuchungen bereiten oftmals erhebliche Schwierigkeiten. Es befinden sich zuweilen hartnäckige Sünder unter diesen jungen Rechtsbrechern, denen nur mit einer gewissen Erfahrung und Gewandtheit im Untersuchungswesen beizukommen ist. Die Schaffung eines speziellen Untersuchungsorgans für diese Kategorie von Delinquenten war deshalb notwendig.

In statistischer Hinsicht ist zu bemerken, daß unter der Gesamtzahl von Anzeigen, die bei der Jugendanwaltschaft eingehen, ca. 80 % Jugendliche betreffen und nur ca. 20 % Kinder, sodaß die Untersuchungen gegen Jugendliche bedeutend größern Umfang einnehmen als diejenigen gegenüber Kindern.

Ähnlich wie im bernischen Recht (Art. 34 Ziff. 6 bern. EG z. StGB) hat der Jugendanwalt auch im Kanton Aargau gemäß § 43 Ziff. 9 EG die Untersuchung zu führen und bei der zuständigen Armenbehörde Antrag zu stellen in allen Fällen, da gegen einen gefährdeten oder verwahrlosten Jugendlichen im Sinne des § 15 Abs. 3 des Gesetzes über die Armenfürsorge vom 12.3.1936 die Versetzung in eine Spezialanstalt notwendig wird.

2. Als Untersuchungsbehörde gegenüber Kindern und volksschulpflichtigen Jugendlichen.

Die Untersuchung gegen Kinder und Jugendliche, die im Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens noch volksschulpflichtig sind, wird nur „in der Regel“ von der zuständigen Schulpflege geführt. Abweichend von dieser Regel kann die Jugendanwaltschaft jederzeit eine solche Untersuchung an sich ziehen und diese selbst führen (§ 47 Abs. 2 EG).

Verschiedene Gründe können die Jugendanwaltschaft veranlassen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Namentlich wird sie das tun bei tatbeständlich oder rechtlich komplizierten

Fällen, deren Behandlung Schulpflegen ohne Fachleute zu große Schwierigkeiten bereiten würde.

Bei dem nahen Kontakt der örtlichen Schulbehörde mit der Bevölkerung, also auch mit dem angeschuldigten Schüler und dessen Eltern, könnte es in gewissen Fällen auch aus rein persönlichen Gründen angezeigt sein, die Untersuchung von der Jugendanwaltschaft führen zu lassen. Ferner besteht für den Jugendanwalt in allen Fällen, in denen die Schulpflege bereits eine erste Untersuchung geführt und Anordnung einer Erziehungsmaßnahme vorgeschlagen hat — die, wie wir noch sehen werden, vom Jugendgericht auszusprechen ist — ein Bedürfnis, den fehlbaren Schüler ebenfalls noch einem Verhör zu unterziehen, um ihn persönlich kennen zu lernen. Der Jugendanwalt muß ja in diesen Fällen beim zuständigen Jugendgericht den Versorgungsantrag stellen und begründen; er wird dies nicht vom grünen Tische aus, ohne persönliche Kontaktnahme mit dem Delinquenten tun wollen.

§ 3. Die richterlichen Behörden und ihre Zuständigkeit

Richterliche Funktionen in Jugendstrafsachen haben im Kanton Aargau gemäß §§ 44 — 50 EG die Schulpflege, das Jugendgericht (1. und 2. Instanz) und die Jugendanwaltschaft.

I. Die Schulpflege als urteilende Behörde

Auf Grund einer in der Justizkommission gefallenen Anregung wurden schon im Entwurf des Regierungsrates zum Einführungsgesetz der Schulpflege gewisse Urteilsbefugnisse eingeräumt (§ 48 Ziff. 2 dieses Entwurfes). Mit der Bestellung der Schulpflege zum eigentlichen Organ der Jugendstrafrechtspflege sind dann deren Kompetenzen als richterliche Behörde noch erweitert worden. Gemäß § 47 Abs. 3 EG und § 19 VJStrV beurteilt die Schulpflege strafbare Handlungen von Kindern und volksschulpflichtigen Jugendlichen, sofern als Sanktionen nur Schularrest oder Verweis in Frage kommen. Die Zuständigkeit der Schulpflege als richterliche Behörde ist also analog wie im Untersuchungsverfahren ab-

gegrenzt, d. h. es wird wiederum abgestellt auf die Volksschulpflicht. Nur Volksschulpflichtige können von der Schulpflege beurteilt werden, und zwar eben nur dann, wenn der Jugendanwalt Verweis oder Schularrest beantragt. Die Schulpflege kann dementsprechend nur Schularrest verhängen oder einen Verweis erteilen, nicht aber eine Erziehungsmaßnahme anordnen. Dazu ist nur das Jugendgericht zuständig¹³⁾.

II. Das Jugendgericht erster Instanz

1. Einleitende Bemerkungen.

In der Diskussion über die Frage, von welcher gerichtlichen Behörde Kinder und Jugendliche beurteilt werden sollen, war erfreulicherweise im Kanton Aargau die Einsicht dafür vorhanden, daß Schwur- und Kriminalgericht für diese Aufgabe nicht in Betracht fallen konnten, sondern daß nach dem Vorbilde anderer Kantone Kinder und Jugendliche ohne Rücksicht auf die Schwere der Tat von ein- und derselben Behörde abgeurteilt werden sollten¹⁴⁾. Daß man sich indessen an die bestehende bezirksweise Gerichtsorganisation anlehnen wollte, muß als vernünftig und zweckmäßig bezeichnet werden.

Anlaß zu Erörterungen gaben in den gesetzgeberischen Beratungen über diese Fragen namentlich zwei Probleme:

¹³⁾ Die Beurteilung volksschulpflichtiger Jugendlicher durch die Schulpflege begegnet in der Praxis häufig einer gewissen Schwierigkeit, weil auch diese Jugendlichen nach Art. 89 und 95 StGB nicht mit Schularrest bestraft werden können. Diese Rechtslage bereitet namentlich etwa dann gewisse Schwierigkeiten, wenn mehrere Schüler am gleichen Delikt beteiligt sind, von denen einzelne das 14. Altersjahr noch nicht, andere schon erreicht haben, sodaß jene mit Schularrest bestraft werden können, diese dagegen nicht. Das materielle eidgenössische Recht sieht eben den 14. Geburtstag als Trennungsstrich zwischen Kindern und Jugendlichen vor, während im Kanton Aargau die Schulpflicht gemäß § 1 des Schulgesetzes erst in demjenigen Jahre zu Ende geht, in welchem der Schüler das 15. Altersjahr erreicht. Wollte man aber deswegen der Schulpflege nur die Beurteilung von Kindern übertragen, so hätte das zur Folge, daß sich bei Beteiligung von Kindern und volksschulpflichtigen Jugendlichen an ein und demselben Delikt verschiedene Behörden mit den beteiligten Schülern zu befassen hätten, was ebenso unzumutbar wäre. Wir glauben daher nicht, daß sich de lege ferenda eine Aenderung der geltenden Regelung in diesem Punkte aufdrängt. Abgrenzungen nach dem Alter, wie diejenige zwischen Kindern und Jugendlichen oder Jugendlichen und Minderjährigen, haben immer etwas Unbefriedigendes und Willkürliches an sich.

¹⁴⁾ Vgl. dazu Pfenninger SJZ 35 S. 247; Botschaft EG S. 60.

- a) Soll man beim System des Kollegialgerichts bleiben, das der herrschenden Anschauung im Kanton Aargau besser entspricht, oder soll man im Interesse eines einfachen und raschen Verfahrens in Jugendstrafsachen zum Einzelrichtersystem übergehen?
- b) Soll die richterliche Instanz spezialisiert werden oder nicht?

2. Kollegialgericht oder Einzelrichter?

Diese Frage wurde durch Kompromiß gelöst, indem man eine Kombination zwischen Einzelrichter und Kollegialgericht geschaffen hat. Schon die ersten Entwürfe zum Einführungsgesetz sahen vor, leichtere Fälle dem Jugendanwalt zur Entscheidung zu überlassen, während man die Anordnung einschneidender Maßnahmen einer Kollegialbehörde vorbehielt. Dabei ist es schließlich auch in der endgültigen Fassung des Einführungsgesetzes geblieben.

Wir halten diese Lösung für durchaus zweckmäßig und glücklich. Zwar verzichten wir darauf, alle Gründe anzuführen, welche dafür sprechen, die Anordnung so einschneidender Erziehungsmaßnahmen wie die Versorgung in einer fremden Familie oder in einer Anstalt einer Kollegialbehörde vorzubehalten. Der Regierungsrat hat in seiner Botschaft zum Entwurf für das Einführungsgesetz (S. 60 ff.) zu dieser Frage ausführlich Stellung genommen, sodaß darauf verwiesen werden kann. Neben der wohl nicht zu Unrecht vom Kollegialgericht erwarteten Verminderung der Irrtumsmöglichkeit spricht nach der Meinung des Verfassers namentlich folgendes für die im aarg. Einführungsgesetz getroffene Lösung: Der Untersuchungsbeamte, der zugleich die Anklage zu vertreten hat — heiße er nun Jugendanwalt oder anders — kann es nur begrüßen, wenn sein Antrag auf Anordnung einer Erziehungsmaßnahme oder Ausfällung einer Freiheitsstrafe von einer neutralen Instanz überprüft wird (vgl. Botschaft S. 62). Auch der Jugendanwalt ist nur ein Mensch, der unter dem Eindrücke der Schwierigkeiten, welche Angeschuldigte und ihre Eltern namentlich einer Versorgung sozusagen regelmäßig bereiten, vielleicht doch nicht immer mit der nötigen Unbefangenheit an die Beurteilung herantreten würde. Kommt das Urteil von einer Kollegialbehörde, so wird es überdies vom Verurteilten und seinen Eltern eher anerkannt als der Spruch einer Einzelperson. Daß sich der Jugendanwalt auf die Autorität

eines Gerichts berufen kann, gewährleistet ihm ein freieres und weniger gespanntes Verhältnis zum Versorgungsbedürftigen und seinen Eltern, was namentlich für den nachfolgenden Vollzug von größter Bedeutung ist ¹⁵⁾). Wir wünschen uns daher für den Kanton Aargau keine andere Lösung als die in unserem Einführungsgesetz verankerte. Erziehungsmaßnahmen und Freiheitsstrafen gegenüber Kindern und Jugendlichen sollen nur von einer Kollegialbehörde, d. h. dem Jugendgericht angeordnet werden (§ 49 Ziff. 1 — 3 EG)!

3. Ordentliches oder Spezialgericht? Geltende Regelung.

Bezüglich der Frage, ob das aargauische Bezirksgericht in seiner heutigen Form als Jugendgericht sich eigne, oder ob spezialisierte Jugendgerichte geschaffen werden sollen, waren anfänglich die Meinungen geteilt. Im Vorentwurf hatte man die Errichtung besonderer, auch ihrer Zusammensetzung nach spezialisierter Jugendgerichte vorgesehen (Art. 60 Abs. 2 und 3 Vorentwurf). Der Regierungsrat übertrug dann aber im Interesse einer möglichst einfachen Behördenorganisation die dem spezialisierten Jugendgericht zugeordneten Kompetenzen einem Ausschuss des Bezirksgerichts als Jugendgericht (§ 49 Entwurf des Regierungsrates). Man wollte nicht ohne Not neue Gerichtsinstanzen mit neuem Personal schaffen. Auch haben Erfahrungen im Aargau und in anderen Kantonen — so z. B. im Kanton Bern, wo das Amtsgericht in seiner ordentlichen Zusammensetzung als Jugendgericht funktioniert — ¹⁶⁾ gezeigt, daß die Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte durchaus befriedigt. Der Vorschlag des Regierungsrates ist dann auch Gesetz geworden (§ 48 EG). Als Jugendgericht 1. Instanz amtet demnach heute im Kanton Aargau in jedem Bezirk ein dreigliedriger Ausschuss des Bezirksgerichts, der vom Gesamtgericht jeweils auf eine Amtsdauer selbst konstituiert wird. Letzteres gilt auch für den Präsidenten des Jugendgerichts, was deut-

¹⁵⁾ Der Verfasser hat z. B. während einiger Zeit auf einer Jugendanwaltschaft im Kanton Bern praktisch gearbeitet, wo der Jugendanwalt Erziehungsmaßnahmen gegen Kinder selbst anordnet. Es ist vergleichsweise festzustellen, daß der Jugendanwalt im Kanton Bern bei der Wegnahme von Kindern viel stärkeren Anfechtungen ausgesetzt ist als der aargauische Jugendanwalt, namentlich etwa dann, wenn es sich darum handelt, ein und derselben Familie mehrere Kinder wegzunehmen.

¹⁶⁾ Vgl. Leuenberger, III. Jugendgerichtstag, S. 111.

lich aus der Entwicklung des § 48 EG hervorgeht¹⁷⁾. Wenn es auch die Regel bleiben dürfte, daß der Präsident des Bezirksgerichts zugleich im Jugendgericht den Vorsitz führt, so ist doch eine andere Lösung zulässig. Ersatzmänner des Jugendgerichts sind die übrigen Richter und Ersatzrichter des Bezirksgerichts. Als Gerichtsschreiber amtet der Bezirksgerichtsschreiber.

Das Jugendgericht ist befugt, für jeden einzelnen Fall unter Berücksichtigung seiner besonderen Beschaffenheit eine bis zwei weitere geeignete Personen, auch Frauen, mit beratender Stimme als Sachverständige beizuziehen. Damit sind vorwiegend Aerzte, Psychologen, Lehrer, Geistliche gemeint; ferner — gemäß ausdrücklicher Erwähnung — Frauen, denen unbestreitbar in der Jugendfürsorge besondere Qualitäten zukommen¹⁸⁾.

Der regierungsrätliche Entwurf wollte die vom Jugendgericht beigezogenen Personen mit den Rechten und Pflichten eines Richters ausstatten, während sie dann gemäß Antrag der Großratskommission in § 48 Abs. 2 EG nur beratende Stimme erhalten haben. Sie sind nicht vom Volke gewählt, so daß ihnen nicht Stimmrecht bei der Urteilsfällung zugebilligt werden kann. Die

¹⁷⁾ Im Entwurf des Regierungsrates lautete der entsprechende § 49 Abs. 1 1. Satz folgendermaßen: „Als Jugendgericht amtet in jedem Bezirk ein Ausschuß des Bezirksgerichts, der in der Regel aus dem Gerichtspräsidenten und 2 Richtern bestehen soll.“ Die Großratskommission hat diesen Wortlaut folgendermaßen abgeändert: „Als Jugendgericht amtet in jedem Bezirk ein dreigliedriger Ausschuß des Bezirksgerichts, der vom Gericht jeweils auf eine Amtsdauer bestimmt wird.“ Diese Abänderung zeigt deutlich, daß man dem Bezirksgericht hinsichtlich Bestellung des Präsidenten und der Mitglieder des Jugendgerichts völlig freie Hand lassen wollte.

Vgl. auch Protokoll EG S. 71, Protokoll GR vom 3. März 1941 S. 1022 und vom 17. November 1941 Art. 120 S. 136.

¹⁸⁾ Um jeden Zweifel darüber auszuschließen, daß auch Frauen als Sachverständige zu den Verhandlungen des Jugendgerichts beigezogen werden können, wurde dies von der Großratskommission ausdrücklich beigefügt, während der Entwurf des Regierungsrates nur von „geeigneten Personen“ gesprochen hat.

Es erhebt sich auch die Frage, ob die geeigneten Personen nur vom Gesamtgericht, oder auch vom Präsidenten des Jugendgerichts beigezogen werden können. Aus dem Wortlaute von § 48 Abs. 2 EG könnte geschlossen werden, daß nur das Gesamtgericht solche Personen beiziehen kann. Auch auf Grund der Entwicklungsgeschichte dieser Bestimmung kommt man zum gleichen Ergebnis: In § 49 Abs. 2 des Regierungsentwurfes zum EG war die Befugnis zum Beizug geeigneter Personen dem Präsidenten des Gerichts übertragen, während § 45 Abs. 2 des Entwurfs der Großratskommission vom Jugendgericht spricht. (Vgl. auch Protokoll EG S. 66—73, insbesondere S. 69.) Diese Lösung ist aber denkbar unpraktisch. Die Beiziehung von geeigneten Personen ist eine ausgesprochene Aufgabe der Prozeßleitung. Wollte man diese Aufgabe dem Gesamtgericht übertragen, so müßte das Jugendgericht immer zuerst zur Beratung dieser Frage zusammentreten. De lege ferenda sollte daher zu der ursprünglichen Fassung des Regierungsratsentwurfes zurückgekehrt werden.

sachverständigen Personen wohnen der ganzen Verhandlung des Jugendgerichts bei, können z. B. auch Ergänzungsfragen stellen und nehmen nachher an der geheimen Urteilsberatung teil, wo sie ihr sachverständiges Urteil über den betreffenden Fall zur Belehrung der Richter abgeben¹⁹⁾.

Ist das vom Kanton Aargau in § 48 EG geschaffene Jugendgericht 1. Instanz zweckmäßig? Diese Frage wird vermutlich von den Jugendgerichten selbst nicht durchwegs positiv beantwortet werden. Nach unserer Beobachtung hat man diesem „dreigliedrigen Ausschuß des Bezirksgerichts“ in den eigenen Reihen nicht überall Sympathien und Verständnis entgegengebracht, was namentlich daraus hervorgeht, daß auch heute noch häufig die Nicht-Jugendrichter den jugendgerichtlichen Verhandlungen ebenfalls beiwohnen, sodaß dann solche „Jugendgerichte“ praktisch in der Besetzung des Bezirksgerichts tagen. Nun hat aber die Reduktion der Richterzahl von 5 auf 3 zweifellos ihren Sinn. Neben einer gewissen Auslese unter den Richtern nach Eignung, neben einer durchaus begrüßenswerten Beschleunigung und Vereinfachung des Verfahrens (z. B. raschere Aktenzirkulation) wollte man mit dieser Herabsetzung der Richterzahl vor allem den äußeren Rahmen der Gerichtsverhandlung etwas einfacher und intimer gestalten. Je kleiner diese Jugendgerichte sind, desto besser wird ihnen die Fühlungnahme mit dem vor sie tretenden Angeschuldigten gelingen. Insofern ist es also zu begrüßen, daß die Richterzahl im Jugendgericht von 5 auf 3 reduziert wurde. Noch wichtiger als diese Reduktion der Richterzahl schiene uns aber die Entfernung der jugendgerichtlichen Verhandlungen, insbesondere derjenigen gegen Kinder, aus der steifen Atmosphäre unserer Gerichtssäle zu sein. Man muß gesehen haben, wie solche 10-jährige Knirpse vor den Schranken stehen! Manch einer, der in der Untersuchung

¹⁹⁾ Die aargauischen Jugendgerichte haben bis jetzt nicht sehr häufig von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Sachverständige mit beratender Stimme zu ihren Verhandlungen beiziehen zu können. Das mag zur Hauptsache davon herühren, daß in denjenigen Fällen, in denen die Beiziehung von Sachverständigen angezeigt ist, solche wohl regelmäßig schon in der Untersuchung konsultiert wurden und ihre Meinung schriftlich in den Akten niedergelegt haben, sodaß dann in der Hauptverhandlung auf deren Beratung meistens verzichtet werden kann. Das Schwergewicht des Verfahrens liegt eben zweifellos in der Untersuchung. In der Gerichtsverhandlung ist meistens weder die notwendige Zeit noch die geeignete Atmosphäre vorhanden, um mehr als einen flüchtigen Kontakt zwischen den Richtern und dem Angeschuldigten aufkommen zu lassen. Deshalb ist es auch so außerordentlich wichtig, daß die Untersuchung sorgfältig und gründlich geführt wird.

munter plauderte, brachte im Gerichtssaal kaum 10 Worte hervor. Das würde sich aber vermutlich auch vor einer spezialisierten Kollegialbehörde nicht wesentlich ändern. Richtiger Kontakt mit dem Angeschuldigten läßt sich letzten Endes eben nur im Gespräch unter vier Augen gewinnen, was wiederum dafür spricht, das Schwergewicht des Verfahrens in die Untersuchung zu verlegen²⁰⁾.

Zusammenfassend scheint uns die vom aarg. Gesetzgeber getroffene Lösung — spezialisierte Untersuchungsinstanz, dreigliedriger Ausschuß des ordentlichen Bezirksgerichts als Jugendgericht — zweckmäßig zu sein. Große Bedeutung kommt der Reduktion der Richterzahl von 5 auf 3 nicht zu. Wesentlicher wäre die Entfernung der Gerichtsverhandlung, insbesondere diejenige gegen Kinder, aus dem Gerichtssaal.

4. Die Zuständigkeit des Jugendgerichts erster Instanz.

EG § 49 regelt die Kompetenzen des Jugendgerichts 1. Instanz abschließend und bietet kaum besondere Schwierigkeiten. Demnach ist das Jugendgericht 1. Instanz unbekümmert um die Schwere der strafbaren Handlung zuständig für:

- a) Die Anordnung von Maßnahmen gegenüber Kindern und Jugendlichen gemäß Art. 84/85 und 91/92 StGB, sowie die Aenderung dieser Maßnahmen gemäß Art. 86 und 93 StGB.

Die Gründe, welche den aarg. Gesetzgeber veranlaßt haben, die Anordnung dieser einschneidenden Maßnahmen ausschließlich dem Jugendgericht vorzubehalten, wurden in § 3 I. dargelegt. Wir wiederholen, daß sich diese Lösung im großen und ganzen als zweckmäßig erwiesen hat.

- b) Die Ausfällung von Strafen gegenüber Jugendlichen gemäß Art. 95 StGB.

²⁰⁾ Vgl. zu dieser Frage auch Thormann Z 43 S. 111, wo u. a. folgendes ausgeführt wird:

„.... so halte ich jetzt, entgegen frühern Ansichten, die sachgemäße Untersuchung durch einen Spezialisten für wichtiger als die Besetzung des Gerichts; dies namentlich deshalb, weil der Jugendanwalt, wenn man ihm in der Hauptverhandlung Parteirechte überträgt, seinen Einfluß auf das Gericht in starker Weise zur Geltung bringen kann und wohl auf Verständnis bei den Gerichten rechnen darf, während der Richter allfällig fehlendes Verständnis des untersuchenden Organs nicht verbessern kann.“

Wir können diese Ausführungen nach unseren Erfahrungen in der Praxis Wort für Wort bestätigen.

Vgl. auch Leuenberger, III. Jugendgerichtstag, S. 108.

Diese vorbehaltlose Fassung steht zwar im Widerspruch zu § 47 Abs. 3 EG, wonach der Verweis an volksschulpflichtige Jugendliche von der Schulpflege erteilt wird. Vorbehalten bleibt auch die Kompetenz des Jugendanwaltes als Strafbefehlsrichter gemäß § 44 EG. De lege ferenda wären diese Vorbehalte zu berücksichtigen.

Wie bereits dargetan, wird die Bestrafung der jungen Rechtsbrecher im volksschulpflichtigen Alter von der Schulpflege vorgenommen, wenn sich Schulpflege und Jugendanwalt darüber einig sind, daß der Fehlbare mit Schularrest oder Verweis bestraft werden soll, und wenn daher der Jugendanwalt einen entsprechenden Antrag stellt. Weichen dagegen die Auffassungen der Schulpflege und der Jugendanwaltschaft über die anzuordnenden Maßnahmen oder auszufällenden Strafen voneinander ab, und können sich die beiden Amtsstellen darüber nicht verständigen, so sind die Akten dem Jugendgericht zur Entscheidung zu überweisen. In diesem Falle gelangen also Kinder und volksschulpflichtige Jugendliche ebenfalls vor das Jugendgericht, obschon vielleicht bloß Schularrest oder Verweis in Frage kommen. Ueberdies kann das Jugendgericht auch anstelle von beantragter Anstalts- oder Familien-einweisung gegenüber Kindern auf Schularrest oder Verweis erkennen. Das Jugendgericht ist gemäß § 33 Abs. 2 VJStrV in der Urteilsfindung völlig frei. Es kann selbstverständlich auch freisprechen. Erkennt es auf Schularrest oder Verweis, so tut es das nach Sinn und Wortlaut von § 33 Abs. 2 VJStrV kraft eigener Kompetenz; es muß die Akten nicht etwa zwecks Anordnung einer dieser Disziplinarmaßnahmen an die Schulpflege zurückweisen. EG § 49 Ziff. 1—3, wo unter der Zuständigkeit des Jugendgerichts nur von der Anordnung von Erziehungsmaßnahmen gegenüber Kindern und Jugendlichen, sowie von der Ausfällung von Strafen gegenüber Jugendlichen gemäß Art. 95 StGB die Rede ist, mit keinem Worte aber von der Bestrafung von Kindern gemäß Art. 87 StGB, ist demnach unvollständig. In § 49 EG sollte auch die Kompetenz des Jugendgerichts zur Anwendung von Disziplinarmaßnahmen gegenüber Kindern im Sinne von Art. 87 StGB ausdrücklich erwähnt sein. Erfahrungsgemäß sollte überdies eine Möglichkeit bestehen, tatbeständlich oder rechtlich besonders schwierige Fälle überhaupt *nach Ermessen der Jugendanwaltschaft* dem Jugendgericht zur Beurteilung überweisen zu können, und zwar unbekümmert darum, ob die Anordnung einer Erziehungsmaß-

nahme beantragt wird oder bloß Bestrafung mit Schularrest oder Verweis. Es gibt auch im Verfahren gegen Kinder Fälle, deren Beurteilung einer Schulpflege zu große Schwierigkeiten bereitet und daher einer richterlichen Behörde übertragen werden sollte. Diese Forderung muß namentlich etwa dann aufgestellt werden, wenn das Strafurteil für einen möglicherweise nachfolgenden Zivilprozeß bedeutsam ist; jedoch auch aus grundsätzlichen Erwägungen, wie aus Gründen der Rechtssicherheit. Es würde demnach ein Ausgleich geschaffen gegenüber gewissen Bedenken, welche die Uebertragung richterlicher Funktionen an die Schulpflege erweckt ²¹⁾.

- c) Die Anordnung und den Widerruf des bedingten Strafvollzuges gemäß Art. 96 StGB.

Ergänzend ist beizufügen, daß auch der Jugendanwalt als Strafbefehlsrichter bedingte Buße aussprechen und in diesen Fällen den bedingten Strafvollzug selbst widerrufen kann.

- d) Die Löschung der Maßnahmen im Strafregister gemäß Art. 96 Abs. 4, 97 Abs. 3 und 99 StGB.

Die Frage, ob auch Eintragungen im Strafregister, die nicht vom Jugendgericht ausgegangen sind, sondern von der Jugendanwaltschaft — so beim bedingten Strafbefehl und bei Aufschub des Entscheides — durch das Jugendgericht gelöscht werden müssen, wie man nach dem Wortlaute von § 49 Ziff. 5 EG annehmen könnte, ist durch die Praxis entschieden worden. Die jugendgericht-

²¹⁾ Die Jugendanwaltschaft des Kantons Aargau hatte sich z. B. mit folgendem Fall zu befassen:

Am 15. Februar 1944 fuhr ein 14-jähriger Schüler mit einem von 2 Pferden gezogenen Jauchewagen durch die verschneite Dorfstraße. Er stand dabei vor dem Güllenfaß auf dem Deichselträger, von wo aus er mit dem Leitseil die Pferde lenkte. Ein anderer Schüler warf Schneebälle gegen den knapp hinter den Pferden stehenden Fuhrmann. Er traf dabei ein Pferd, das dadurch unruhig wurde. Das Gespann ging zuerst in den Trab und schließlich in den Galopp über. Der junge, die Gefahr nicht erkennende Fahrzeuglenker hatte dadurch die durchbrennenden Pferde nicht mehr in seiner Gewalt. Zum Teil aus Unaufmerksamkeit, zum Teil aus Ungeschicklichkeit seinerseits überrannten die Pferde eine auf der Straße gehende, etwas schwerhörige ältere Frau, die am 16. Februar 1944 den dabei erlittenen Verletzungen erlag.

Die Beurteilung der tatsächlichen und rechtlichen Seite dieses Falles, namentlich die Frage des Kausalzusammenhanges zwischen dem Verhalten der beiden Schüler und dem Tode der überfahrenen Frau, bot Schwierigkeiten, denen eine Schulpflege nicht gewachsen ist. Ähnliche Fälle sind bei Kindern nicht selten.

Vgl. auch Rechenschaftsbericht der Justiz- und Polizeidirektion des Kantons Aargau für das Jahr 1943 S. 64.

liche Abteilung des OG führt in 2 Entscheiden vom 27.5.1949 i. S. H. N. und M. R. aus:

„Als ‚zuständige Behörde‘, welche nach dem klaglosen Ablauf der Probezeit die Löschung des Strafregistereintrages zu verfügen hat, kann nur diejenige Amtsstelle verstanden sein, welche den Straftscheid gefällt hat. Dieser Interpretation steht § 49 EG, trotz seines Wortlautes, dem Sinne nach nicht entgegen. Gemäß § 44 EG stehen der Jugendanwaltschaft, deren Aufgabenkreis in § 43 leg. cit. umschrieben ist, mit Bezug auf Straftatbestände, bei denen nach ihrer Beschaffenheit und nach den Umständen der Tat nur Geldbußen in Frage kommen, richterliche Befugnisse zu, indem sie solche Bagatellfälle durch bedingten Strafbefehl, ähnlich wie der Bezirksamtmann, d. h. als Strafbefehlsrichter zu erledigen hat. Darnach kann logischerweise zur materiellen Behandlung des Löschungsbegehrens nicht das Jugendgericht, sondern nur die Jugendanwaltschaft zuständig sein, die den bedingten Strafbefehl erlassen hat.“

Diese Lösung ist zweifellos zweckmäßig, und es sollte denn auch de lege ferenda der Wortlaut von § 49 Ziff. 5 EG entsprechend klargelegt werden.

- e) Die Anordnung der Friedensbürgschaft gegenüber Jugendlichen (Art. 57 StGB) und die Beurteilung von Einsprachen gegen bedingte Strafbefehle gemäß § 44 EG.

III. Das Jugendgericht zweiter Instanz (Beschwerdeinstanz)

Urteile der Bezirks-Jugendgerichte können unter gewissen Voraussetzungen (vgl. hinten § 7 IV 3 a) durch Beschwerde an das Obergericht weitergezogen werden. Als Beschwerdeinstanz wurde auch am Obergericht eine besondere Abteilung für Jugendstrafsachen geschaffen, die aus 3 Mitgliedern des Obergerichts besteht und somit gleich stark besetzt ist wie das Jugendgericht im Bezirk. Präsident und Mitglieder der Abteilung für Jugendstrafsachen werden vom Gesamtobergericht gewählt. Die übrigen Mitglieder und Ersatzrichter des Obergerichts sind Ersatzmänner der Abteilung für Jugendstrafsachen. Als Gerichtsschreiber amtet ein Obergerichtsschreiber.

Analog der Regelung beim erstinstanzlichen Jugendgericht ist die Abteilung für Jugendstrafsachen des Obergerichts befugt, für jeden einzelnen Fall unter Berücksichtigung seiner besonderen Beschaffenheit ein bis zwei weitere geeignete Personen, auch Frauen, mit beratender Stimme beizuziehen. Wir verweisen diesbezüglich auf die Ausführungen unter § 3 II 3.

IV. Der Jugendanwalt als Strafbefehlsrichter

1. Der Grundsatz.

Leitsatz 17 der „Pro Juventute“ schlägt vor, dem spezialisierten Untersuchungsbeamten leichtere Jugendstrafsachen — wo weder das Gesetz eingreifende Maßnahmen vorschreibt, noch der Einzelfall solche als notwendig erscheinen läßt — auch zur Entscheidung zu überlassen, immerhin mit der Möglichkeit, diese Entscheidung durch ein Jugendgericht überprüfen lassen zu können. Obschon eine solche Personalunion von Untersuchungs- und Urteilsbefugnis dem aargauischen Rechtsdenken widerstrebt, wurde sie doch im Interesse eines einfachen und raschen Verfahrens in gewissem Umfange in das aargauische Jugendstrafverfahren aufgenommen²²⁾. Der gleiche Gedanke fand übrigens auch im ordentlichen Strafverfahren Eingang durch Erteilung von Strafbefehlskompetenz an das Bezirksamt gemäß §§ 19 ff. EG. Im Jugendstrafprozeß wollte man mit diesem vereinfachten Verfahren verhindern, daß geringfügige Fälle zum Gegenstand einer Gerichtsverhandlung gemacht werden müssen, durch die das Geltungsbedürfnis jugendlicher Rechtsbrecher noch geschürt wird (Botschaft EG S. 61/62).

Gemäß § 44 EG können deshalb strafbare Handlungen von Jugendlichen, welche ausschließlich mit einer Geldbuße oder wahlweise mit Geldbuße oder Haft oder Gefängnis bedroht sind und für welche wegen ihrer Beschaffenheit und nach den Umständen der Tat nur Geldbuße in Frage kommt, von der Jugendanwaltschaft durch bedingten Strafbefehl erledigt werden, wobei die §§ 19 ff. EG sinngemäß Anwendung finden.

Die Strafbefehlskompetenz des Jugendanwaltes erstreckt sich demnach auf strafbare Handlungen Jugendlicher, die wahlweise

²²⁾ § 44 EG. Schon der Vorentwurf der Justizdirektion (Art. 75) und der Entwurf des Regierungsrates (§ 48) kannten das Strafbefehlsverfahren.

mit Geldbuße oder Haft oder Gefängnis bedroht sind. Diese Einschränkung war ursprünglich noch enger gefaßt, indem nur von strafbaren Handlungen die Rede war, die mit Geldbuße oder Haft bedroht sind. Vor der 2. Lesung des Großen Rates machte dann aber die Staatsanwaltschaft des Kantons Aargau in einer Eingabe darauf aufmerksam, daß die Strafbefehlsbefugnis im Jugendstrafverfahren nicht an die objektiven Kriterien der Straftat geknüpft werden sollte; weit mehr als im Strafrecht für Erwachsene stehe hier die Person des fehlbaren Kindes oder Jugendlichen im Vordergrund und sei entscheidend für die Frage, ob selbst bei Verbrechen oder Vergehen nur eine Geldbuße ausgesprochen werden soll. Die Staatsanwaltschaft beantragte daher für das Jugendstrafverfahren eine erhebliche Erweiterung der Strafbefehlskompetenz, die dahin zielte, den bedingten Strafbefehl bei allen strafbaren Handlungen zuzulassen, bei denen Geldbuße angemessen erscheint. Der Regierungsrat hielt indessen eine solche Fassung als zu weitgehend. Er war der Auffassung, daß der Strafbefehl bei Verbrechen prinzipiell ausgeschlossen sein soll; ebenso bei Vergehen, welche ausschließlich mit Gefängnis bedroht sind. Dagegen wurde in den Abänderungsanträgen des Regierungsrates für die 2. Lesung des EG die Strafbefehlskompetenz des Jugendanwaltes auch auf Vergehen ausgedehnt, die wahlweise mit Geldbuße oder Haft *oder Gefängnis* bedroht sind (Botschaft 2. Lesung S. 4). Diese Fassung ist schließlich Gesetz geworden. Weiter wollte man nicht gehen, um dem Jugendanwalt nicht allzu große Kompetenzen zuzuweisen, und man wollte auch nicht die objektiven Kriterien der Straftat, an welche die Strafbefehlskompetenz geknüpft ist, fallen lassen. Es können daher lediglich strafbare Handlungen durch Strafbefehl geahndet werden, für welche wegen ihrer Beschaffenheit und nach den Umständen der Tat nur Geldbuße in Frage kommt.

Der Jugendanwalt kann als Strafbefehlsrichter auch den bedingten Strafvollzug für die ausgefallte Buße gemäß Art. 96 StGB anordnen und diesen widerrufen, wenn die in Art. 96 Abs. 3 StGB erwähnten Voraussetzungen für den Widerruf gegeben sind. Er kann den gebüßten Jugendlichen, dem er den bedingten Strafvollzug gewährt hat, unter Schutzaufsicht stellen (§ 43 Ziff. 6 EG).

Gegenüber Jugendlichen ist der Jugendanwalt alleiniger Strafbefehlsrichter. Auch die Ahndung von Uebertretungen richterlicher Verbote im Sinne der §§ 257 ff. ZPO hat — auf Anzeige des Verbotnehmers hin — beispielsweise nicht etwa durch den Gerichts-

präsidenten, sondern gemäß § 44 EG durch den Jugendanwalt zu erfolgen²³⁾).

2. Ueber die Kompetenz des Jugendanwaltes zur Erteilung eines Verweises im Strafbefehlsverfahren.

Die in § 44 EG enthaltenen Worte: „sofern nur Geldbuße in Frage kommt“ haben zunächst sicher den Sinn, daß nicht auch eine schärfere Strafe als Buße, d. h. Einschließung, oder Erziehungsmaßnahmen in Frage kommen dürfen. Wie steht es aber mit der Strafbefehlskompetenz, wenn die Ahndung einer wahlweise mit Geldbuße oder Haft oder Gefängnis bedrohten Tat durch eine *milddere* Strafe als Buße, nämlich durch bloßen Verweis angezeigt erscheint? Kann in diesem Falle das Strafbefehlsverfahren ebenfalls Platz greifen? Kann m. a. W. der Jugendanwalt gestützt auf § 44 EG nicht nur Buße, sondern auch einen bloßen Verweis aussprechen?

Nach dem Wortlaut von § 44 EG ist diese Frage scheinbar eher zu verneinen. Auch bestimmt § 49 Ziff. 3 EG, daß das Jugendgericht zur Ausfällung der in Art. 95 StGB vorgesehenen Strafen, mithin auch des Verweises, zuständig sei. Man kann ferner geltend machen, der Gesetzgeber habe die Erteilung eines Verweises in allen Fällen einer Kollegialbehörde vorbehalten wollen, damit diese Strafe mehr Eindruck mache und nachhaltiger wirke. Auch unter dem alten kantonalen Recht sei der Verweis vom Gericht ausgesprochen worden (§ 16 IV. ErgG 1932).

Dem letztern Argument gegenüber ist einzuwenden, daß dem Jugendgericht immer noch Raum und Gelegenheit zur Erteilung des Verweises an Jugendliche bleibt, auch wenn dem Jugendanwalt im Rahmen von § 44 EG diese Kompetenz ebenfalls zugestanden wird. Es handelt sich nur darum, dem Jugendanwalt unter den in § 44 EG erwähnten Voraussetzungen — Vorliegen einer ausschließlich mit Geldbuße oder wahlweise mit Geldbuße oder Haft oder Gefängnis bedrohten strafbaren Handlung — die Kompetenz zur Ausfällung eines Verweises zuzubilligen. Alle Verbrechen von Jugendlichen, sowie alle Vergehen, die ausschließlich mit Gefäng-

²³⁾ Vgl. VJS 43, 87 Nr. 29. Dieser Entscheid, der für das ordentliche Verfahren ausschließlich den Bezirksamtmann zum Erlaß eines Strafbefehls gemäß §§ 19 ff. EG als zuständig erklärt, gilt sinngemäß auch für das Jugendstrafverfahren, wobei der Jugendanwalt die Stelle des Bezirksamtmanns einnimmt.

Ueber die Kompetenz des Jugendanwaltes zur Löschung des Strafregistereintrages bei bedingtem Strafbefehl und Aufschub des Entscheides vgl. § 3 II Ziff. 4 d.

Durch Strafbefehl des Jugendanwaltes wird auch eine von der Jugendanwaltschaft ausgefällte Buße in Haft umgewandelt. Vgl. S. 65 Anm. 62.

nis bedroht sind, können nicht durch Strafbefehl erledigt werden, sondern sind vom Jugendgericht zu beurteilen. In diesen schwereren Fällen bleibt also die Kompetenz zur Erteilung eines Verweises dem Jugendgericht vorbehalten.

Dem Jugendanwalt im Rahmen von § 44 EG die Kompetenz zuzubilligen, anstatt auf Buße auch auf bloßen Verweis erkennen zu können, steht sodann nicht im Widerspruch zu § 49 Ziff. 3 EG, denn § 44 EG bleibt gegenüber § 49 Ziff. 3 des gleichen Gesetzes vorbehalten, ansonst ja auch die Ausfällung einer Buße durch den Jugendanwalt zu § 49 Ziff. 3 EG in Widerspruch stehen würde. Die Frage bleibt also nur die, ob in § 44 EG die Kompetenz des Jugendanwaltes zur Erteilung eines Verweises an Jugendliche unter den in dieser Bestimmung erwähnten Voraussetzungen überhaupt enthalten ist oder nicht.

Wir sind der Auffassung, daß diese Frage nach Sinn und Geist von § 44 EG, sowie gemäß Entstehungsgeschichte dieser Bestimmung bejaht werden muß. Mit § 44 EG wollte man das Recht zur Erteilung eines Verweises an Jugendliche nicht ausschließlich einer Kollegialbehörde (Jugendgericht) vorbehalten. Für die Richtigkeit einer solchen Auslegung des § 44 EG sind keine Anhaltspunkte vorhanden. Man wollte nur in Anlehnung an den ordentlichen Strafprozeß ein vereinfachtes Verfahren schaffen, in welchem der Jugendanwalt unter gewissen Voraussetzungen die im Erwachsenenstrafrecht als mildeste Strafe anzusprechende Buße ausfällen kann. Dabei hat man aber übersehen, daß das Jugendstrafrecht noch eine mildere Strafe kennt als Buße, nämlich den Verweis. Wenn man aber den Jugendanwalt ermächtigt hat, unter bestimmten Voraussetzungen Buße auszufällen, so wollte man ihm bestimmt auch die Kompetenz zubilligen, unter den gleichen Voraussetzungen die mildere Strafe, eben einen bloßen Verweis auszusprechen: In maiore minus.

Auch die Entstehungsgeschichte des § 44 EG spricht eher zu Gunsten dieser Auffassung. Der Vorentwurf der Justizdirektion (Art. 51 Ziff. 3 in Verbindung mit Art. 75) hatte die Kompetenz zur Erteilung eines Verweises allgemein dem Jugendanwalt eingeräumt. Im Entwurfe des Regierungsrates wurde dann gestützt auf eine in der Justizkommission gefallene Anregung die Befugnis zur Erteilung des Verweises gegenüber Kindern und schulpflichtigen Jugendlichen aus Zweckmäßigkeitsgründen der Schulpflege überbunden (§ 48 Ziff. 2), während die Ausfällung von

Strafen gemäß Art. 95 StGB dem Jugendgericht übertragen wurde. Die Kompetenz des Jugendanwaltes zur Erteilung eines Verweises wurde dagegen nicht mehr besonders erwähnt, auch nicht in der Botschaft des Regierungsrates zum EG, sondern nur die Kompetenz zur Ausfällung von Buße, obschon der Vorentwurf der Justizdirektion die Kompetenz des Jugendanwaltes zur Erteilung eines Verweises und zur Ausfällung von Buße gegenüber Jugendlichen im gleichen Artikel geregelt hatte. Man hat vermutlich einfach übersehen, die Möglichkeit der Erteilung eines Verweises im Rahmen der Strafbefehlskompetenz des Jugendanwaltes *expressis verbis* zu erwähnen. De lege ferenda sollte auf alle Fälle diese Kompetenz ausdrücklich vorgesehen und § 44 EG entsprechend ergänzt werden. Eine gegenteilige Lösung wäre unbefriedigend. Der Jugendanwalt würde dadurch gezwungen, jeden nicht mehr volksschulpflichtigen Jugendlichen, auch den harmlosesten, den er mit einem Verweis bestrafen möchte, vor das Jugendgericht zu stellen, während er andererseits die schärfere Buße in einem einfachen Verfahren selbst aussprechen kann. Dadurch würde der Verweis in manchen Fällen zu großes Gewicht erhalten und sein Charakter im Verhältnis zu der durch Strafbefehl ausgefallten Buße in ungerechtfertigter Weise verschoben. Durch die vorgeschlagene Teilung der Befugnis zur Ausfällung eines Verweises zwischen Jugendanwalt und Jugendgericht könnte dagegen besser abgestuft und der Schwere des einzelnen Falles besser Rechnung getragen werden. In gravierenden Fällen, wo die Voraussetzungen des § 44 EG nicht gegeben sind, soll die Erteilung des Verweises dem Jugendgericht vorbehalten bleiben. Liegen dagegen die Voraussetzungen des § 44 EG vor — und nur dann —, so soll der Jugendanwalt Buße oder Verweis aussprechen können.

Ob man bei dieser Lösung den Jugendanwalt dazu verhalten will, in allen Fällen den Verweis nicht nur schriftlich, sondern vorgängig der schriftlichen Eröffnung auch mündlich zu erteilen, mag hier dahingestellt bleiben. Zweckmäßigkeitsüberlegungen sprechen gegen eine allzu starre Regelung dieser Frage²⁴⁾. Häufig wird dem Jugendanwalt schon in der Einvernahme des Angeschul-

²⁴⁾ Die gleichen Zweckmäßigkeitserwägungen haben den Regierungsrat veranlaßt, mit der Erteilung eines Verweises an Schüler nicht den Jugendanwalt, sondern die örtliche Schulpflege zu betrauen. Man wollte verhindern, daß der Jugendanwalt zur Erteilung eines Verweises z. B. in einen entlegenen Bezirk reisen müsse, oder daß umgekehrt ein Kind aus einem solchen Bezirk, welches mit einem Verweis bestraft werden soll, nach Aarau vor den Jugendanwalt kommen muß (Botschaft EG S. 63).

digten Gelegenheit geboten sein, diesem den Verweis mündlich zu erteilen ²⁵⁾.

§ 4. Das kantonale Jugendamt

Aufgaben und Befugnisse des kantonalen Jugendamtes sind in den §§ 45 und 46 EG umschrieben ²⁶⁾. Deren Auslegung bietet keine Schwierigkeiten, sodaß darauf verzichtet werden kann, sie einzeln zu erörtern. Lediglich bei § 46 ist eine Ergänzung anzubringen. In Ziff. 5 dieses Paragraphen wird das Jugendamt zuständig erklärt für den Entscheid über Aufhebung von Maßnahmen gegenüber Kindern gemäß Art. 84 Abs. 4 StGB; in Ziff. 6 für den Entscheid über bedingte Entlassung von Jugendlichen aus der Erziehungsanstalt gemäß Art. 94 StGB. § 46 EG sagt dagegen nicht, ob das Jugendamt auch zuständig sei für die Aufhebung der Familieneinweisung von Jugendlichen gemäß Art. 91 Ziff. 2 StGB. Das ist wohl die Meinung des Gesetzgebers, denn es wäre nicht recht einzusehen, weshalb die Aufhebung der Familienversorgung bei Jugendlichen anders behandelt werden sollte als die Aufhebung der andern Erziehungsmaßnahmen. EG § 46 enthält aber in dieser

²⁵⁾ Die Jugendanwaltschaft des Kantons Aargau hat seinerzeit in einer Eingabe die kantonale Justizdirektion ersucht, zu der vorstehenden Auslegung von § 44 EG ihre Meinung zu äußern. Die Justizdirektion hat in ihrer Vernehmung der Auffassung der Jugendanwaltschaft beipflichtet. Seither werden nicht mehr volksschulpflichtige Jugendliche im Rahmen von § 44 EG von der Jugendanwaltschaft in leichten Fällen mit Verweis bestraft. Die hier vertretene Auffassung ist also praktisch bereits verwirklicht. Immerhin haben gerichtliche Instanzen noch nie zu dieser Frage Stellung genommen.

²⁶⁾

§ 45.

Der Justizdirektion wird ein kantonales Jugendamt unterstellt. Es werden ihm folgende Aufgaben übertragen:

1. Förderung des Jugendschutzes und der Jugendhilfe durch Veranstaltung von Kursen und Vorträgen;
2. Begutachtung von Fragen des Jugendschutzes und der Jugendfürsorge im allgemeinen, die ihm vom Regierungsrat übertragen wird und über die Maßnahmen, die im einzelnen Falle getroffen werden müssen, soweit ein solches Gutachten von den Vormundschafts-, Gemeinde- und Armenbehörden und den Organen der Rechtspflege eingeholt wird;
3. Antragstellung bei den zuständigen Behörden, von Amtes wegen oder auf Anzeige hin, in allen Fällen, da die Voraussetzungen zum Einschreiten wegen Gefährdung, Verwahrlosung oder verbrecherischen Hanges von Kindern vorhanden sind;
4. Vorbehandlung der bei der Justizdirektion oder beim Regierungsrat gemäß Art. 283 und 284 ZGB eingelangten Beschwerden;
5. Berichterstattung und Antragstellung über alle gesetzlichen Erlasse und Verordnungen, welche den Jugendschutz, die Jugendfürsorge, das Jugendstrafrecht und die Strafjustiz über Kinder und Jugendliche zum Gegenstand haben. Gegen alle Verfügungen und Entscheide des Jugendamtes kann innert 10 Tagen beim Regierungsrat Beschwerde geführt werden.

Beziehung eine Lücke, die de lege ferenda beseitigt werden sollte. Vielleicht wäre es überhaupt zweckmäßiger, die Aufhebung aller jugendstrafrechtlichen Maßnahmen in die Kompetenz der Jugendanwaltschaft zu legen, welche diese Maßnahmen ohnehin vollziehen und überwachen muß. Es könnte mit dieser Lösung eine gewisse Doppelspurigkeit vermieden werden. In der Praxis haben denn auch Jugendamt und Jugendanwaltschaft aus Zweckmäßigkeitsgründen die vorerwähnte Lücke in § 46 EG so ausgefüllt, daß die Jugendanwaltschaft über die Aufhebung der Familienversorgung bei Jugendlichen entscheidet. Vorbehalten bleibt selbstverständlich die Beschwerde an den Regierungsrat.

Die Aufgaben des kantonalen Jugendamtes sind teils prozessuale, teils solche der allgemeinen Jugendfürsorge. Ueber die rein prozessualen Funktionen wird bei der Behandlung des Verfahrens noch einiges zu sagen sein. Insgesamt überbinden sie dem Jugendamt eine gewisse Aufsichtsfunktion gegenüber der Schulpflege und der Jugendanwaltschaft²⁷⁾. Wesentlicher ist aber die allgemein jugendfürsorgerische Aufgabe des Jugendamtes. Man muß bedenken, daß die rechtsbrechende Jugend nur einen Bruchteil der gesamten gefährdeten Jugend ausmacht und daher nicht für sich

Eine Verordnung des Großen Rates regelt die Organisation und Geschäftsführung des kantonalen Jugendamtes sowie die Voraussetzungen der Wählbarkeit, die Besoldungsverhältnisse und die Stellvertretung.

Vorbehalten bleiben die Kompetenzen der Vormundschafts-, Armen- und Schulbehörden.

§ 46.

Das Jugendamt ist ferner zuständig:

1. für den Entscheid über Beschwerden gegen Untersuchungshandlungen des Jugendanwaltes,
2. für die Genehmigung von Einstellungsverfügungen und Entscheiden des Jugendanwaltes über das Absehen von Maßnahmen und Strafen gemäß Art. 87 Abs. 2, 88 und 98 StGB,
3. für die Genehmigung von Verfügungen über den Aufschub des Entscheides gemäß Art. 97 Abs. 1 StGB,
4. für die Einsprache gegen den bedingten Strafbefehl des Jugendanwaltes gemäß § 44 dieses Gesetzes,
5. für den Entscheid über Aufhebung von Maßnahmen gemäß Art. 84 Abs. 4 StGB,
6. für den Entscheid über bedingte Entlassung und Widerruf derselben gemäß Art. 94 StGB.

²⁷⁾ Eine allgemeine und unmittelbare Aufsicht über die Jugendanwaltschaft übt das Jugendamt nicht aus. Die Jugendanwaltschaft steht gemäß § 42 Abs. 4 EG direkt unter der Aufsicht der Justizdirektion. Die Abänderungsanträge des Regierungsrates für die 2. Lesung enthielten unter der Zuständigkeit des Jugendamtes folgende Bestimmung: „Der Justizdirektion wird ein kantonales Jugendamt unterstellt. Es übt die unmittelbare Aufsicht über die Jugendanwaltschaft aus.“ Von der Großratskommission wurde jedoch der zweite Satz dieser Bestimmung gestrichen mit der Begründung, daß die Jugendanwaltschaft direkt unter der Justizdirektion stehe, so daß nicht noch eine „unmittelbare“ Aufsicht

alleine, sondern im Zusammenhange mit der Jugendfürsorge überhaupt zu betrachten ist. Ob ein gefährdetes Kind mit dem Strafgesetz in Konflikt kommt und infolgedessen jugendstrafrechtlich behandelt wird, ist oftmals Zufall. Für den Staat ist es aber besonders wichtig, die gefährdeten Kinder ganz allgemein, nicht nur die rechtsbrechenden, möglichst frühzeitig und lückenlos zu erfassen. Es soll nach Möglichkeit dem Verbrechen *vorgebeugt* werden. Aus diesem Grunde ist eine enge Verbindung zwischen vormundschaftlicher und strafrechtlicher Jugendhilfe notwendig. Diese Aufgabe obliegt namentlich dem Jugendamt. Als kantonale Zentralstelle hat es die Jugendfürsorge zu fördern und zu diesem Zwecke mit allen öffentlichen und privaten Fürsorgeinstitutionen in möglichst enger Verbindung zu stehen. Bei ihm laufen alle Fäden zusammen. Es verfolgt nicht die Verstaatlichung der Jugendfürsorge, sondern die Verbesserung der bereits bestehenden Fürsorge für die gefährdete Jugend durch Aufklärung; ferner durch Ausbau des gesetzlichen Kinderschutzes. Es kommt auch bei uns immer wieder vor, daß Vormundschaftsbehörden aus verwandtschaftlichen, nachbarlichen, beruflichen, konfessionellen oder politischen Rücksichten die zum Schutze gefährdeter Kinder oder ganzer Familien notwendigen Vorkehren nicht treffen. In solchen Fällen soll das kantonale Jugendamt einschreiten.

Die Frage der Schaffung eines kantonalen Jugendamtes war in den gesetzgeberischen Beratungen sehr umstritten. Schon am 14. September 1931 reichte Großrat Hermann Suter (Baden) eine Motion ein, durch welche der Regierungsrat eingeladen wurde, beförderlich über die Einführung eines Jugendamtes Bericht zu erstatten. Diese Motion wurde mit 95 zu 18 Stimmen erheblich erklärt. Die Erziehungsdirektion lehnte die Einführung eines Jugendamtes damals ab, während die Direktion des Innern ein solches begrüßte. Es wurde dann später erklärt, daß die Einführung des eidg. Strafgesetzbuches Gelegenheit zur neuerlichen Prüfung der

bestellt werden müsse; dadurch könnten nur Reibungen entstehen. Die Aufsicht der Justizdirektion sei durchaus genügend. (Protokoll EG S. 197/198.)

Dagegen untersteht die Schulpflege als Organ der Jugendrechtspflege der Aufsicht des Jugendamtes (§ 34 Abs. 1 VJStrV). Es handelt sich dabei um eine rein disziplinarische Aufsicht, die namentlich Rechtsverweigerungen oder Verzögerungen der Schulpflege verhindern soll (vgl. Protokoll VJStrV S. 13). Obschon das nicht ausdrücklich gesagt wird, ist anzunehmen, daß die Parteien sich beim Jugendamt gestützt auf § 34 Abs. 1 VJStrV gegen die Schulpflege beschweren können, ähnlich etwa der sog. Inspektionsbeschwerde gemäß § 78 des Gesetzes über die Organisation der Bezirksgerichte vom 22. Christmonat 1852. (Aarg. Gesetzessammlung Band I—IV, S. 426 ff.)

Frage bieten werde²⁸⁾). Anlässlich der Schaffung des Einführungsgesetzes zum eidg. Strafgesetzbuch hielt man daher den Zeitpunkt für die Errichtung eines solchen Amtes als gekommen. Im Vorentwurf (Art. 58) und im Entwurf des Regierungsrates (§§ 53—55) war das Jugendamt vorgesehen. Die Großratskommission hat dasselbe in einer ersten Beratung gestrichen, nachher aber doch wieder aufgenommen, ohne indessen im Plenum des Großen Rates in der ersten Beratung damit durchzudringen. Trotzdem hielt der Regierungsrat für die 2. Beratung des Einführungsgesetzes an seinem Antrage auf Schaffung eines kantonalen Jugendamtes fest, dem die Großratskommission und schließlich auch der Große Rat selbst diesmal folgten²⁹⁾).

²⁸⁾ Protokoll GR vom 20. März 1941, Art. 662 S. 1045.

²⁹⁾ Von der Großratskommission wurde das Jugendamt in der Beratung vom 28.12.1940 mit 7 gegen 5 Stimmen fallen gelassen. Man wollte damit zwar nicht gegen die mit der Einführung eines Jugendamtes verfolgten Bestrebungen Stellung nehmen, sondern man war der Auffassung, das Jugendamt sei mehr zivilrechtlicher Natur und gehöre daher nicht in das Einführungsgesetz zum eidg. Strafgesetzbuch; es sei daher auch nicht der Justizdirektion zu unterstellen. Auch konnte man sich nicht mit einer „zentralisierten Fürsorgestelle des Staates“ befremden. Schließlich spielten auch abstimmungspolitische Bedenken eine Rolle (Protokoll EG S. 76—79). Im Entwurf der Großratskommission vom 11. Januar 1941 war dementsprechend das Jugendamt nicht enthalten.

Anlässlich der Sitzung vom 1. März 1941 stellte jedoch ein Kommissionsmitglied den Antrag, vor der Beratung im Plenum des Großen Rates nochmals auf die Frage der Schaffung eines kantonalen Jugendamtes zurückzukommen. Diesen Rückkommensantrag nahm die Kommission mit 7 zu 5 Stimmen an (Protokoll EG S. 131—136) und sprach sich schließlich am 17.3.1941 nach längerer Diskussion mit 6 zu 5 Stimmen für die Schaffung eines Jugendamtes aus (Protokoll EG S. 139—143).

In den Beratungen im Plenum des Großen Rates vom 20. März 1941 gab das Jugendamt ebenfalls zu einer längeren Debatte Anlaß. In der Schlußabstimmung wurde schließlich der Antrag der Kommissionsmehrheit auf Schaffung eines solchen Amtes mit 57 gegen 56 Stimmen abgelehnt! (Protokoll GR vom 20. März 1941 Art. 662, S. 1045—1050).

Der Regierungsrat hat indessen in seinen Abänderungsanträgen für die 2. Lesung vom 10. Mai 1941 an seinem ursprünglichen Antrage auf Schaffung eines Jugendamtes festgehalten (vgl. Botschaft 2. Lesung S. 5/6). Die Großratskommission stimmte in der Beratung vom 25. Juni 1941 diesem Antrage mit 7 gegen 5 Stimmen zu (Protokoll EG S. 171—177) und am 21. Juli 1941 sprach sich schließlich auch das Plenum des Großen Rates mit 85 gegen 55 Stimmen für die Schaffung eines kantonalen Jugendamtes aus (Protokoll GR vom 21. Juli 1941, Art. 69, S. 72).

Außerhalb des Großen Rates und seinen Kommissionen hat sich namentlich auch die Aarg. Gemeinnützige Gesellschaft für die Schaffung eines kantonalen Jugendamtes eingesetzt. Sie hat auf den 15. März 1941 eine Versammlung nach Brugg einberufen, in welcher nach Anhörung eines Referates von Herrn Dr. Hauser, Vorsteher des Kant. Jugendamtes in Zürich, und nach reger Diskussion vollkommene Einmütigkeit aller irgendwie in der Jugendfürsorge tätigen Kreise darüber herrschte, daß die Schaffung eines Aarg. Jugendamtes unbedingt wünschbar sei. Die Gemeinnützige Gesellschaft wurde beauftragt, in diesem Sinne beim Großen Rate vorstellig zu werden. Am 16.3.1941 richtete der Ausschuß des Zentralvorstandes der Aarg. Gemeinnützigen Gesellschaft eine entsprechende Eingabe an den Großen Rat.

II. Teil

Das Verfahren gegen Kinder und Jugendliche

§ 5. Allgemeine Verfahrensbestimmungen

I. Eidgenössisches und kantonales Verfahrensrecht

Gemäß Art. 64^{bis} Abs. 2 BV bleibt die Regelung des gerichtlichen Verfahrens in Strafsachen den Kantonen vorbehalten. Dementsprechend wird in Art. 371 Abs. 1 StGB auch die Ordnung des Strafverfahrens gegen Kinder und Jugendliche den Kantonen übertragen. Zwar hat das eidg. Strafgesetzbuch selbst ebenfalls einige ins Verfahrensrecht eingreifende Bestimmungen aufgestellt, so namentlich die örtliche Zuständigkeit im Verfahren gegen Kinder und Jugendliche speziell geregelt³⁰⁾. Im übrigen sind aber die Kantone in der Gestaltung ihres Jugendstrafverfahrens völlig frei³¹⁾. Der aarg. Gesetzgeber hat sich bei der Lösung dieser Aufgabe in erfreulich hohem Maße vom Gedanken des Jugendschutzes leiten lassen. Einschränkungen an Forderungen des Jugendschutzes wurden nur dort vorgenommen, wo solche im Interesse der Wahrheitserforschung notwendig schienen³²⁾.

II. Allgemeine Bestimmungen des kantonalen Jugendstrafverfahrens

Die Verordnung über das Jugendstrafverfahren des Kantons Aargau vom 17.11.1941 stellt in den §§ 1 bis 6 einige allgemeine

³⁰⁾ Art. 372 StGB. Die persönlichen Verhältnisse des Täters können erfahrungsgemäß besser an dessen Wohnsitz als am oft zufälligen Begehungsort erforscht werden, was den eidg. Gesetzgeber veranlaßt hat, den sonst üblichen Gerichtsstand der begangenen Tat im Jugendstrafverfahren fallen zu lassen. Die restlichen eidg. Verfahrensbestimmungen sollen hier nicht näher behandelt werden. Vgl. namentlich die Art. 83, 86, 90, 93 und 369 — 373 StGB.

³¹⁾ Vgl. Thormann-v.Overbeck Vorbemerkungen zu Art. 369 — 373 N. 2.

³²⁾ Protokoll GR vom 17. November 1941 Art. 120 S. 133.

Bestimmungen von mehr oder weniger Bedeutung an die Spitze. Nach einer Wiederholung der in Art. 372 StGB eidgenössisch normierten örtlichen Zuständigkeit stellt das kantonale Recht folgende allgemeine Grundsätze auf:

1. Zuständigkeit für die Entgegennahme von Strafanzeigen.

Strafanzeigen gegen Kinder und Jugendliche sind bei der Schulpflege des Wohnortes bzw. des dauernden Aufenthaltsortes des Täters, event. bei der Schulpflege des Ortes, wo der Schüler die Schule besucht, oder bei der Jugendanwaltschaft zu erstatten. Anzeigen, die bei der Polizei, den Bezirksämtern oder der Staatsanwaltschaft eingehen, sind von diesen Amtsstellen sofort der Jugendanwaltschaft zu überweisen (§ 2 VJStrV). Diese Bestimmung, die eigentlich Selbstverständlichkeiten ausspricht, wurde offenbar in Anlehnung an die entsprechende Vorschrift im Verfahren gegen Erwachsene erlassen³³⁾. Praktisch gehen allerdings unbekümmert um diese Vorschrift die meisten Anzeigen bei der Polizei ein und gelangen von dort auf dem ordentlichen Dienstwege über das Bezirksamt an die Jugendanwaltschaft.

2. Zustellung gerichtlicher Akte.

Vorladungen, Verfügungen, Beschlüsse und Urteile für Kinder oder Jugendliche sind in der Regel dem Inhaber der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt zuzustellen. Ist dem Kinde oder Jugendlichen ein Verteidiger beigegeben, so sind Verfügungen, Beschlüsse und Urteile diesem zuzustellen, nicht aber Vorladungen. Letztere gehen wie im Verfahren gegen Erwachsene direkt an den Beschuldigten³⁴⁾.

³³⁾ § 33 ZPG rev. durch § 16 EG; Protokoll VJStrV S. 3.

³⁴⁾ § 3 VJStrV. Protokoll VJStrV S. 4.

Mit der Vorschrift, daß Vorladungen für Kinder und Jugendliche den Eltern bzw. dem Vormunde zuzustellen sind, will erreicht werden, daß diesen Vorladungen wirklich Folge gegeben wird, und durch die Zustellung der Verfügungen, Beschlüsse und Urteile an die Eltern bzw. die Vormünder sollen diese aus naheliegenden Gründen über alle gegenüber den ihrer Gewalt unterworfenen Kindern und Jugendlichen angeordneten Maßnahmen orientiert und zudem instand gesetzt werden, diese anfechten zu können. Diese Zustellungen gehen nur in der Regel an den Inhaber der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt. Ausnahmen sind also möglich. Vgl. OG vom 20.8.1948 i. S. M. B. und S. 69 Anm. 69.

3. Verwahrung und Herausgabe der Akten.

Untersuchungs- und Strafakten über Kinder und Jugendliche werden bei der Jugendanwaltschaft archiviert, die dafür als zentrale Stelle am besten geeignet ist. Sie dürfen nur an Gerichts-, Schul-, Vormundschafts- und Armenbehörden herausgegeben werden; vorbehalten bleiben die Rechte der Verteidigung. Anstände über die Aktenherausgabe entscheidet die Justizdirektion (§ 4 Abs. 1 VJStrV).

Die Beschränkung der Aktenherausgabe, die dem Art. 38 des bernischen EG z. StGB nachgebildet wurde, verfolgt offenbar den Zweck, die Gefahr des Mißbrauchs solcher Untersuchungsakten, die oftmals tiefen Einblick in persönliche und familiäre Verhältnisse des Täters gewähren, nach Möglichkeit herabzumindern. Die Auslegung dieser Bestimmung bietet aber einige Schwierigkeiten. Als Ergänzung kann das Kreisschreiben der Inspektionskommission des Obergerichts über die Herausgabe von Prozeßakten vom 3.4. 1936 herangezogen werden (VJS 36 S. 222 Nr. 88). Demnach ist zu unterscheiden zwischen der eigentlichen *Herausgabe* der Akten und der bloßen *Einsichtnahme* in dieselben. § 4 VJStrV behandelt nur die eigentliche Aktenherausgabe. Herausgegeben werden dürfen die Akten nur an Gerichts-, Schul-, Vormundschafts- und Armenbehörden; u. E. aber auch an Anwälte, die als Verteidiger des Angeschuldigten beauftragt sind, sowie an Rechtsbeistände anderer am Verfahren Beteiligter, z. B. des Zivilklägers. Der Satz in § 4 Abs. 1 VJStrV: „vorbehalten bleiben die Rechte der Verteidigung“, läßt eine solche Auslegung durchaus zu. Das vorerwähnte Kreisschreiben billigt den Anwälten allgemein das Recht auf Herausgabe der Akten zu. Im Gegensatz dazu sollen Privaten in keinem Falle Akten herausgegeben werden. Selbstverständlich haben aber die Beteiligten ein Recht, die Akten einzusehen. Diese werden ihnen auf Verlangen in der Kanzlei der Jugendanwaltschaft oder eines Gerichts zur Verfügung gestellt. Private sind gemäß cit. Kreisschreiben auch die privaten Versicherungsgesellschaften, nicht aber die SUVAL. Ihr dürfen nach Kreisschreiben Akten herausgegeben werden; Jugendstrafakten dagegen nach dem Wortlaute von § 4 Abs. 1 VJStrV nicht. De lege ferenda wäre dieser Widerspruch zu beheben, und zwar u. E. durch Anpassung des § 4 Abs. 1 VJStrV an das Kreisschreiben vom 3.4.1936, event. sogar durch Zulassung der Herausgabe von Strafakten, die Verkehrs-

unfälle und dgl. betreffen, an private Versicherungsgesellschaften³⁵⁾).

VJStrV § 4 Abs. 2 bestimmt schließlich noch, daß den Vertretern der Vormundschafts-, Armen- und Schulbehörden auf Verlangen vom Ergebnis der Untersuchung Kenntnis zu geben ist. Dabei handelt es sich weder um Herausgabe der Akten noch um Einsichtnahme in dieselben, sondern um eine bloße mündliche oder schriftliche Orientierung der interessierten Behörden über das Untersuchungsergebnis. Abs. 1 und 2 des § 4 VJStrV sind entsprechend auseinander zu halten.

4. Die Behandlung der Zivilansprüche.

„Zivilansprüche des oder der Geschädigten können im Jugendstrafverfahren geltend gemacht werden. Sind die Ansprüche abgeklärt, so ist darüber zugleich mit der Strafsache im nämlichen Entscheid zu befinden“ (§ 5 VJStrV).

Der Kanton Aargau hat damit den Streit über die Frage, ob die Geltendmachung von Zivilansprüchen im Jugendstrafverfahren zugelassen werden soll oder nicht, zugunsten der Zulassung entschieden, wenn auch nur dann zugleich im Strafscheid darüber zu befinden ist, wenn die Ansprüche „abgeklärt“, d. h. liquid sind (Protokoll VJStrV S. 4). Im Jugendstrafverfahren sollen keine ausgedehnten Erhebungen gemacht werden, um den genauen Schadensbetrag zu ermitteln. Nur dann soll der Schaden zugesprochen werden, wenn dessen Höhe ohne große Weiterungen abgeklärt werden kann³⁶⁾.

Im Gesetz nicht gelöst ist die Frage, ob auch die *Schulpflege* als urteilende Behörde über Zivilansprüche befinden kann. Nachdem die Geltendmachung von Zivilansprüchen im Jugendstraf-

³⁵⁾ In diesem Sinne nun auch das Kreisschreiben der Inspektionskommission des OG vom 5.9.1947, AGVE 1947 S. 78.

Zur Frage der Akteneinsichtnahme vgl. Thormann Z 20 S. 73.

³⁶⁾ Praktisch ist die Frage nicht von großer Bedeutung, indem verhältnismäßig selten gegenüber Jugendlichen oder gar Kindern Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden. Der Geschädigte verzichtet meistens darauf, wohl weil er weiß, daß bei diesen jungen Leuten doch nichts zu holen ist.

Ueber die Geltendmachung von Zivilansprüchen gegenüber Jugendlichen vgl. auch Dr. Kurt Haller: „Die Adhäsion im aargauischen Strafprozeßrecht“, Diss. Bern/Aarau 1943, speziell S. 53, 76/77.

Dem Unmündigen fehlt die für die selbständige Wahrung seiner Interessen gegenüber solchen Ansprüchen erforderliche Prozeßfähigkeit, sodaß er auf die Mitwirkung seines gesetzlichen Vertreters angewiesen ist (vgl. § 23 ZPO). OG vom 30.12.1949 i. S. P. O.

verfahren ganz allgemein zugelassen ist, scheint diese Frage bejaht werden zu müssen. Es erheben sich aber ernsthafte Bedenken dagegen, der Schulpflege so weitgehende richterliche Funktionen zuzubilligen. Im Strafpunkte kann sie nur Schularrest oder Verweis aussprechen, und auch dies nur auf Antrag des Jugendanwaltes. Im Zivilpunkte dagegen soll sie beliebig hohe Schadenersatzansprüche beurteilen können? Wenn man die Beurteilung von Zivilansprüchen durch die Schulpflege überhaupt zulassen will, so jedenfalls nur dann, wenn diese Ansprüche nicht nur liquid, sondern auch anerkannt sind. Noch besser wäre es aber u. E., die Beurteilung von Zivilansprüchen durch die Schulpflege gänzlich auszuschließen. Zwar ist zu sagen, daß sich praktisch wohl kaum eine Schulpflege dazu versteigen wird, nicht anerkannte Zivilansprüche zu beurteilen, werden doch in der Praxis selbst anerkannte Schadenersatzansprüche auf Antrag der Jugendanwaltschaft von den Schulpflegern eigentlich regelmäßig auf den Zivilweg verwiesen. Eines Tages könnte sich aber doch eine Schulpflege in der Rolle des Zivilrichters gefallen, sodaß es de lege ferenda notwendig erscheint, über diesen Punkt Klarheit zu schaffen ³⁷⁾.

5. Das Zeugnisverweigerungsrecht.

Die Jugendstrafrechtslehre fordert für das Jugendstrafverfahren im Interesse der Persönlichkeitserforschung eine gewisse Einschränkung des Zeugnisverweigerungsrechts ³⁸⁾. Im ordentlichen Verfahren besitzen Eltern und nahe Verwandte des Beanzeigten ge-

³⁷⁾ Thormann spricht sich in Z 45 S. 62 auch gegen die Beurteilung von Zivilansprüchen durch den Jugendanwalt, d. h. eine nicht-richterliche Behörde, aus. Auch diese Frage wäre de lege ferenda im Kanton Aargau zu regeln.

Die Abteilung für Jugendstrafsachen des OG äußert in dem in der Anm. 36 zit. Urteil vom 30.12.1949 i. S. P. O. ebenfalls Bedenken, der Schulpflege die Kompetenz zur adhäsionsweisen Beurteilung von Zivilansprüchen zuzubilligen. Dagegen sind die Ausführungen des OG im nämlichen Urteile, soweit sie in Zweifel ziehen — allerdings ohne diese Frage materiell zu entscheiden —, daß die adhäsionsweise Beurteilung von Zivilansprüchen im jugendgerichtlichen Strafverfahren überhaupt zulässig sei, u. E. nicht stichhaltig. Das zit. Urteil führt aus, daß zwar wohl § 5 VJStrV die Geltendmachung von Zivilansprüchen im Jugendstrafverfahren zulasse, daß aber jede Verordnung nur im Rahmen des Gesetzes Gültigkeit beanspruchen könne (Vorrang des Gesetzes!) und das EG nirgends eine solche Kompetenz der Jugendstrafbehörden statuiere. Demgegenüber ist festzustellen, daß das EG diese Möglichkeit jedenfalls nicht verbietet und im übrigen in § 52 die nähere Regelung des Jugendstrafverfahrens einer Verordnung des Großen Rates vorbehalten hat. Diese Verordnung konnte also zweifellos auch die Kompetenz der Jugendstrafbehörden zur adhäsionsweisen Beurteilung von Zivilansprüchen statuieren.

³⁸⁾ Pfenninger, III. Jugendgerichtstag, S. 25. Leitsätze 26.

mäß § 223 StPO ein Zeugnisverweigerungsrecht. Für das Jugendstrafverfahren dagegen bestimmt § 6 VJStrV, daß auch Angehörige und Verwandte des Kindes oder Jugendlichen, die als Hauptauskunftspersonen in Frage kommen, das Zeugnis über dessen persönliche und Familienangelegenheiten nur verweigern können, wenn die Aussagen dem Zeugen selbst oder einem der in § 223 StPO genannten Angehörigen³⁹⁾ zur Schande gereichen würden oder wenn der Zeuge durch ein Amts- oder Berufsgeheimnis gebunden ist.

6. Trennung des Verfahrens von demjenigen gegen Erwachsene.

Ein Verfahren, das derart ausschließlich auf Erziehung und Besserung eingestellt ist wie das Jugendstrafverfahren, muß alles tun, um schädliche Einflüsse während des Verfahrens vom Jugendlichen fern zu halten⁴⁰⁾. Das gilt sowohl für die Untersuchung, wie für die Gerichtsverhandlung und den Vollzug. In Erfüllung dieses Postulats bestimmen deshalb die §§ 10 und 27 VJStrV, daß das Verfahren gegen Kinder und Jugendliche soweit als möglich vom Verfahren gegen Erwachsene zu trennen ist, auch wenn Jugendliche und Erwachsene am selben Strafprozeß als Täter oder Teilnehmer beteiligt sind.

In der Untersuchung soll die Trennung des Verfahrens stattfinden, sobald der Zweck der Untersuchung das erlaubt. Wenn Kinder oder Jugendliche in eine Untersuchung gegen Erwachsene einbezogen werden, so ist der Jugendanwalt sofort zu verständigen. Er kann den Einvernahmen beiwohnen und die Trennung der Verfahren verlangen. Läßt sich eine solche nicht durchführen, so hat der Untersuchungsrichter oder der Voruntersuchungsrichter den Jugendanwalt zur Untersuchung beizuziehen. Jene können die Einvernahmen der beteiligten Kinder und Jugendlichen dem Jugendanwalt übertragen.

Auch in der Gerichtsverhandlung ist das Verfahren gegen Kinder und Jugendliche vom Strafverfahren gegen Erwachsene derart zu sondern, daß eine Berührung mit erwachsenen Angeschuldigten

³⁹⁾ Verwandte des Angeschuldigten in auf- und absteigender Linie, seine Geschwister und Verschwägerten desselben Grades, Ehegatten, selbst nach getrennter Ehe, Verlobte.

⁴⁰⁾ Pfenninger, III. Jugendgerichtstag, S. 27. Leitsatz 22.

nach Möglichkeit vermieden wird, auch wenn Kinder und Jugendliche am selben Strafprozeß beteiligt sind.

Das aargauische Recht schreibt nicht unter allen Umständen Trennung des Verfahrens gegen Kinder und Jugendliche von demjenigen gegen Erwachsene vor; die Trennung ist nur „soweit als möglich“ (§ 10 Abs. 1 VJStrV) oder „nach Möglichkeit“ (§ 27 VJStrV) durchzuführen, eine Fassung, die zwar zweckmäßig erscheint, die aber doch der Erscheinung Vorschub leistet, daß man diese Trennung in der Praxis nicht allzu ernst nimmt. Indessen ist zuzugeben, daß eine rigorosere Vorschrift praktisch oftmals zu unerfreulichen Komplikationen führen würde. Wie schon an anderer Stelle ausgeführt wurde, ist eher zu bedauern, daß die örtliche Trennung im gerichtlichen Verfahren nicht häufiger in der Weise durchgeführt wird, daß man die Gerichtsverhandlung aus dem Gerichtssaal herausnimmt.

§ 6. Das Untersuchungsverfahren

I. Aufgabe und Mittel der Untersuchung

Die Aufgabe der Untersuchung in Jugendstrafsachen wird in den Artikeln 83 und 90 des eidg. Strafgesetzbuches verbindlich umschrieben. VJStrV § 7, der erklärt, daß sich die Untersuchung auf die Feststellung des Tatbestandes und der Beweggründe einerseits, auf die persönlichen Verhältnisse des Kindes oder Jugendlichen anderseits zu erstrecken habe, wiederholt daher lediglich eigen gössisches Recht.

Ueber die Mittel, die den Untersuchungsorganen zur Erfüllung ihrer Aufgabe zur Verfügung stehen, sagt § 8 VJStrV, daß die Feststellung des Tatbestandes im allgemeinen nach dem für den Untersuchungsrichter vorgesehenen Verfahren zu erfolgen habe. Den Untersuchungsorganen stehen zu diesem Zwecke die Organe der gerichtlichen Polizei zur Verfügung wie einem Untersuchungsrichter. Im Interesse der Wahrheitserforschung kann auch das Jugendstrafverfahren unmöglich auf die Mitwirkung der Polizei verzichten. Zu den Untersuchungsorganen, welche die gerichtliche Polizei beanspruchen können, gehört auch die Schulpflege. Unsere Schulpflegen übersehen das häufig.

Die Abklärung der persönlichen Verhältnisse erfolgt durch Einvernahme der Eltern und anderer Personen, die den Täter aus

irgend einem Grunde persönlich näher kennen und beurteilen können (§ 9 Abs. 1 VJStrV). Man denke namentlich an Vormünder, Fürsorger, Lehrer, Geistliche, Arbeitgeber etc.⁴¹⁾. Nötigenfalls können auch Aerzte, insbesondere Psychiater, Heilpädagogen etc. als Sachverständige beigezogen werden. Von dieser Möglichkeit macht die Jugendanwaltschaft des Kantons Aargau reichlich Gebrauch. Schon vor der Einführung des eidg. Strafgesetzbuches wurde von der Direktion der kantonalen Heil- und Pflegeanstalt Königsfelden im Aargau eine psychiatrische Beratungsstelle mit regelmäßigen Sprechstunden geschaffen, die nun auch von der Jugendanwaltschaft sehr häufig konsultiert wird. Jeder Beanzeigte, über dessen Zustand sich der Jugendanwalt durch seine eigene Untersuchung nicht Klarheit verschaffen kann, wird in der Beratungsstelle dem Psychiater vorgeführt, welcher der Jugendanwaltschaft nachher ein kurzes Gutachten abgibt. So hat sich im Kanton Aargau eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen Jugendanwaltschaft und Psychiater herausgebildet, durch welche die Gefahr von Fehldiagnosen erheblich herabgemindert wird⁴²⁾. Erst wenn auch der Psychiater auf Grund seiner ambulanten Untersuchung noch keine sichere Diagnose stellen kann, wird schließlich eine interne Begutachtung in einer Beobachtungsstation oder einer Heil- und Pflegeanstalt angeordnet. Solche Begutachtungen können gemäß § 9 Abs. 3 VJStrV nur von der Jugendanwaltschaft verfügt werden⁴³⁾. Deren Kosten gelten als Untersuchungskosten. Die in der Beobachtungsstation oder einer Heil- und Pflegeanstalt verbrachte Zeit kann je nach den Umständen an einer allfälligen Freiheitsstrafe angerechnet werden (§ 11 Abs. 5 VJStrV)⁴⁴⁾.

II. Die Untersuchungshaft

Gegenüber Kindern und Jugendlichen darf Untersuchungshaft nur mit äußerster Vorsicht angewendet werden. Die Beachtung

⁴¹⁾ Freilich muß aus Mangel an Zeit meistens auf persönliche Befragung dieser Personen verzichtet werden. Man beschränkt sich dann auf schriftliche Auskünfte, welche die persönliche Befragung aber nie ersetzen können.

⁴²⁾ Vgl. Rechenschaftsbericht der Justiz- und Polizeidirektion des Kantons Aargau für das Jahr 1942 S. 62.

⁴³⁾ § 9 Abs. 3 VJStrV spricht zwar nur von der Einweisung in eine „Beobachtungsstation“. Darunter fällt aber zweifellos auch die Einweisung in eine Heil- und Pflegeanstalt.

⁴⁴⁾ Der Kanton Aargau verfügt seit 1.8.1947 über eine eigene Kinderbeobachtungsstation in Rüfenach bei Brugg.

Betr. Anrechnung des Aufenthaltes in einer Beobachtungsstation auf die Dauer der Heimversorgung vgl. die nachfolgende Anm. 45.

dieser Forderung ist u. E. besonders wichtig. Nicht nur, weil die Einweisung in ein Untersuchungsgefängnis eine schwere Ehrenminderung mit sich bringt, sondern vor allem wegen der seelischen Schädigung, die namentlich jede erstmalige Inhaftierung zur Folge haben muß. Der Makel der Inhaftierung bleibt an jedem jungen Menschen haften. Es scheint durch die Gefängniszelle etwas in ihm gebrochen, abgestumpft zu werden, das später nur schwer wieder gut zu machen ist. Die Inhaftierung von Jugendlichen ist daher nur aus zwingenden Gründen zugelassen, nämlich nur dann, wenn nach den Umständen zu befürchten ist, daß der Jugendliche den Zweck der Strafuntersuchung vereiteln oder daß er die Flucht ergreifen könnte (Kollusions- und Fluchtgefahr). Untersuchungshaft gegenüber Kindern soll nur in Ausnahmefällen verhängt werden. Sie darf zudem nicht in einem Haftlokal für Erwachsene vollzogen werden. Die Untersuchungshaft gegenüber Jugendlichen darf dagegen in Räumen eines Bezirksgefängnisses vollzogen werden, wenn sie nicht durch andere Mittel, z. B. Unterbringung in einer geeigneten Familie, in einem Jugendheim oder in einer Erziehungsanstalt ersetzt werden kann. Während der Untersuchungshaft darf ein Jugendlicher nur ausnahmsweise und nur dann mit Erwachsenen gemeinsam in einem Raume untergebracht werden, wenn dadurch weder körperliche noch geistig-moralische Nachteile für ihn zu befürchten sind (§ 11 VJStrV).

Diese Regelung ist klar und zweckmäßig. In der Praxis vermißt man aber im Kanton Aargau namentlich ein Durchgangsheim für Burschen, das als Untersuchungsgefängnis in Frage kommen könnte, sodaß die Haft in manchen Fällen leider doch im Bezirksgefängnis vollzogen werden muß. Man ist aber bestrebt, solche Häftlinge jeweils sobald als möglich in die kantonale Erziehungsanstalt Aarburg oder event. auch in andere Erziehungsheime im Kanton zu versetzen.

Ein Aufenthalt in einer Anstalt oder in einer Familie anstelle der Haft kann gemäß § 11 Abs. 4 VJStrV je nach den Umständen an einer allfälligen Freiheitsstrafe angerechnet werden ⁴⁵⁾. Solche Untersuchungshaft ist analog der entsprechenden Bestimmung im

⁴⁵⁾ Im Kanton Aargau wird in der Praxis der Aufenthalt in einer Beobachtungsstation oder in einer Anstalt an Stelle von Haft unter Umständen auch auf die Dauer der Heimversorgung angerechnet. Man bemißt m. a. W. die 1-jährige Minimalfrist des Art. 91 Ziff. 1 Abs. 2 StGB in diesen Fällen nicht vom Urteilstage, sondern vom Tage des effektiven Eintritts in die Erziehungsanstalt an. Vgl. z. B. Entscheidung des Aarg. Jugendamtes vom 14.3.1949 i. S. W. L.

ordentlichen Strafverfahren jedenfalls dann anzurechnen, wenn der Täter die Untersuchungshaft nicht durch sein Verhalten nach der Tat herbeigeführt oder verlängert hat. Lautet das Urteil nur auf Buße, so kann der Richter die Dauer der Untersuchungshaft in angemessener Weise berücksichtigen⁴⁶⁾.

Die Erfahrungen in der Praxis lassen nach einer Richtung eine Ergänzung des § 11 VJStrV als wünschenswert erscheinen: Es sollte dem Jugendanwalt die Kompetenz erteilt werden, nicht nur bei Vorliegen eines Haftgrundes, sondern auch aus dringendem fürsorgerischem Bedürfnis ein Kind oder einen Jugendlichen anstelle von Haft vorläufig in einer Familie oder in einer Anstalt unterbringen zu können. Diese Forderung entspringt einem ausgesprochenen praktischen Bedürfnis. Sie widerspricht nicht der andernorts vertretenen Auffassung, daß die endgültige Anordnung einer Erziehungsmaßnahme dem Jugendgericht vorbehalten bleiben soll. Die vorläufige Entfernung eines Angeschuldigten aus seiner bisherigen Umgebung ist keine endgültige Maßnahme, sondern nur eine provisorische, in manchen Fällen im Interesse des Beanzeigten sich geradezu aufdrängende. Auch Leitsatz 9 der „Pro Juventute“ weist auf diese Notwendigkeit hin. Ferner haben verschiedene andere Kantone ähnliche Bestimmungen⁴⁷⁾. De lege

⁴⁶⁾ ZPG § 25 in der rev. Fassung von § 16 EG.

⁴⁷⁾ Vgl. z. B. Zürich, Art. 43 Abs. 3 EG z. StGB:

„Der Angeschuldigte kann, wenn sein Interesse es erfordert, aus seiner bisherigen Umgebung entfernt und anderweitig untergebracht werden. Die anderweitige Unterbringung in einer Anstalt gilt als Untersuchungs- oder Sicherheitsverhaft.“

Im Kanton Bern besitzt der Jugendanwalt gegenüber Kindern und schulpflichtigen Jugendlichen ohnehin die Kompetenz zur Anordnung von Erziehungsmaßnahmen, sodaß er ihnen gegenüber jederzeit auch bloß vorläufige Verfügungen treffen kann. Gerade gegenüber Kindern ist diese Möglichkeit besonders wichtig und wertvoll.

Luzern § 141 EG z. StGB: „Der Amtsstatthalter ist während des Untersuchungsverfahrens befugt, die vorsorgliche Versetzung des Angeschuldigten in eine Familie oder Erziehungsanstalt zu verfügen oder andere zweckdienliche Maßnahmen zu ergreifen, um ihn sofort gefährdenden Einflüssen zu entziehen. Das selbe Recht steht dem Präsidenten des Jugendgerichts nach der Ueberweisung und dem Präsidenten des Obergerichts nach Ergreifung eines Rechtsmittels zu. Die einmal angeordneten Maßnahmen bleiben für das ganze Verfahren in Geltung, solange nichts Gegenteiliges verfügt wird.“

Solothurn § 63 Abs. 1 EG z. StGB: „Kinder und Jugendliche dürfen nur dann in Untersuchungshaft genommen werden, wenn zwingende Gründe es erfordern und sie nicht in eine andere Familie, Erziehungsanstalt oder Beobachtungsstation, zur vorsorglichen Entfernung aus ihrer bisherigen Umgebung, verbracht werden können.“

Basel-Stadt: § 12 Gesetz über die Jugendstrafrechtspflege (in der Fassung von Art. 14 EG z. StGB): „Kinder und Jugendliche können festgenommen werden: a) ..., b) wenn sie obdachlos oder bei ihren Eltern oder Pflegern in ihrem leiblichen oder sittlichen Wohl gefährdet sind.“

ferenda sollte daher in § 11 VJStrV eine entsprechende Bestimmung aufgenommen werden. Wir betrachten das Fehlen einer solchen Bestimmung als eine der empfindlichsten Lücken im aargauischen Jugendstrafverfahren.

III. Das Untersuchungsverfahren vor Schulpflege und Jugendanwalt

Die in die Zuständigkeit der Schulpflege fallende Untersuchung soll durch ein Mitglied der Schulpflege geführt werden⁴⁸⁾. Als Protokollführer amtiert ein weiteres Mitglied der Schulpflege oder eine Lehrkraft; namentlich der Klassenlehrer des betreffenden angezeigten Schülers dürfte dazu besonders geeignet sein. Ueber die Verhandlungen des untersuchenden Schulpflegemitgliedes muß ein förmliches Protokoll geführt werden, das den Gang der Verhandlungen und die Aussagen des Beanzigten wiedergibt. Letztere sind in direkter Redeweise niederzuschreiben. Das Protokoll ist vom Einvernommenen und den Untersuchungspersonen zu unterzeichnen (vgl. §§ 250 — 253 StPO). Die Schulpflege kann auch Zeugen einvernehmen, wobei die gleichen Formalitäten zu beachten sind.

Für die Einvernahmen durch den Jugendanwalt ist die Beiziehung eines Protokollführers nicht zwingend vorgeschrieben; er kann das Protokoll selbst führen. Diese elastische Regelung, die von der Großratskommission geschaffen wurde (Protokoll VJStrV S. 8), ist sehr zweckmäßig. Mit verschlossenen, gehemmten Naturen läßt sich unter vier Augen leichter Kontakt herstellen als bei Anwesenheit von Drittpersonen, namentlich etwa bei heiklen Untersuchungen über sittliche Verfehlungen. In der Praxis ist es daher im Kanton Aargau sozusagen die Regel, daß der Jugendanwalt das Protokoll persönlich führt.

IV. Der Abschluß der Untersuchung

1. Durch Einstellung der Untersuchung. Ueberweisungsverfahren.

Liegt nach Ansicht des Jugendantwaltes keine strafrechtlich zu ahndende Handlung vor, oder sind die Belastungstatsachen ungenügend, so beantragt der Jugendanwalt mit schriftlicher Begrün-

⁴⁸⁾ § 13 VJStrV. Die Schulpflegen würden mit Vorteil immer das gleiche Mitglied mit dieser Aufgabe betrauen, damit dasselbe eine gewisse Erfahrung sammeln kann; es sei denn, es stehe zufällig ein Fachmann zur Verfügung.

dung dem Jugendamt die Einstellung der Untersuchung. Stimmt das Jugendamt zu, so ist der Antrag der Jugendanwaltschaft zum Beschluß erhoben. Stimmt das Jugendamt nicht zu, und können sich die beiden Amtsstellen nicht einigen, so sind die Akten von der Jugendanwaltschaft dem Regierungsrate zum Entscheid zu unterbreiten. Das Jugendamt kann die Akten auch zur Ergänzung der Untersuchung an die Jugendanwaltschaft zurückweisen, bevor es über den Einstellungsantrag entscheidet (§§ 15 und 16 VJStrV). Auch Untersuchungen gegen Kinder und volksschulpflichtige Jugendliche, die von der Schulpflege geführt wurden, sind in dieser Weise von der Jugendanwaltschaft einzustellen. Die Einstellung der Untersuchung fällt somit ausschließlich in die Kompetenz der Jugendanwaltschaft und des Jugendamtes. In § 46 Ziff. 2 EG ist das unter den Kompetenzen des Jugendamtes ausdrücklich festgehalten, dagegen wird im § 43 EG, wo die Zuständigkeiten der Jugendanwaltschaft zusammengefaßt sind, die Einstellung der Untersuchung nicht erwähnt. De lege ferenda sollte § 43 Ziff. 5 EG entsprechend ergänzt werden.

Die Einstellungsverfügung muß schriftlich eröffnet werden, und zwar dem gesetzlichen Vertreter des Angeschuldigten, dem Anzeiger und dem Zivilkläger⁴⁹⁾. Jeder von ihnen hat das Recht, binnen 10 Tagen seit Eröffnung bei der Jugendanwaltschaft schriftlich die Ueberweisung an das zuständige Jugendgericht zu verlangen, sofern eine mit Zuchthaus oder wahlweise mit Zuchthaus und Gefängnis bedrohte strafbare Handlung in Frage steht⁵⁰⁾. Wegen Bagatellen kann dagegen nicht Ueberweisung verlangt werden. Für dieses Ueberweisungsverfahren gilt vorläufig das Privatklageverfahren des Zuchtpolizeiprozesses. Sofort nach Eingang eines Ueberweisungsbegehrens hat die Jugendanwaltschaft die Akten dem zuständigen Jugendgericht zu übermitteln⁵¹⁾. Das

⁴⁹⁾ Anzeiger ist nicht der rapportierende Polizeisoldat, sondern immer nur eine Privatperson. Zivilkläger ist derjenige, welcher Zivilansprüche im Strafverfahren geltend macht.

Protokoll VJStrV S. 9. VJS 9, 164, N. 76.

Protokoll GR vom 17. November 1941 Art. 120 S. 136.

⁵⁰⁾ Der Anzeiger, welcher Ueberweisung ins Privatstrafverfahren verlangt, wird dadurch zum Privatkläger.

Protokoll VJStrV S. 9.

⁵¹⁾ § 17 VJStrV.

Vgl. Dr. Kurt Eichenberger: „Privatstrafklage und Strafantrag nach Aarg. Zuchtpolizeirecht“ (Diss. Bern 1934).

Dr. Bruno Werder: „Das Privatstrafklageverfahren im Aargau“, Aargauisches Beamtenblatt 41. Jahrgang S. 9 ff. Die von Dr. Werder S. 27/28 vertretene Auffas-

Ueberweisungsverfahren des Zuchtpolizeiprozesses ist ins Jugendstrafverfahren übernommen worden „im Interesse sowohl einer Kontrolle der Jugendanwaltschaft als auch im Interesse des Angeschuldigten“⁵²⁾).

Mit der Einstellungsverfügung hat der Jugendanwalt regelmäßig auch den Entscheid über die Tragung der Untersuchungskosten zu verbinden. Dabei findet § 25 EG betr. die Kostentragung bei Einstellung der Untersuchung im ordentlichen Verfahren sinngemäß Anwendung. Den Eltern können Kosten auferlegt werden, wenn ihnen ein pflichtwidriges Verhalten zur Last fällt.

Liegen die Voraussetzungen zur Anordnung vormundschaftlicher Maßnahmen gemäß Art. 283 ff. ZGB vor, so stellt die Jugendanwaltschaft nach eingestellter Untersuchung bei der zuständigen Vormundschaftsbehörde die Anträge, die das Wohl des Kindes oder Jugendlichen erfordert. Die Jugendanwaltschaft ist zu dieser Antragstellung bei der Vormundschaftsbehörde verpflichtet⁵³⁾).

2. Durch Aufschub des Entscheides oder Absehen von Maßnahmen und Strafen.

Der Aufschub des Entscheides gemäß Art. 97 StGB, sowie das Absehen von Maßnahmen und Strafen gemäß Art. 87 Abs. 2, 88 und 98 StGB, fallen ebenfalls in die Kompetenz der Jugendanwaltschaft und des Jugendamtes. Der Jugendanwalt stellt dem Jugendamt einen entsprechenden Antrag, der bei Genehmigung durch das Jugendamt zum Beschluß erhoben ist. In der Sammelbestimmung über die Kompetenzen des Jugendanwaltes (§ 43 EG) ist das Absehen von Maßnahmen ebenfalls nicht ausdrücklich erwähnt, sondern geht nur aus § 46 Ziff. 2 EG (Zuständigkeit des Jugend-

sung, daß ein Jugendlicher, der ein Privatstrafdelikt im Sinne von rev. § 38 ZPG, z. B. eine Ehrverletzung begangen hat, ausschließlich bei der Jugendanwaltschaft angezeigt werden kann, und daß der Jugendanwalt einen allfälligen Vermittlungsversuch durchzuführen hat, teilt das OG nicht. Die Abteilung für Jugendstrafsachen hat in einem Urteile vom 30.3.1949 i. S. W. Sch. c. H. Z. und Kons. betr. Ehrverletzung im Gegensatz zum erstinstanzlichen Gericht erklärt, daß Ehrverletzungen Jugendlicher gleich wie diejenigen Erwachsener im Privatstrafverfahren abzuwandeln seien.

⁵²⁾ Protokoll VJStrV S. 9. Protokoll GR vom 17. November 1941 Art. 120 S. 135/136.

⁵³⁾ § 43 Ziff. 8 EG und § 22 VJStrV. Die systematische Stellung der letztern Bestimmung ist falsch. § 22 VJStrV gehört inhaltlich unter die Bestimmungen über die Einstellung der Untersuchung, nicht unter die Ueberweisung.

amtes) hervor, weshalb in § 43 Ziff. 5 auch das Absehen von Maßnahmen und Strafen erwähnt werden sollte. De lege ferenda wäre zu prüfen, ob nicht auch dem Jugendgericht die Kompetenz zum Aufschub des Entscheides im Sinne von Art. 97 StGB erteilt werden sollte.

3. Durch Ueberweisung an die urteilende Instanz.

a) Die Ueberweisungsbehörde.

Ueberweisungsbehörde in Jugendstrafsachen ist die Jugendanwaltschaft. Sie versieht somit im Jugendstrafverfahren die im ordentlichen Verfahren der Staatsanwaltschaft überbundene Funktion des staatlichen Anklägers⁵⁴). Die Jugendanwaltschaft tritt in allen Fällen als Ueberweisungsbehörde auf, gleichgültig ob der Angeschuldigte der Schulpflege oder dem Jugendgericht zur Beurteilung überwiesen werden soll⁵⁵).

b) Insbesondere die Ueberweisung an die Schulpflege.

Bezüglich der Ueberweisung an die Schulpflege wiederholt § 19 VJStrV den in § 47 EG niedergelegten Grundsatz, daß die Akten von der Jugendanwaltschaft der Schulpflege zur Beurteilung des Falles zu überweisen sind, wenn die Jugendanwaltschaft in Uebereinstimmung mit dem Vorschlage der Schulpflege bloß Schularrest oder Verweis gegenüber Kindern oder einen Verweis gegenüber noch volksschulpflichtigen Jugendlichen als angezeigt erachtet⁵⁶). Die Jugendanwaltschaft stellt in diesem Falle einen entsprechenden schriftlichen Antrag.

Weichen die Anträge der Schulpflege und der Jugendanwaltschaft über die anzuordnenden Maßnahmen oder auszufällenden

⁵⁴) Die Stellung des Jugendanwaltes ist zwar insofern eine andere, als er nicht ausschließlich als Partei, d. h. als Ankläger gegen das Kind, sondern ausgesprochen als Fürsorger für dasselbe auftritt. Hauser III. Jugendgerichtstag, S. 96.

⁵⁵) Eigentümlich ist das Marginale von § 20 VJStrV, das von der Ueberweisung des Jugendanwaltes „an den Jugendanwalt“ spricht. — Bei der Antragsstellung an die Vormundschaftsbehörde gemäß § 22 VJStrV hat man es nicht mit einer Ueberweisung im eigentlichen Sinne zu tun. Dieser Paragraph gehört, wie bereits gesagt, systematisch unter die Bestimmungen über die Einstellung der Untersuchung. Vgl. Anmerkung ⁵³.

Auch bei Widerruf des bedingten Strafvollzuges durch das Jugendgericht stellt der Jugendanwalt Antrag. Vgl. § 6 Ziff. 2 EG.

⁵⁶) Gegenüber § 47 EG hat § 19 VJStrV präzisiert, daß der Schulpflege nur volksschulpflichtige Jugendliche überwiesen werden können, während § 47 EG einfach von Jugendlichen spricht.

Strafen von einander ab und können sich diese beiden Amtsstellen nicht verständigen, so sind die Akten gemäß § 23 Abs. 1 VJStrV von der Jugendanwaltschaft dem Jugendgericht zur Entscheidung vorzulegen. Will diese Bestimmung besagen, daß die Akten nur dann dem Jugendgericht vorzulegen sind, wenn sich Schulpflege und Jugendanwaltschaft nicht darüber einigen können, ob eine Erziehungsmaßnahme angeordnet oder ob bestraft werden soll? Oder ist der Entscheid des Jugendgerichts schon dann anzurufen, wenn sich Schulpflege und Jugendanwaltschaft zwar darüber einig sind, daß nicht eine Erziehungsmaßnahme angeordnet, sondern bestraft werden soll, wenn sich die beiden Amtsstellen aber nicht darüber verständigen können, welche Strafe, ob Schularrest oder Verweis angemessen ist?

Gemäß § 19 Abs. 2 VJStrV ist die Schulpflege an den Antrag der Jugendanwaltschaft nicht gebunden. Ferner entscheidet gemäß § 23 Abs. 2 VJStrV die Schulpflege im Rahmen der Anträge der Jugendanwaltschaft endgültig, wenn diese Anträge auf Schularrest oder Verweis lauten⁵⁷⁾. Aus diesen Bestimmungen geht hervor, daß man der Schulpflege im Rahmen ihrer Urteilsbefugnis (Schularrest und Verweis) eine gewisse Selbständigkeit zubilligen wollte. Sie soll nicht ausschließlich an die vom Jugendanwalt beantragte Strafe gebunden sein, sondern auch Schularrest ausfallen können, wenn der Jugendanwalt bloßen Verweis beantragt hat, und umgekehrt. Dementsprechend sind u. E. die Akten nur dann dem Jugendgericht vorzulegen, wenn sich Schulpflege und Jugendanwaltschaft nicht darüber verständigen können, ob eine Erziehungsmaßnahme angeordnet werden soll oder nicht. Wenn dagegen Einigkeit darüber besteht, daß eine Strafe am Platze ist, kann die Schulpflege selbständig entscheiden, ob sie mit Schularrest oder Verweis bestrafen will, da sich diese Entscheidung im Rahmen ihrer Urteilsbefugnis bewegt. Mögen auch die Auffassungen von Schulpflege und Jugendanwaltschaft über die Art der Strafe auseinandergehen, die Akten müssen deswegen nicht dem Jugendgericht vorgelegt werden⁵⁸⁾.

Andererseits müssen die Akten u. E. auch dann dem Jugendgericht vorgelegt werden, wenn die Schulpflege entgegen der Auffassung der Jugendanwaltschaft einen Freispruch beantragt und

⁵⁷⁾ Diese Bestimmungen wurden in den Beratungen der Großratskommission aufgenommen. Protokoll VJStrV S. 10.

⁵⁸⁾ Vgl. Protokoll GR vom 17. November 1941, Art. 120 S. 136.

sich die beiden Amtsstellen nicht einigen können. Die Schulpflege kann auch nicht über den Antrag der Jugendanwaltschaft auf Schularrest oder Verweis hinweg freisprechen. Tut sie das — und es kommt gelegentlich unbekümmert um die zwischen Jugendanwaltschaft und Schulpflege getroffene Verständigung vor — so kann ein solches Urteil nicht endgültig sein, weil es nicht im Rahmen des Antrages der Jugendanwaltschaft bleibt. Die Schulpflege kann aber nur im Rahmen der Anträge der Jugendanwaltschaft auf Schularrest oder Verweis endgültig entscheiden. Ein solcher Freispruch würde gegen die zwischen der Schulpflege und der Jugendanwaltschaft vor der Ueberweisung vorhandene Einigung, daß der Angeschuldigte mit Schularrest oder Verweis bestraft werden soll, verstoßen. Hätte die Schulpflege schon *vor* der Ueberweisung Freispruch verlangt und sich mit der Jugendanwaltschaft nicht verständigen können, so hätten die Akten dem Jugendgericht zum Entscheid vorgelegt werden müssen. Wenn daher die Schulpflege *nach* der Ueberweisung unbekümmert um die getroffene Vereinbarung und den darauf basierenden Antrag der Jugendanwaltschaft freispricht, so sollen die Akten ebenfalls dem Jugendgericht vorgelegt werden dürfen, ansonst der Antrag der Jugendanwaltschaft auf diese Weise umgangen werden könnte. Gerade das wollte aber § 23 VJStrV verhindern, d. h. vermeiden, daß die Schulpflege über den Rahmen der Anträge des Jugendanwaltes hinaus entscheidet.

De lege ferenda wäre es angezeigt, gewisse Unklarheiten in den §§ 19 und 23 VJStrV im Sinne vorstehender Ausführungen zu beseitigen.

§ 7. Das Verfahren vor dem Richter

I. Urteilsverfahren vor der Schulpflege

Ueber das Verfahren, welches die Schulpflege bei der Beurteilung von Kindern und volksschulpflichtigen Jugendlichen zu beobachten hat, bestehen nur wenige Vorschriften. Der Gesetzgeber hat offenbar mit Absicht dieses Verfahren möglichst einfach und formlos gestaltet. Indessen scheint uns, daß auch die Schulpflege aus Gründen der Rechtssicherheit auf die Beachtung gewisser prozessualer Grundsätze, die in der Verordnung über das Jugendstrafverfahren nicht ausdrücklich erwähnt sind, nicht verzichten kann.

So sollte z. B. ein Protokoll geführt werden, das den Gang der Verhandlungen, sowie die Aussagen des Angeschuldigten und allfälliger Zeugen wiedergibt. De lege ferenda wäre es u. E. angezeigt, das richterliche Verfahren vor der Schulpflege etwas näher zu umschreiben, event. gewisse Vorschriften des Verfahrens vor dem Jugendgericht als analog anwendbar zu erklären.

Die Schulpflege urteilt in der Regel auf Grundlage der Akten. Persönliches Erscheinen des fehlbaren Schülers vor der Schulpflege ist also nicht vorgeschrieben. Ist indessen ein Verweis auszusprechen, so kann auf persönliches Erscheinen nicht verzichtet werden, weil der Verweis dem Fehlbaren mündlich zu erteilen ist, und zwar nicht vom Lehrer oder von einem einzelnen Mitgliede der Schulpflege, sondern vor deren Kollegium. Damit soll die Eindringlichkeit des Verweises verstärkt werden. Jeder Entscheid der Schulpflege, ob auf Schularrest oder Verweis lautend, ist nachher mit schriftlicher Begründung dem gesetzlichen Vertreter des Beurteilten, der Jugendanwaltschaft unter Beilage der Akten und dem allfälligen Zivilkläger zuzustellen⁵⁹⁾.

Im Verfahren vor der Schulpflege ist eine berufsmäßige Verteidigung ausgeschlossen (§ 31 Abs. 1 VJStrV). Vorbehalten bleiben selbstverständlich die Rechte des Inhabers der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt.

In das schriftliche Urteil gehört auch der Kostenentscheid. Von der Behandlung der Kosten im Jugendstrafverfahren wird unter VI. dieses Paragraphen noch die Rede sein.

Schließlich ist auch an unsere Ausführungen in § 5 II 4 über die Frage der Geltendmachung von Zivilansprüchen im Verfahren vor der Schulpflege zu erinnern.

II. Das Strafbefehlsverfahren

Der Strafbefehl des ordentlichen Verfahrens ist in den §§ 19 bis 24 EG geregelt. Diese Bestimmungen, die im Rahmen dieser Arbeit nicht behandelt werden können, finden auf den bedingten Strafbefehl des Jugendanwaltes sinngemäß Anwendung mit folgenden Abweichungen:

⁵⁹⁾ Vgl. auch § 3 VJStrV. — Die Ausfertigung der schriftlichen Urteile bereitet naturgemäß den Schulpflegern, in denen nicht immer Fachleute sitzen, einige Mühe. Die Jugendanwaltschaft des Kantons Aargau legt deshalb seit einiger Zeit mit gutem Erfolg den Schulpflegern jeweils eine Art Musterbeispiel für die Ausfertigung eines solchen Urteils vor.

Der Strafbefehl gegen Jugendliche ist mit den Untersuchungsakten dem Jugendamt und in je einer Ausfertigung dem Inhaber der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt, sowie dem Anzeiger und dem Zivilkläger zuzustellen. Im Gegensatz zu der entsprechenden Bestimmung im ordentlichen Verfahren (§ 21 Abs. 1 EG), die nur Zustellung an den Zivilkläger verlangt, muß der Strafbefehl des Jugendanwaltes gemäß § 25 Ziff. 1 VJStrV dem Zivilkläger *und dem Anzeiger* zugestellt werden. Diese Erweiterung wurde — offenbar in Anlehnung an § 23 Abs. 2 EG und § 17 Abs. 1 VJStrV, wonach die Einstellungsverfügung dem Anzeiger und Zivilkläger zugestellt werden muß — von der Großratskommission vorgenommen ⁶⁰⁾. Einspracheberechtigt ist aber weder der Anzeiger noch der Zivilkläger. Dieses Recht steht nur dem Inhaber der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt und dem Jugendamt zu, das hier analog der Rolle der Staatsanwaltschaft im ordentlichen Strafbefehlsverfahren als Vertreter des Staates auftritt ⁶¹⁾. Der Angeschuldigte selbst ist nur einspracheberechtigt, wenn er das 16. Altersjahr zurückgelegt hat und urteilsfähig ist. Einsprachen gegen Strafbefehle sind (binnen 10 Tagen) bei der Jugendanwaltschaft einzureichen, welche dieselben mit den Akten an das Jugendgericht zur Beurteilung überweist ⁶²⁾.

⁶⁰⁾ Protokoll VJStrV S. 11.

⁶¹⁾ Vgl. § 46 Ziff. 4 EG. Die Schulpflege ist nicht einspracheberechtigt gegen einen Strafbefehl wegen Schulversäumnis. OG vom 4. Juli 1946 i. S. L. M.

⁶²⁾ Die Jugendanwaltschaft des Kts. Aargau macht von diesem vereinfachten Verfahren im Interesse der Jugendlichen und zur Entlastung der Gerichte möglichst weitgehend Gebrauch. Bußen werden dabei in Berücksichtigung der Verhältnisse des Täters (Art. 48 Ziff. 2 Abs. 2 StGB) meistens sehr niedrig angesetzt, um den Jugendlichen überhaupt die Möglichkeit zu bieten, diese selbst bezahlen zu können. Es sind denn auch bis anhin sehr wenig Umwandlungsbegehren wegen Nichtbezahlung der Buße gestellt worden. So aufgefaßt, erfüllt auch die Buße ihren erzieherischen Zweck.

Die Umwandlung von Geldbußen des Jugendanwaltes in Haft erfolgt in analoger Anwendung von § 7 Abs. 2 EG ebenfalls durch Strafbefehl der Jugendanwaltschaft. Will der Bußenschuldner geltend machen, daß er schuldlos außerstande sei, die Buße zu bezahlen (Art. 49 Ziff. 3 Abs. 2 StGB), so kann er dies durch Einsprache gegen den Umwandlungs-Strafbefehl tun und dann vor dem Jugendgericht seine Einwendungen vorbringen. So lange die Einsprachefrist noch läuft, der Umwandlungs-Strafbefehl also noch nicht rechtskräftig geworden ist, kann dieser Strafbefehl auch noch durch Bezahlung der Buße beseitigt werden, nachher dagegen nicht mehr.

III. Die Hauptverhandlung vor dem Jugendgericht erster Instanz

1. Allgemeines.

Gegenüber dem bezirksgerichtlichen Verfahren weist die Hauptverhandlung vor dem Jugendgericht eine Reihe von Abweichungen auf, die alle aus Gründen des Jugendschutzes geschaffen wurden. Soweit keine Besonderheiten bestehen, gilt auch für die Verhandlung vor dem Jugendgericht das bezirksgerichtliche Zuchtpolizeiverfahren.

Eine neue Beweisführung braucht vor dem Jugendgericht nicht stattzufinden, sofern der Richter aus den vom Jugendanwalt vorgelegten Akten genügend unterrichtet ist. Das will namentlich heißen, daß das Gericht in diesem Falle auf die Einvernahme von Zeugen und Sachverständigen verzichten kann, während eine persönliche Einvernahme des Angeschuldigten unerläßlich ist ⁶³⁾.

Die Hauptverhandlung wird mit dem Urteil abgeschlossen, das Maßnahmen anordnen oder Strafen aussprechen kann, und zwar bei Kindern auch Schularrest oder Verweis. Gelangt das Jugendgericht zu einem Freispruch, so kann es bei der zuständigen Vormundschaftsbehörde Antrag auf Anordnung geeigneter Maßnahmen stellen, wenn die Voraussetzungen der Art. 283 ff. ZGB vorliegen (§ 33 VJStrV).

2. Persönliches Erscheinen des Beanzeigten.

In § 27 Abs. 2 VJStrV wird bestimmt, daß der Beanzeigte persönlich zur Hauptverhandlung zu erscheinen hat. Im Jugendstrafverfahren liegt das Schwergewicht so sehr auf der subjektiven Seite, bei der Erforschung der Persönlichkeit des Täters, daß ohne persönlichen Kontakt mit diesem ein sachgemäßes Urteil nicht gefällt werden kann ⁶⁴⁾. Der beanzeigte Jugendliche muß daher *immer* persönlich in der Hauptverhandlung anwesend sein. In diesem Sinne hat sich bereits auch die Praxis ausgesprochen. Die Abteilung für Jugendstrafsachen des Obergerichts hat in einem Urteil vom 8.10.1943 i. S. Manco (VJS 43 S. 161 No. 51) erklärt, daß die in § 27 Abs. 2 VJStrV vorgeschriebene Einvernahme eines Jugend-

⁶³⁾ §§ 32 und 27 Abs. 2 VJStrV. Vgl. auch nachfolgend Ziff. 2 dieses Paragraphen.

⁶⁴⁾ Pfenninger III. Jugendgerichtstag, S. 25.

lichen durch das Jugendgericht in jedem Falle zwingendes Recht sei. Es gibt also kein Kontumazialverfahren im Jugendstrafprozeß⁶⁵⁾). Kann der Beanzeigte aus irgend einem Grunde nicht persönlich vor das Jugendgericht gestellt werden, so bleibt das Verfahren gegen ihn ausgesetzt, bis er das 20. Altersjahr erreicht hat. Da er von diesem Zeitpunkte weg gemäß Art. 371 Abs. 2 StGB ohnehin nicht mehr im Jugendstrafverfahren abgeurteilt werden kann, hat alsdann das Jugendgericht die Strafsache unter Erlaß eines Abschreibungsbeschlusses an das ordentliche Bezirksgericht zur Behandlung und Erledigung zu überweisen, welches nun gemäß den Bestimmungen des ordentlichen Verfahrens in Abwesenheit des Beanzeigten auf Grundlage der Akten sein Urteil fällen kann⁶⁶⁾).

Aus dem Verbot des Kontumazialverfahrens in Jugendstrafsachen ist zu folgern, daß es eine *Vertretung* des Beanzeigten, die gemäß §§ 31 Abs. 4 und 32 EG im ordentlichen Verfahren möglich ist, im Jugendstrafverfahren nicht gibt⁶⁷⁾).

In der Kommission des Großen Rates wurden gegen die strenge Fassung, daß der Beanzeigte *stets* persönlich zur Hauptverhandlung zu erscheinen habe, gewisse Einwendungen erhoben; es wurden etwas weniger starre Formulierungen vorgeschlagen. Schließlich hielt man aber doch an der strengen Fassung fest aus der Ueberlegung heraus, daß es nichts schade, wenn bei dauernder

⁶⁵⁾ Das OG führt in seinem Urteil vom 8. Oktober 1943 i. S. Manco folgendes aus:

„.... a) Rein formell ist am Urteilsspruch der Vorinstanz zu rügen, daß er ohne persönliche Einvernahme der Beklagten gefällt worden ist. Nun ist jedoch das persönliche Erscheinen eines jugendlichen Rechtsbrechers vor dem erstinstanzlichen Richter gemäß § 27 JStVO ausdrücklich vorgeschrieben. Das großbrütliche Verhandlungsprotokoll macht zu dieser Bestimmung folgende Ausführungen: „... ist zu bemerken, daß die Beurteilung eines Kindes oder Jugendlichen, die so sehr von der subjektiven Tatseite abhängt, das persönliche Erscheinen des Beanzeigten vor dem Jugendgericht erheischt. Die Kommission vertritt einhellig die Auffassung, daß Jugendstrafsachen, in denen dieses persönliche Erscheinen wegen anhaltender Krankheit oder längerer Landesabwesenheit nicht möglich ist, nicht beurteilt werden dürfen. Das wird unter Umständen in solchen seltenen Ausnahmefällen dazu führen, daß die Sache liegen bleibt und daß eventuell die Strafverfolgung verjährt. Das dadurch entstehende Unheil ist aber weit geringer als der Schaden, welcher erwachsen kann, wenn lediglich auf Grund der Akten gegenüber einem Kinde oder einem Jugendlichen eine verfehlte Maßnahme oder Strafe angewandt wird.“ Angesichts des peremptorischen Wortlautes des § 27 JStVO und dieser Ausführungen muß der angefochtene Urteilsspruch mangels persönlicher Einvernahme der damals landesabwesenden jugendlichen Beklagten durch die Vorinstanz als ungesetzlich aufgehoben werden.“

VJS 1943, S. 163, Erw. 4 a).

⁶⁶⁾ § 79 ZPG. — OG i. S. Manco, a. a. O. Erw. 4b).

⁶⁷⁾ Vgl. Botschaft VJStrV S. 11.

Krankheit oder Abwesenheit des Beangezigten das Verfahren ausgesetzt werde⁶⁸⁾).

Diese Ueberlegung mag zutreffend sein. Auch ist das Verbot des Kontumazialverfahrens im Jugendstraßprozeß sicherlich grundsätzlich richtig. Indessen entspricht die starre Fassung von § 27 Abs. 2 VJStrV nicht den praktischen Bedürfnissen. Es gibt in der Praxis Situationen, wo die Fällung eines Urteils in Abwesenheit des Beangezigten nicht nur zweckmäßig, sondern sogar notwendig wäre. Man denke z. B. an die Möglichkeit, daß der Beangezigte zufolge eines krankhaften Zustandes gar nicht vor das Gericht gestellt werden kann, daß aber doch die „notwendige Behandlung“ im Sinne von Art. 85 und 92 StGB gerichtlich angeordnet werden sollte. Oder man denke an die gerichtliche Löschung der Einträge im Strafregister gemäß Art. 96 Abs. 4, Art. 97 Abs. 3 und Art. 99 StGB, die unbedenklich ohne die persönliche Anwesenheit des Beangezigten vorgenommen werden kann, wie unter Umständen auch die Beurteilung einer Einsprache gegen einen bedingten Strafbefehl des Jugendanwaltes. Wir würden daher de lege ferenda vorschlagen, den peremptorischen Wortlaut von § 27 Abs. 2 VJStrV etwas zu lockern, am besten wiederum durch Einfügung der Worte „in der Regel“, oder, wenn man gegen eine solch allgemeine Fassung Bedenken hat, indem in den vorerwähnten Fällen die Pflicht zum persönlichen Erscheinen des Beangezigten beseitigt wird.

Schließlich schlagen wir de lege ferenda noch vor, Absatz 1 und 2 von § 27 VJStrV von einander zu trennen, da sie inhaltlich nicht zusammen gehören.

3. Ausschluß der Öffentlichkeit.

Schon im Einführungsgesetz wurde der Grundsatz niedergelegt, daß im Gegensatz zum ordentlichen Verfahren die Verhandlungen des Jugendgerichts erster und zweiter Instanz nicht öffentlich sein sollen (§§ 48 Abs. 4 und 50 Abs. 4 EG). Dieser Verzicht auf eine sonst allgemein anerkannte und als Errungenschaft betrachtete prozessuale Wahrheitsgarantie ist sowohl im Interesse des Beangezigten selbst, wie zum Schutze seiner Familie gerechtfertigt. Es muß vermieden werden, daß geltungssüchtige Beangezigte in einem bevölkerten Gerichtssaal zum Mittelpunkt einer großen Auf-

⁶⁸⁾ Protokoll VJStrV S. 11, Protokoll GR vom 17. November 1941 Art. 120 S. 136.

machung werden und sich dadurch wichtig vorkommen. Andererseits werden gehemmte Beanzeigte durch die Anwesenheit fremder Personen eingeschüchtert und noch verschlossener, sodaß die Führungnahme mit ihnen für den Verhandlungsleiter fast unmöglich wird. Man stelle sich namentlich etwa Kinder in einer solchen Umgebung vor! Da diese nach aarg. Jugendstrafverfahren in bestimmten Fällen ebenfalls vor das Gericht gestellt werden, konnte man unmöglich die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlung zulassen. Aus ähnlichen Gründen wurde ja schon die Zahl der Richter im Jugendgericht reduziert. Der Ernst der Gerichtsverhandlung erleidet durch diese Einschränkungen keine Einbuße.

Zum Schutze der Familie ist der Ausschluß der Oeffentlichkeit notwendig, weil in den Verhandlungen der Jugendgerichte oftmals intimste Familienverhältnisse zur Sprache kommen, die nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt sind. Das gilt auch bezüglich der Erörterungen über Charaktereigenschaften, Anlagen, Fähigkeiten des jungen Rechtsbrechers; dessen Fortkommen soll durch solche Enthüllungen nicht unnötig erschwert werden.

Der im Einführungsgesetz verankerte Ausschluß der Oeffentlichkeit für die Jugendgerichtsverhandlungen hat in § 28 Abs. 2 VJStrV gewisse Einschränkungen erfahren. Daß die Inhaber der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt der Gerichtsverhandlung stets beiwohnen dürfen, ist zwar selbstverständlich. Das gleiche Recht ist aber auch dem Geschädigten und allfälligen Vertretern der Schutzaufsichtsorganisation eingeräumt. Sodann kann der Präsident des Jugendgerichts Personen, die ein berechtigtes Interesse geltend machen, wie Angehörige, Erzieher des Kindes oder Jugendlichen, Vertreter von Vormundschafts- und Armenbehörden, zu den Verhandlungen zulassen. Die Verordnung über das Jugendstrafverfahren bekennt sich damit zum sog. Prinzip der beschränkten Oeffentlichkeit. Durch die Zulassung der genannten Personen zu der Gerichtsverhandlung wird namentlich auch der Eindruck vermieden, daß der junge Missetäter schutzlos einem Geheimverfahren ausgeliefert werde⁶⁹⁾.

⁶⁹⁾ Pfenninger III. Jugendgerichtstag S. 29.

Eltern und Vormünder müssen aber nicht zur Verhandlung vorgeladen werden oder daran teilnehmen, indem auch ohne ihre Anwesenheit bzw. ohne ihre Anhörung im gerichtlichen Verfahren das Endurteil gefällt werden darf. Die in § 28 Abs. 2 VJStrV genannten Personen sind lediglich von dem in Abs. 1 dieser Bestimmung statuierten Verbot ausgenommen. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß Vorladungen, Verfügungen, Beschlüsse und Urteile für Kinder und

4. Einschränkung der Presseberichterstattung.

Die weitgehendste Oeffentlichkeit wird heute durch die Presse geschaffen. Es ist deshalb nur die Konsequenz der soeben angestellten Ueberlegungen, daß auch die Berichterstattung in der Presse über Jugendstrafsachen eingeschränkt sein muß. Die Berichterstattung über Jugendgerichtsverhandlungen ist gemäß § 28 Abs. 3 VJStrV nur mit Bewilligung des Präsidenten des Jugendgerichts zulässig in Fällen, denen öffentliches Interesse zukommt; sie ist auch dann unter Schonung des Fehlbaren und seiner Familie auszuüben, namentlich ohne Nennung irgend eines Namens⁷⁰⁾.

Aus dem Wortlaut von § 28 Abs. 3 VJStrV und der systematischen Stellung dieser Bestimmung könnte man schließen, daß nur die Presseberichterstattung über Verhandlungen des Jugendgerichts beschränkt sei, nicht aber diejenige über Jugendstrafsachen, die sich im Stadium der Untersuchung befinden. Das kann aber nicht die Meinung des Gesetzgebers sein, denn die Gründe, die eine Einschränkung der Berichterstattung in der Presse rechtfertigen, gelten im Wesentlichen für das gesamte Verfahren, also für das Stadium der Untersuchung so gut wie für die Gerichtsverhandlung. Auch im Untersuchungsstadium muß verhindert werden, daß das Geltungsbedürfnis dieser jungen „Helden“ durch Zeitungsartikel geschürt wird. Auf Presseberichte über ihre Taten weisen Jugendliche mit besonderem Stolz hin! Die Presseberichterstattung über Jugendstrafsachen muß daher auch während der Untersuchung beschränkt sein, was u. E. im § 28 Abs. 3 VJStrV sinngemäß enthalten ist. Um indessen jeden Zweifel auszuschließen, sollte das *de lege ferenda* ausdrücklich festgelegt und § 28 Abs. 3 VJStrV entsprechend ergänzt werden, wobei auch zu bestimmen wäre, wer im Stadium der Untersuchung die Presseberichterstattung ausnahmsweise soll bewilligen können. Die dafür geeignete Stelle wäre die Jugendanwaltschaft, event. auch die Schulpflege bei Untersuchungen, die sie selber führt.

Die Mißachtung des im § 28 Abs. 3 VJStrV enthaltenen Verbots der Presseberichterstattung über Jugendstrafsachen kann gemäß Art. 293 StGB mit Haft oder Buße bestraft werden. Es nützte

Jugendliche gemäß § 3 Abs. 1 VJStrV in der Regel dem Inhaber der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt zuzustellen sind. Vgl. OG vom 20.8.1948 i. S. M. B. und S. 49 Anm. 34.

⁷⁰⁾ Protokoll VJStrV S. 11, Protokoll GR vom 17. November 1941 Art. 120, S. 136.

nichts, ein solches Verbot aufzustellen, wenn dessen Uebertretung nicht geahndet werden könnte ⁷¹⁾).

5. Ausschluß des Beanzeigten von der Verhandlung.

Gemäß § 29 VJStrV kann der Beanzeigte vom Gericht bei der Einvernahme einzelner Zeugen oder für die Dauer einzelner Erörterungen, von denen ein nachteiliger Einfluß zu befürchten ist, von der Verhandlung ausgeschlossen werden; von der Anhörung der Parteivorträge ist er stets auszuschließen.

Von dieser erzieherisch sehr wichtigen Bestimmung wird u. E. in der Praxis noch zu wenig Gebrauch gemacht. Sie darf selbstverständlich nicht dazu führen, daß der Beanzeigte jeglicher Verteidigungsmöglichkeit beraubt wird. Namentlich aber bei Erörterungen über die persönlichen Verhältnisse ist die Gegenwart der jugendlichen Beanzeigten immer mehr oder weniger peinlich und schädlich. Diese sollten es nicht hören, wenn über ihren Zustand, über allfällige Charakterdefekte oder krankhafte Erscheinungen diskutiert wird. Sie sollten auch nicht zugegen sein, wenn die Verhältnisse in der Familie erörtert und kritisch beleuchtet werden, und erst recht nicht, wenn der Verteidiger alle Entlastungsmomente zu ihren Gunsten vorbringt und den Täter in möglichst günstigem Lichte darzustellen sucht. Aus dem gleichen Grunde sollte der Beanzeigte während der Einvernahme seiner Eltern — die oftmals recht laut vor sich geht — sozusagen regelmäßig von der Verhandlung ausgeschlossen werden, namentlich auch, weil die Eltern gemäß § 6 VJStrV das Zeugnis über persönliche und Familienverhältnisse nur dann verweigern können, wenn ihnen die Aussage zur Schande gereichen würde (vgl. vorn § 5 II 5).

6. Anwesenheit des Jugendanwaltes.

Die z. B. in Art. 52 Ziff. 4 des bernischen EG z. StGB enthaltene Vorschrift, daß der Jugendanwalt stets persönlich den Verhandlungen des Jugendgerichts beizuwohnen habe, wurde vom aarg. Gesetzgeber nicht übernommen. Man hielt eine solche Forderung mit Recht als zu weitgehend. Es hat keinen Sinn, den Jugendanwalt in jedem Falle zum persönlichen Erscheinen vor dem Jugendgericht zu verpflichten. Wir halten sogar die in § 30

⁷¹⁾ Pfenninger III. Jugendgerichtstag S. 29.

VJStrV gewählte Lösung, wonach der Jugendanwalt seine Anträge persönlich vor Gericht zu vertreten hat, wenn er Anordnung einer Erziehungsmaßnahme oder Aenderung einer solchen, Versetzung in eine Strafanstalt, Einschließung allein oder in Verbindung mit einer Buße beantragt, als zu starr und zu weitgehend. Man sollte u. E. diese Formulierung elastischer gestalten, z. B. durch Einfügung der Worte „in der Regel“, und es dem Ermessen des Jugendanwaltes anheimstellen, wann er seine Anträge persönlich vor dem Jugendgericht vertreten will. Man muß dem Jugendanwalt zutrauen, daß er selbst beurteilen kann, welche Fälle seine persönliche Anwesenheit bei der Verhandlung des Jugendgerichts erheischen. Einer solchen Regelung könnte umso eher zugestimmt werden, als der Jugendanwalt gemäß § 22 VJStrV verpflichtet ist, seinen schriftlichen Antrag an das Jugendgericht zu begründen, sodaß das Gericht über die Meinung des Jugendanwaltes immer unterrichtet ist.

De lege ferenda schlagen wir daher vor, § 30 VJStrV entsprechend abzuändern.

7. Die Verteidigung.

a) Beschränkung auf berufsmäßige Verteidigung.

Das Jugendstrafverfahren des Kantons Aargau hat sich grundsätzlich für die Zulassung der Verteidigung in Jugendstrafsachen entschieden, wenn auch erst im erkennenden Verfahren und mit gewissen Einschränkungen.

Die Verteidigung in Jugendstrafsachen kann nur durch einen patentierten Anwalt, nicht auch durch Laien, z. B. durch einen Pfarrer oder einen Lehrer, geführt werden. § 30 VJStrV sieht nur die *berufsmäßige*, d. h. eben die Verteidigung durch einen patentierten Anwalt vor. Man hielt diese Lösung für richtiger und zweckmäßiger, weil es sich auch beim Jugendstrafverfahren immerhin um ein Straf- und nicht um ein Administrativ-Verfahren handelt, sodaß Gesetzeskenntnis und Prozeßerfahrung für den Verteidiger notwendig sind. Der juristisch geschulte Fachmann erscheint deshalb zur Erfüllung dieser Aufgabe geeigneter als der Laie, obschon dieselbe auch besondere Anforderungen in psychologischer und pädagogischer Hinsicht an ihn stellt. Es ist aber festzustellen, daß die Rechtsanwälte diesen Schwierigkeiten im all-

gemeinen gewachsen sind und mit Geschick begegnen. Jedenfalls wäre es nicht gerechtfertigt, dem Anwaltsstande diese Aufgabe zu entziehen und damit einen Einbruch in das Anwaltsmonopol vorzunehmen ⁷²⁾).

b) Keine Verteidigung in der Untersuchung und vor der Schulpflege.

Im Untersuchungsverfahren und im Verfahren vor der Schulpflege ist die berufsmäßige Verteidigung ausgeschlossen (§ 31 Abs. 1 VJStrV). Da die Schulpflege nur Schularrest und Verweis aussprechen kann, ist die Verteidigung vor der Schulpflege schon im Hinblick auf § 31 Abs. 2 VJStrV, der die Verteidigung nur bei Antrag auf Anordnung einer Maßnahme oder Ausfällung einer schwereren Strafe zuläßt, nicht am Platze. Sie wäre aber auch sonst nicht zweckmäßig, denn das Auftreten eines Rechtsanwaltes vor der Schulpflege würde doch zu weit führen und deren Aufgabe ungebührlich erschweren.

Daß die Verteidigung während der Untersuchung ausgeschlossen ist, muß als glückliche Lösung angesprochen werden. Nicht nur würde die Zulassung der Verteidigung im Untersuchungsverfahren eine Komplizierung und damit eine Verlängerung der Untersuchung zur Folge haben, sondern vor allem müßte die Mitwirkung eines Verteidigers in der Untersuchung zu erzieherisch ganz unhaltbaren Situationen führen. Der erzieherische Gedanke aber — das sei immer wieder betont — muß im Jugendstrafverfahren unbedingt im Vordergrund stehen. Das Verfahren gegen Kinder und Jugendliche verlangt in dieser Beziehung ganz andere Rücksichten als das ordentliche Strafverfahren ⁷³⁾.

c) Die Verteidigung vor dem Jugendgericht.

Vor dem Jugendgericht ist die Verteidigung zugelassen, wenn die Jugendanwaltschaft Einweisung in eine Familie oder in eine Erziehungsanstalt, Versetzung in eine Strafanstalt oder Einschließung alleine oder in Verbindung mit einer Buße beantragt (§ 31 Abs. 2 VJStrV), also unter den gleichen Voraussetzungen, unter

⁷²⁾ Hasler S. 152/53; Pfenninger Z 39 S. 59, Botschaft VJStrV S. 11/12.

⁷³⁾ A. M. Schneider S. 44 ff.

Vgl. dagegen zu dieser Frage für das ordentliche Verfahren Thormann Z 20 S. 76 — 78.

denen der Jugendanwalt gemäß § 30 VJStrV seine Anträge persönlich vor Gericht zu vertreten hat. Nicht ausdrücklich erwähnt wird in § 31 Abs. 2 VJStrV der Antrag auf Aenderung einer Maßnahme. Zweifellos ist aber auch in diesem Falle eine Verteidigung zulässig, denn es geht bei der Aenderung von Maßnahmen immer darum, eine bereits bestehende durch eine andere Maßnahme zu ersetzen. Es war deshalb nicht unbedingt notwendig, in § 31 Abs. 2 VJStrV ausdrücklich zu erwähnen, daß bei Aenderung der Maßnahme die Verteidigung zulässig ist, denn das geht sinngemäß aus dieser Bestimmung hervor.

Bei Antrag auf Ausfällung einer Buße durch das Jugendgericht ist dagegen die Verteidigung nicht zugelassen. Das ist durchaus gerechtfertigt, indem der Richter die Buße nach den Verhältnissen des Täters, d. h. namentlich nach seinem Einkommen und seinem Vermögen bestimmen soll (Art. 48 Ziff. 2 StGB), sodaß höhere Bußen bei Jugendlichen ganz selten ausgefällt werden.

d) Die amtliche Verteidigung.

In wichtigen Fällen kann der Präsident des Jugendgerichts dem Beanzeigten, falls dieser selbst keinen Verteidiger wählt, unter tunlicher Berücksichtigung seiner Wünsche und gegebenenfalls nach Anhörung der Vormundschaftsbehörde des Wohnsitzes oder der Heimat einen amtlichen Verteidiger bestellen, der sich für diese Aufgabe eignet. Wann ein wichtiger Fall vorliegt, umschreibt § 31 Abs. 3 VJStrV nicht, sondern überläßt die Beantwortung dieser Frage dem richterlichen Ermessen. Der Gesetzgeber wird dabei namentlich tatbeständlich oder rechtlich schwierige Fälle im Auge gehabt haben, bei denen zudem die Voraussetzungen für die Zulassung eines privaten Verteidigers im Sinne von § 31 Abs. 2 VJStrV vorliegen. Letztere Bedingung muß u. E. immer erfüllt sein, damit die amtliche Verteidigung bewilligt werden kann. Sodann muß u. E. analog § 78 ZPG auch im Jugendstrafverfahren dem verhafteten Verurteilten auf sein Verlangen für die Beschwerdeführung ein amtlicher Anwalt bestellt werden, wenn der beurteilte Jugendliche zur Beschwerdeführung persönlich legitimiert ist⁷⁴⁾. Auch der amtliche Verteidiger muß patentierter An-

⁷⁴⁾ Das Obergericht hat in einem Urteil aus dem Jahre 1944 erklärt (VJS 1944 S. 91 No. 28), daß § 78 ZPG nicht nur für Verhaftete im eigentlichen Sinne gelte, sondern auch für Beklagte, die im Zeitpunkte der Urteilseröffnung auf andere Weise (Einweisung in eine Zwangsarbeits- oder Irrenanstalt) ihrer Freiheit beraubt sind. § 78 ZPG ist also auch bei Einweisung in eine Erziehungsanstalt zu beachten.

walt sein. Das geht aus § 31 Abs. 1 VJStrV hervor, wonach in Jugendstrafsachen nur die berufsmäßige Verteidigung zugelassen ist ⁷⁵⁾).

e) Kenntnissgabe an die Jugendanwaltschaft.

Wird in einem Jugendstrafverfahren ein privater oder ein amtlicher Verteidiger bestellt, so soll der Präsident des Jugendgerichts der Jugendanwaltschaft davon Kenntnis geben. Das wird für das Jugendstrafverfahren zwar nirgends ausdrücklich gesagt, wohl aber in § 32 Abs. 4 EG für das ordentliche Verfahren. Diese Bestimmung gilt aber analog auch für das Jugendstrafverfahren ⁷⁶⁾).

f) Grundsätzliches über die Verteidigung im Jugendstrafverfahren.

Gegen die Zulassung der Verteidigung im Jugendstrafverfahren werden oftmals grundsätzliche Bedenken geäußert. Man macht vor allem dagegen geltend, es bestehe die Gefahr, daß die erzieherischen Belange von der Verteidigung zu stark in den Hintergrund gestellt werden. Dieser Befürchtung ist eine gewisse Berechtigung wohl nicht abzusprechen. Die große Mehrzahl der patentierten Anwälte wird indessen auch bei voller Wahrung des Verteidigungsrechts für die erzieherische Funktion des Jugendstrafrechts das notwendige Verständnis aufbringen. Zudem ist, wie wir gesehen haben, nach aarg. Jugendstrafverfahren die Verteidigung während der Untersuchung nicht zugelassen und der beanzeigte Jugendliche von der Anhörung der Parteivorträge stets ausgeschlossen. Damit sind u. E. die notwendigen Sicherheitsgarantien zum Schutze der erzieherischen Forderungen im aarg. Jugendstrafverfahren geschaffen. Es besteht unter diesen Umständen kein triftiger Grund gegen die Zulassung der Verteidigung ⁷⁷⁾).

⁷⁵⁾ Vgl. § 13 des aarg. Advokatengesetzes v. 10. Christmonat 1833; Eichenberger Kurt: „Vom Anwaltsmonopol“, im aarg. Beamtenblatt 40. Jahrgang (1943) S. 25 ff. und 37 ff., spez. S. 28.

⁷⁶⁾ § 26 VJStrV. Botschaft VJStrV S. 10.

Betr. Zustellungen an den Verteidiger vgl. § 3 Abs. 2 VJStrV und vorn § 5 II 2.

⁷⁷⁾ Vgl. zu dieser Frage Thormann Z 43, S. 110; ferner Schneider § 5 S. 30 ff., der eine andere Auffassung vertritt. Hasler S. 151. Die Verteidigung in Jugendstrafsachen spielt übrigens praktisch keine große Rolle, da in Jugendstrafsachen verhältnismäßig sehr selten Verteidiger auftreten.

IV. Die Rechtsmittel

1. *Allgemeines.*

Die Verordnung über das Jugendstrafverfahren nennt in den §§ 35 — 40 drei Rechtsmittel: die sogenannte einfache Beschwerde an das Jugendamt gegen Verfügungen der Jugendanwaltschaft während des Untersuchungsverfahrens, die Beschwerde an das Obergericht gegen gewisse Urteile des Jugendgerichts und die Wiederherstellung (Wiederaufnahme des Verfahrens). Gegen Entscheide der Schulpflege ist die Beschwerde an das Obergericht nicht zulässig (§ 37 VJStrV).

Zur Ergreifung dieser Rechtsmittel sind gemäß § 35 VJStrV berechtigt der Inhaber der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt über den Beanzeigten, dessen Verteidiger und die Jugendanwaltschaft; der Verurteilte selbst kann Rechtsmittel nur ergreifen, sofern er das 16. Altersjahr zurückgelegt hat und urteilsfähig ist. Der Zivilkläger kann hinsichtlich seiner Ersatzansprüche Beschwerde führen, soll dagegen nicht den ganzen Strafprozeß nochmals aufrollen können⁷⁸⁾.

2. *Die Beschwerde gegen Verfügungen des Jugendanwaltes im Untersuchungsverfahren.*

Diese Beschwerde ist innert 10 Tagen seit Eröffnung der Verfügung beim Jugendamt einzureichen (§ 36 VJStrV). Daß sie auf Verfügungen der Jugendanwaltschaft im Untersuchungsverfahren beschränkt bleibt, während Anordnungen der Jugendanwaltschaft als Vollzugsbehörde offenbar nicht mit diesem Rechtsmittel angefochten werden können, ist nicht recht verständlich. Eine nähere Begründung für diese Regelung ist nirgends zu finden.

⁷⁸⁾ Diese Bestimmung wurde erst in den Beratungen der Großratskommission in § 35 VJStrV aufgenommen.

Vgl. Protokoll VJStrV S. 14. Protokoll GR vom 17. November 1941 Art. 120 S. 137.

Ueber die Pflicht, dem verhafteten Beanzeigten zur Beschwerdeführung auf Verlangen einen amtlichen Verteidiger zu bestellen, vgl. vorn § 7 III 7 d.

Die Mutter alleine ist zur Beschwerdeführung nicht legitimiert, da gemäß Art. 274 ZGB während der Ehe die elterliche Gewalt von beiden Eltern gemeinsam ausgeübt wird und bei Uneinigkeit der Wille des Vaters entscheidet. OG vom 19.10.1945 i. S. J. M. Wird aber in rechtlich unaufgelöster Ehe die elterliche Gewalt tatsächlich von der Mutter ausgeübt, während der Vater nicht mit seiner Familie lebt und sich um seine väterlichen Pflichten gar nicht kümmert, so muß vernünftigerweise auch der Mutter die Legitimation zur Beschwerdeführung im Sinne von § 35 Abs. 1 VJStrV zuerkannt werden. Gerade im Jugendstrafverfahren darf nicht einem übertriebenen prozessualen Formalismus gehuldigt werden. OG vom 29.10.1948 i. S. W. Z.

Der Beschwerde gegen Verfügungen der Jugendanwaltschaft kann vom Jugendamt aufschiebende Wirkung zuerkannt werden ⁷⁹⁾. Sie ist der Jugendanwaltschaft zur Vernehmlassung zuzustellen und das Jugendamt entscheidet hierauf in der Regel auf Grundlage der Akten.

3. Die Beschwerde gegen Urteile des Jugendgerichts erster Instanz.

a) Voraussetzungen (§§ 51 EG und 38 VJStrV).

Das Rechtsmittel der Beschwerde gegen Urteile des Jugendgerichts ist beschränkt auf schwerwiegendere Fälle. Es sollen nicht Kleinigkeiten an die obere Instanz weitergezogen werden können, sondern nur Entscheide des Jugendgerichts, durch die das Kind oder der Jugendliche in eine Familie oder in eine Erziehungsanstalt eingewiesen oder rückversetzt, zu Einschließung, zu Versetzung in eine Strafanstalt oder zu Geldbuße von mehr als Fr. 20.— verurteilt wurde. Und zwar muß nach der Praxis des OG eine dieser Maßnahmen oder Strafen an sich in 2. Instanz noch strittig sein und nicht bloß ein Nebenpunkt ⁸⁰⁾.

⁷⁹⁾ Nach Entwurf des Regierungsrates vom 26.9.1941 hatte diese Beschwerde keine aufschiebende Wirkung. Die Großratskommission hielt jedoch diese Bestimmung als zu weitgehend, da Untersuchungsmaßnahmen unter Umständen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Man hat sich daher für den heute gemäß § 36 Abs. 2 VJStrV geltenden Mittelweg entschieden, der auch praktisch sein dürfte.

Vgl. Protokoll VJStrV S. 14.

⁸⁰⁾ Urteil des OG i. S. H. L. vom 20.10.1942. H. L. wurde gemäß Art. 95 StGB mit 2 Monaten Einschließung bestraft, jedoch unter Zubilligung des bedingten Strafvollzuges, unter gleichzeitiger Auferlegung einer Probezeit von 3 Jahren und Anordnung einer Schutzaufsicht während der Dauer der Probezeit. Ferner wurde der Beanzeigten die gerichtliche Weisung auferlegt, eine bestimmte Stelle sofort zu verlassen. Gegen dieses Urteil reichte die Beklagte eine Beschwerde ein mit dem Begehren, es seien die Schutzaufsicht und die erwähnte Weisung aufzuheben; nicht angefochten wurde dagegen die Einschließungsstrafe von 2 Monaten. Das Obergericht führt in seinen Erwägungen zu dieser Beschwerde u. a. folgendes aus: „Nach § 51 EG z. StGB und § 38 VJStrV ist die Beschwerde an das Obergericht in Jugendstrafsachen nur dann gegeben, wenn der Beklagte in eine Familie oder Erziehungsanstalt eingewiesen oder zurückversetzt, zu Einschließung, Versetzung in eine Strafanstalt oder einer Geldbuße von mehr als Fr. 20.— verurteilt wurde. Und zwar bedeutet dies, daß in 2. Instanz eine dieser Maßnahmen oder Strafen noch strittig sein muß. Nicht zuständig ist das OG (jugendgerichtliche Abteilung) also dann, wenn erstinstanzlich zwar eine der erwähnten Strafen oder Maßnahmen ausgefällt wurde, diese selber aber nicht mehr, sondern bloß ein anderer Punkt des Urteils strittig bleibt.“

Gegen die Richtigkeit dieser Rechtsprechung des OG erheben sich Bedenken. Die Verurteilung zu Einschließung, unter Gewährung des bedingten Strafvollzuges mit Schutzaufsicht, bildet eine Einheit, die u. E. nicht in dieser Weise auseinander gerissen werden darf. Vgl. z. B. in diesem Sinne das Urteil der II. Strafkammer des bernischen OG i. S. Wyß Elsa vom 14. Mai 1943, in ZbJV 81 S. 128.

Die Rückversetzung in die Erziehungsanstalt wird in den §§ 51 EG und 38 VJStrV irrtümlicherweise erwähnt⁸¹⁾. Der Widerruf der bedingten Entlassung aus der Erziehungsanstalt, der zweifellos damit gemeint ist, bleibt gemäß § 46 Ziff. 6 EG dem Jugendamt vorbehalten und kann daher nicht mit der Beschwerde des § 51 EG an das Obergericht weitergezogen werden. De lege ferenda wären daher die Worte „oder rückversetzt“ in den §§ 51 Ziff. 1 EG und 38 VJStrV zu streichen.

b) Das Beschwerdeverfahren (§ 39 VJStrV).

Die Beschwerde ist beim Präsidenten des Jugendgerichts, welches den Fall erstinstanzlich beurteilt hat, innert 10 Tagen nach Zustellung des Entscheides in doppelter Ausfertigung einzureichen. Die Beschwerdefrist wird jedoch auch als eingehalten gelten, wenn die Beschwerde rechtzeitig beim Obergericht direkt eingereicht wurde⁸²⁾.

Auf die Beschwerde gegen Urteile des Jugendgerichts finden im übrigen die Bestimmungen über die Beschwerde gegen bezirks-

⁸¹⁾ Im Entwurf des Regierungsrates war nur von der Einweisung in eine Familie oder in eine Erziehungsanstalt die Rede (§ 52 Ziff. 1), da die bedingte Entlassung aus der Erziehungsanstalt und offenbar auch der Widerruf derselben damals dem Jugendamt vorbehalten waren. Die Großratskommission hat jedoch das Jugendamt fallen lassen und die Anordnung und den Widerruf der bedingten Entlassung aus der Erziehungsanstalt dem Jugendgericht übertragen. In den Beratungen der Kommission wurde deshalb die Frage aufgeworfen, ob nicht auch gegen den Widerruf der bedingten Entlassung durch das Jugendgericht eine Beschwerdemöglichkeit geschaffen werden sollte. Die Kommission hat diese Frage bejaht. Es wurden deshalb in § 52 Ziff. 1 des Regierungsratsentwurfes die Worte „oder rückversetzt“ eingefügt (vgl. Protokoll EG S. 75). Damals hatten diese Worte einen Sinn. Als dann aber später, nachdem das Jugendamt vom Großen Rate doch wieder ins EG aufgenommen worden war, Anordnung und Widerruf der bedingten Entlassung aus der Erziehungsanstalt dem Jugendgericht wieder entzogen und dem Jugendamt übertragen wurden, hatten die Worte „oder rückversetzt“ keinen Sinn mehr, blieben aber offenbar irrtümlicherweise in der endgültigen Fassung des Einführungsgesetzes (§ 51 Ziff. 1) und der Verordnung über das Jugendstrafverfahren (§ 38) stehen.

⁸²⁾ § 39 Abs. 1 des Regierungsratsentwurfes vom 26.9.1941 zu der Verordnung über das Jugendstrafverfahren enthielt die Bestimmung, daß die Beschwerdefrist als eingehalten gelte, wenn die Beschwerde rechtzeitig beim Obergericht direkt eingereicht werde. Diese Bestimmung wurde jedoch von der Kommission des Großen Rates gestrichen, „um zu verhindern, daß die Einreichung beim Obergericht zur Regel wird“ (Protokoll VJStrV S. 15). Man hat also die erwähnte Bestimmung gestrichen, um der direkten Einreichung der Beschwerde beim Obergericht nicht Vorschub zu leisten, ohne aber damit sagen zu wollen, daß die Beschwerdefrist bei rechtzeitiger Zustellung direkt an das Obergericht nicht eingehalten sei.

Protokoll GR vom 17. Nov. 1941 Art. 120 S. 137.

gerichtliche Strafurteile entsprechende Anwendung (§ 39 Abs. 2 VJStrV). Die Beschwerde des § 51 EG entspricht also derjenigen des § 337 lit. b ZPO, die sich auf die Ueberprüfung des Falles sowohl nach der tatsächlichen als nach der rechtlichen Seite erstreckt (Berufung oder Appellation).

Das Beschwerdeverfahren ist nicht ein reines Aktenverfahren, sondern es steht der Beschwerdeinstanz frei, event. den Beangezigten persönlich anzuhören oder auch Zeugen einzuvernehmen⁸³⁾.

4. Die Wiederherstellung.

Gemäß § 40 VJStrV kann gegen jedes rechtskräftige Urteil der Schulpflege, des Jugendgerichts und des Obergerichts die Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß § 387 StPO rev. durch § 17 EG, verlangt werden⁸⁴⁾. Durch § 17 EG wurde aber nicht nur § 387 StPO revidiert, sondern auch § 14 des I. ErgG, der die Wiederherstellungsgründe gegen rechtskräftige Zuchtpolizeiurteile enthielt, aufgehoben (vgl. § 81 lit. d EG). Dagegen sind die §§ 15 — 21 des I. ErgG in Kraft geblieben und können daher zur Auslegung von § 40 VJStrV, der verschiedene Fragen offen läßt, sinngemäß herangezogen werden⁸⁵⁾. Wir beschränken uns darauf, die Besonderheiten der Wiederaufnahme gegen jugendgerichtliche Urteile zu behandeln.

Das Wiederaufnahmegesuch gegen ein Urteil eines Jugendgerichts oder der Abteilung für Jugendstrafsachen des Obergerichts ist bei demjenigen Jugendgericht einzureichen, welches in der

⁸³⁾ Vgl. Botschaft 2. Lesung S. 6.

In den Beratungen der Justizkommission vom 17.4.1940 wurde von einem Mitgliede erklärt, es sollte ausdrücklich gesagt werden, daß die Angeschuldigten im Beschwerdeverfahren vor Obergericht stets vorgeladen werden sollten, damit das Obergericht einen persönlichen Eindruck habe; das rein schriftliche Verfahren sei hier nicht zweckmäßig.

⁸⁴⁾ Art. 397 StGB schreibt den Kantonen vor, daß sie die Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber Urteilen, die auf Grund des Strafgesetzbuches oder anderer Bundesgesetze ergangen sind, zu Gunsten des Verurteilten zu gestatten haben, wenn erhebliche Tatsachen oder Beweismittel entdeckt werden, die dem Gericht z. Zt. der früheren Beurteilung nicht bekannt waren. Diese Vorschrift hat den Kanton Aargau gezwungen, eine längst bestehende Lücke in seinem Strafverfahren auszufüllen und § 387 StPO zu revidieren. Das ist geschehen in § 17 EG, der die Wiederaufnahmegründe nach dem Vorbilde des bernischen Strafverfahrens neu geregelt hat.

Botschaft EG S. 36.

⁸⁵⁾ Vgl. Art. 84 Abs. 1 Vorentwurf, der ausdrücklich festlegte: „Für die Wiederaufnahme des Verfahrens finden die Bestimmungen der §§ 13 — 20 des I. Ergänzungsgesetzes betr. die Strafrechtspflege in Verbindung mit Art. 24 des vorliegenden Gesetzes sinngemäß Anwendung.“

Sache als erste Instanz geurteilt hat. Es kann auch vom Jugendanwalt zu Ungunsten eines Freigesprochenen gestellt werden⁸⁶⁾.

Wo ist das Gesuch um Wiederaufnahme des Verfahrens gegen ein Urteil der Schulpflege einzureichen? § 40 VJStrV gibt auf diese Frage keine Antwort. Da das Wiederaufnahmegesuch gegen ein gerichtliches Urteil immer bei derjenigen Stelle einzureichen ist, welche in der Sache als erste Instanz geurteilt hat, muß nach Meinung des Gesetzgebers das Wiederaufnahmegesuch gegen ein Schulpflegeurteil offenbar ebenfalls bei der Schulpflege eingereicht werden, welche das betreffende Urteil gefällt hat. Eventuell wäre auch das Jugendamt die dafür geeignete Stelle, denn es erheben sich gewisse Bedenken dagegen, die Beurteilung der heiklen Rechtsfragen, die sich bei der Behandlung von Wiederaufnahmegesuchen häufig stellen, der Schulpflege zu überlassen. De lege ferenda sollte diese Frage beantwortet werden.

Da gemäß § 13 I. ErgG (in Verbindung mit § 337 ZPO) gegen erstinstanzliche Zuchtpolizeurteile den Beteiligten das Rechtsmittel der Beschwerde an das Obergericht zusteht, kann der Entscheid des Bezirksgerichts über die grundsätzliche Frage der Wiederherstellung, durch den die Wiederaufnahme eines Zuchtpolizeiverfahrens abgelehnt wurde, ebenfalls mittels Beschwerde an das Obergericht weitergezogen werden. Analog kann zweifellos auch der das Wiederaufnahmegesuch abweisende Entscheid des Jugendgerichts an die Abteilung für Jugendstrafsachen weitergezogen werden, wenn gemäß § 38 VJStrV das Urteil des Jugendgerichts selbst mittels Beschwerde an das Obergericht weiterziehbar ist. Wie steht es aber, wenn diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, wenn m. a. W. die Wiederaufnahme gegen ein Jugendgerichtsurteil abgelehnt wurde, das bloß eine Buße von Fr. 20.— oder weniger ausfällt, sodaß dieses Urteil gemäß § 38 VJStrV nicht weiterziehbar ist? Kann der die Wiederherstellung abweisende Entscheid an sich trotzdem weitergezogen werden? Die gleiche Frage stellt sich auch bei Entscheiden der Schulpflege, durch die ein Wiederaufnahmegesuch abgewiesen wird, denn gegen Urteile der Schulpflege ist gemäß § 37 VJStrV die Beschwerde an das Obergericht ebenfalls nicht gegeben.

U. E. kann in diesen Fällen der die Wiederherstellung ableh-

⁸⁶⁾ Vgl. §§ 15 und 17 I. ErgG; Art. 84 Abs. 2 Vorentwurf: „An Stelle der Staatsanwaltschaft tritt die Jugendanwaltschaft und an die Stelle des Bezirksgerichts das Jugendgericht.“

nende Entscheid als solcher nicht mit Beschwerde an die Abteilung für Jugendstrafsachen weitergezogen werden. Der Gesetzgeber wollte zweifellos eine Ueberprüfung des Wiederherstellungsentescheides nur dort zulassen, wo gegen das durch Wiederaufnahme angefochtene Urteil selbst eine Beschwerdemöglichkeit besteht. Es ist nicht einzusehen, weshalb man z. B. den Entscheid über die Wiederaufnahme gegen ein Schulpflegerurteil soll weiterziehen können, während dieses Urteil selbst endgültig ist und nicht durch Beschwerde angefochten werden kann⁸⁷⁾.

Nicht zugelassen ist die Wiederherstellung gegenüber bedingten Strafbefehlen des Jugendanwaltes⁸⁸⁾.

V. Zusammentreffen von strafbaren Handlungen im Uebergangsalter

Hafter vertritt in seiner Abhandlung „Die Achtzehn- bis Zwanzigjährigen“⁸⁹⁾ die Auffassung, daß die Kantone befugt seien, die Jugendgerichtsbarkeit über den in Art. 371 Abs. 2 StGB gezogenen Rahmen hinaus auch auf Minderjährige auszudehnen, die im sog. Uebergangsalter, d. h. im Alter von 18—20 Jahren delinquent haben⁹⁰⁾. Dieser Auffassung hat sich der aargauische Gesetzgeber nicht angeschlossen. Wohl hatte Art. 85 des Vorentwurfs den noch nicht 20-jährigen Angeschuldigten, der gleichzeitig für strafbare Handlungen verfolgt wird, die er vor und nach Erreichung des 18. Altersjahres begangen hat, der Jugendgerichtsbarkeit unterstellt⁹¹⁾. Minderjährige, die nur im Uebergangsalter delinquent haben, wurden dagegen auch im Vorentwurf dem ordentlichen Verfahren unterworfen.

In den Beratungen der Justizkommission wurde darauf hingewiesen, daß bei dieser Regelung Rechtsbrecher, welche vor und

⁸⁷⁾ Vgl. z. B. über den Rechtsmittelzug im Wiederherstellungsverfahren des Zivilprozesses gemäß §§ 349 ff. ZPO insbesondere § 355 ZPO, sowie VJS 40 S. 37 No. 11; 41 S. 121 No. 43.

⁸⁸⁾ Ueber die Gründe dieser Regelung, die im Hinblick auf Art. 397 StGB gewisse Bedenken erweckt, vgl. Botschaft EG S. 36. Mit der gleichen Begründung — es handle sich bei den Strafbefehlssachen in den allermeisten Fällen um Bagatellen, die nicht verdienen, nach Jahren nochmals aufgegriffen zu werden — hätte man auch die Wiederaufnahme gegen Urteile der Schulpflege ablehnen können.

⁸⁹⁾ Z 53 S. 355.

⁹⁰⁾ In ähnlichem Sinne, jedoch mit Bezug auf das frühere bernische Jugendrechtspflegegesetz Leuenberger und Loosli, ZbJV 73 S. 401 und 406.

⁹¹⁾ Immerhin mit der Einschränkung, daß die Bestimmungen des Strafverfahrens für Erwachsene Anwendung finden sollen, wenn der Angeschuldigte nach zurückgelegtem 18. Altersjahr ein Verbrechen begangen hat.

nach Erreichung des 18. Altersjahres eine strafbare Handlung begangen haben, besser gestellt wären als solche, die nur nach dem 18. Altersjahre delinquent haben. Gemäß Vorschlag der Justizkommission wurde deshalb im Gegensatz zu Art. 85 Vorentwurf in § 56 des Regierungsratsentwurfs zum EG in solchen Fällen das ordentliche Verfahren als anwendbar erklärt. Der Regierungsrat war übrigens der Auffassung, daß es nicht angehe, das Jugendstrafverfahren auf Rechtsbrecher anzuwenden, die auch nach Erreichung des 18. Altersjahres strafbare Handlungen begangen haben⁹²⁾. Diese Auffassung ist schließlich Gesetz geworden. Der entsprechende § 53 EG lautet folgendermaßen: „Wird ein Angeschuldigter, der das 18., nicht aber das 20. Altersjahr zurückgelegt hat, gleichzeitig für strafbare Handlungen verfolgt, die er vor und nach dem 18. Altersjahre begangen hat, so kommt das ordentliche Verfahren zur Anwendung.“

Es muß darauf hingewiesen werden, daß in dieser Bestimmung die Worte „nicht aber das 20. Altersjahr“ irreführend sind. Diese Worte wurden offenbar von der Fassung des Art. 85 Vorentwurf übernommen, wo sie einen Sinn hatten, weil dort bei gleichzeitiger Beurteilung strafbarer Handlungen, die vor und nach dem 18. Altersjahre begangen wurden, das Jugendstrafverfahren als anwendbar erklärt war, dieses aber gemäß Art. 371 Abs. 2 StGB nur zulässig ist, wenn der Täter am Tage der richterlichen Beurteilung das 20. Altersjahr noch nicht überschritten hat. Die Einschränkung, daß der Angeschuldigte das 20. Altersjahr nicht zurückgelegt haben dürfe, damit das Jugendstrafverfahren überhaupt zur Anwendung gelangen könne, war deshalb in Art. 85 des Vorentwurfes am Platze. Nachdem aber § 53 EG beim Zusammentreffen strafbarer Handlungen, die vor und nach dem 18. Altersjahre begangen wurden, das ordentliche Verfahren als anwendbar erklärt, hat die erwähnte Einschränkung keinen Sinn mehr, denn wenn der Angeschuldigte am Tage der richterlichen Beurteilung das 20. Altersjahr überschritten hat, so kommt das ordentliche Verfahren ohnehin zur Anwendung. Die in § 53 EG enthaltenen Worte „nicht aber das 20. Altersjahr“ wurden offenbar aus Versehen von Art. 85 des Vorentwurfes übernommen. De lege ferenda sollten sie gestrichen werden.

Hat der Beanzeigte vor und nach dem 18. Altersjahre delin-

⁹²⁾ Botschaft EG S. 67/68.

quiert, so gelangen u. E. auch *materiell* nicht mehr die Bestimmungen des Jugendstrafrechts, sondern diejenigen des Art. 100 StGB bzw. des Erwachsenenstrafrechts zur Anwendung. Aus dem Wortlaute von § 53 EG geht dies zwar nicht eindeutig hervor, da dieser Paragraph nur vom ordentlichen „Verfahren“ spricht. Zweifellos ist der Sinn von § 53 EG jedoch der, daß nicht nur das ordentliche Verfahren, sondern auch das entsprechende materielle Recht zur Anwendung gelangen soll⁹³⁾. Diese Auffassung läßt sich auch aus den Ausführungen auf Seite 68 der Botschaft EG herauslesen. De lege ferenda wäre es indessen zweckmäßig, diese Auffassung in § 53 EG klar zum Ausdruck zu bringen⁹⁴⁾.

⁹³⁾ Aus der vorerwähnten Begründung, mit der Art. 85 des Vorentwurfs von der Justizkommission abgelehnt wurde, geht hervor, daß man in dieser Kommission ebenfalls der Meinung war, es gelange jeweils auch das dem Verfahren entsprechende materielle Recht zur Anwendung, ansonst diese Begründung — der Rechtsbrecher, der vor und nach dem 18. Altersjahre delinquent habe, sei bei Abwandlung im Jugendstrafverfahren besser gestellt als derjenige, der nur nach Erreichung des 18. Altersjahres delinquent habe — und die aus diesen Überlegungen heraus in § 53 EG getroffene Lösung nicht einleuchtend wären.

⁹⁴⁾ In der Praxis hat sich schon die Frage erhoben, ob § 53 EG auch dann zur Anwendung gelange, wenn ein Angeschuldigter vor dem 18. Altersjahre ein bürgerliches, nach Erreichung des 18. Altersjahres ein militärisches Delikt begangen hat, sei es nun, daß diese beiden Delikte getrennt vom bürgerlichen und militärischen Richter beurteilt werden, sei es, daß sie infolge von Delegation gemeinsam vom bürgerlichen Richter beurteilt werden. Im letzteren Falle kommt § 53 EG zweifellos zur Anwendung. Es befriedigt aber nicht, die ersterwähnte Möglichkeit anders zu behandeln als diese. Der aargauische Gesetzgeber wollte offenbar ganz allgemein einen Rechtsbrecher, der auch nach Erreichung des 18. Altersjahres delinquent hat, nicht mehr dem Jugendstrafverfahren unterstellen, unbekümmert darum, ob es sich bei den nach Erreichung des 18. Altersjahres begangenen Delikten um bürgerliche oder militärische handelt. Diese Lösung ist auch praktisch befriedigend, denn sie verhindert, daß ein militärisch vielleicht zu längerer Freiheitsstrafe Verurteilter anschließend auch noch jugendstrafrechtlich beurteilt werden muß.

Das ordentliche Verfahren gelangt nach Art. 371 Abs. 2 StGB auch dann zur Anwendung, wenn der Rechtsbrecher zur Zeit der Tat noch Jugendlich im Sinne von Art. 89 StGB war, am Tage der richterlichen Beurteilung jedoch das 20. Altersjahr überschritten hat. Welches materielle Recht in diesem Falle zur Anwendung gelangt, sagt Art. 371 Abs. 2 StGB nicht. Das eidg. Recht weist in dieser Beziehung eine Lücke auf. In einem Urteil vom 24.2./23.1948 i. S. K. hat das Aarg. Kriminalgericht entschieden, daß in diesem Falle Jugendstrafrecht anzuwenden sei. AGVE 1948 S. 131. Vgl. dazu Dr. Walter Real: „Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht?“ im Aarg. Beamtenblatt 1949 (46. Jahrgang) Nr. 1 S. 1 ff. Ferner Dr. H. Schultheß in Zeitschrift PRO JUVENTUTE 1950 (Jahrg. XXXI) Nr. 1 S. 36.

§ 8. Die Behandlung der Gerichtskosten

1. Bei Erledigung des Verfahrens durch Urteil.

VJStrV § 42 bestimmte, daß auf die Gerichtskosten, Parteikosten und Entschädigungen in Jugendstrafsachen die Bestimmungen des Strafverfahrens vor Bezirksgericht entsprechende Anwendung finden. Den verurteilten Kindern und Jugendlichen wurden demgemäß immer, auch im Verfahren vor der Schulpflege, eine Staatsgebühr und allfällige Verfahrenskosten auferlegt.

Diese Regelung war nicht zweckmäßig. Einmal konnten sich die Schulpflegen nur mit Mühe damit abfinden, in ihren Urteilen eine Staatsgebühr zu fordern, denn diese ist für die örtliche Schulbehörde etwas Fremdes. Sodann hat es immer etwas Stoßendes, Kindern im Alter von 6 — 14 Jahren Gebühren und Kosten aufzuerlegen. Es kam vor, daß ein völlig mittelloser Knirps mehrere hundert Franken Kosten für die Begutachtung in einer Beobachtungsstation zu tragen hatte, da solche Kosten gemäß § 11 Abs. 5 VJStrV als Untersuchungskosten zu behandeln sind.

Anläßlich der im Jahre 1944 vorgenommenen Revision des Dekrets betr. die Gebühren in Strafsachen vom 29.11.1918 wurden daher auch die Bestimmungen der Verordnung über das Jugendstrafverfahren über Kosten und Staatsgebühren in Jugendstrafsachen (§§ 41 und 42 VJStrV) überprüft und ergänzt durch die §§ 11 — 13 des neuen Dekretes des Großen Rates betr. die Gebühren in Strafsachen vom 8.3.1944, das gewisse Unzukömmlichkeiten und Härten der bisherigen Regelung beseitigt oder doch gemildert hat. Leider enthalten allerdings die zitierten Bestimmungen des neuen Gebührendekrets einige Unklarheiten. Es können indessen an Hand des regierungsrätlichen Entwurfs zu diesem Gebührendekret und des dazu gehörenden Begleitberichts vom 26.11.1943 folgende Grundsätze herausgeschält werden:

a) Staatsgebühren.

Keine Staatsgebühren werden erhoben im Verfahren vor der Schulpflege.

Staatsgebühren werden grundsätzlich erhoben:
von der Jugendanwaltschaft für den Erlaß eines Strafbefehls;
vom Jugendgericht für die materielle Behandlung und Beurteilung einer Strafsache, die amtliche Untersuchung inbegriffen;

vom Obergericht (Abt. für Jugendstrafsachen) für die Beurteilung einer Beschwerde.

Von der Ausfällung einer Staatsgebühr kann in allen diesen Fällen *aus besondern Gründen*, d. h. namentlich bei Mittellosigkeit des Beanzeigten, ganz oder teilweise abgesehen werden.

b) Verfahrenskosten.

Die Verfahrenskosten werden grundsätzlich sowohl Kindern wie Jugendlichen auferlegt. Aus besondern Gründen kann aber ganz oder teilweise davon abgesehen werden. Von dieser Möglichkeit sollte nach Meinung des Gesetzgebers offenbar regelmäßig im Verfahren vor der Schulpflege gegen mittellose Kinder Gebrauch gemacht werden, während die Auflage von Kosten im gerichtlichen Verfahren eher die Regel bilden sollte⁹⁵). Namentlich beim Jugendlichen, der bereits etwas verdient, kann die Verurteilung zu Kosten erzieherisch durchaus heilsam wirken. Auch der Richter soll indessen auf die finanzielle Situation des Beanzeigten Rücksicht nehmen und bei völliger Verdienst- und Mittellosigkeit desselben von der Auflage von Verfahrenskosten absehen.

c) Haftbarkeit der Eltern.

Für die Gerichtskosten (Staatsgebühren und Verfahrenskosten) können die Eltern alleine oder solidarisch mit ihren Kindern haftbar erklärt werden, wenn ihnen ein pflichtwidriges Verhalten zur Last fällt. Das geht aus § 11 Satz 2 des Gebührendekrets hervor, wonach die Vorschriften von § 42 VJStrV vorbehalten bleiben; § 42 Abs. 2 VJStrV statuiert die Haftbarkeit der Eltern im genannten Rahmen⁹⁶). Wann den Eltern ein pflichtwidriges Verhalten zur Last fällt, wird in der Verordnung über das Jugendstrafverfahren nicht näher gesagt und kann naturgemäß nur schwer allgemein umschrieben werden. Es muß von Fall zu Fall

⁹⁵) Im Gebührendekret vom 8.3.1944 wird diese Unterscheidung, die im Entwurf des Regierungsrates enthalten war, zwar nicht mehr ausdrücklich durchgeführt. Sie wurde von der Großratskommission etwas modifiziert, jedenfalls aber ohne daß man den Grundgedanken aufgeben wollte.

Vgl. auch Botschaft des Regierungsrates zum Gebührendekret vom 26.11.1943, S. 8/9.

⁹⁶) Diese Bestimmung war ursprünglich in § 42 VJStrV nicht enthalten, wurde dann aber von der großrätlichen Kommission offenbar nach dem Vorbilde von Art. 44 Abs. 3 des bernischen EG z. StGB eingefügt.

geprüft werden, ob diese Voraussetzung vorliegt. Gestützt auf § 42 Abs. 2 VJStrV wird man u. E. die Eltern nicht erst dann für die Verfahrenskosten haftbar erklären können, wenn sie am Delikt ihres Kindes direkt beteiligt waren, sondern schon dann, wenn sie einer gewissen minimalen Erziehungs- und Beaufsichtigungspflicht gegenüber ihren Kindern nicht nachgekommen sind. Das Obergericht auferlegt den Eltern die obergerichtlichen Kosten regelmäßig auch dann, wenn sie als Inhaber der elterlichen Gewalt gegen ein erstinstanzliches Urteil Beschwerde geführt haben, jedoch abgewiesen werden. (Vgl. z. B. OG i. S. Erich Boßhart vom 28.4.1944.)

2. Bei anderer Art der Erledigung des Verfahrens.

Außer durch Urteil kann eine Jugendstrafsache durch Einstellung der Untersuchung, Aufschub des Entscheides (Art. 97 StGB) oder Absehen von Maßnahmen (Art. 87, Abs. 2, 88 und 98 StGB) erledigt werden.

a) Bei Einstellung des Verfahrens.

Für den Kostenentscheid bei Einstellung der Untersuchung durch die Jugendanwaltschaft findet § 25 EG sinngemäß Anwendung (§ 18 Abs. 1 VJStrV). Demnach hat die Jugendanwaltschaft mit der Einstellungsverfügung einen Entscheid über die Tragung der Untersuchungskosten zu fällen. Dieselben werden in der Regel vom Staate getragen⁹⁷⁾. Sie können dem Anzeiger überbunden werden, wenn er vorsätzlich oder in grob-fahrlässiger Weise unrichtige Angaben gemacht hat. Dem Angeschuldigten werden sie auferlegt, wenn er durch ein verwerfliches oder leichtfertiges Benehmen die Untersuchung verschuldet oder ihre Durchführung erschwert hat. Schließlich können analog der bei Erledigung einer Jugendstrafsache durch Urteil gegebenen Möglichkeiten auch die Eltern für die Untersuchungskosten haftbar erklärt werden, wenn ihnen ein pflichtwidriges Verhalten zur Last fällt.

⁹⁷⁾ Intern werden solche Kosten der Jugendanwaltschaft durch die Justizdirektion zurückerstattet. Die Jugendanwaltschaft ihrerseits hat der Schulkasse Auslagen, die der Schulpflege durch eine eingestellte Untersuchung erwachsen sind, zurückzuerstatten.

Vgl. Kreisschreiben No. 789 der Finanzdirektion vom 20.4.1942 Ziff. 4 und 6.

Betr. Kostentragung bei eingestellten Untersuchungen in Brandfällen s. Kreisschreiben des Regierungsrates vom 23.5.1900.

Gegen den Kostenentscheid der Jugendanwaltschaft bei Einstellung der Untersuchung kann binnen 10 Tagen beim zuständigen Jugendgericht schriftlich Beschwerde geführt werden. Dessen Entscheid ist endgültig (§ 18 Abs. 2 VJStrV).

b) Bei Aufschub des Entscheides und Absehen von
Maßnahmen oder Strafen.

Wie es mit den Kosten der Untersuchung bei Aufschub des Entscheides und bei Absehen von Maßnahmen oder Strafen zu halten ist, wird in den geltenden Vorschriften über das Jugendstrafverfahren nirgends gesagt. Es besteht in dieser Beziehung eine Lücke. In der Praxis hat sich die Jugendanwaltschaft bis jetzt so beholfen, daß in diesen Fällen die Vorschriften über die Kostentragung bei Einstellung der Untersuchung sinngemäß angewendet wurden. Wohl noch richtiger wäre es, in diesen Fällen die Bestimmungen über die Kostenbehandlung bei Erledigung durch Urteil analog zur Anwendung zu bringen, da sowohl bei Aufschub des Entscheides wie bei Absehen von Maßnahmen oder Strafen der Schuldbeweis erbracht sein muß.

3. Die Einforderung der auferlegten Kosten.

Die einem Angeschuldigten oder seinen Eltern auferlegten Kosten werden in allen Fällen von der zuständigen Gerichtskasse eingefordert. Das gilt auch bei Erlaß eines Strafbefehls, einer Einstellungs- oder einer andern Verfügung mit Kostenaufgabe durch die Jugendanwaltschaft, sowie bei Auferlegung von Kosten in einem Schulpflegeurteil⁹⁸⁾.

⁹⁸⁾ In diesen Fällen ist der Gerichtskasse des gemäß Art. 372 StGB zuständigen Jugendgerichts von der Jugendanwaltschaft ein Doppel des Strafbefehls bzw. einer andern Verfügung, von der Schulpflege ein Doppel ihres Urteils unter spezifizierter Angabe der Staatsgebühren und Kosten zuzustellen. Auf Grund dieser Unterlagen kann die Gerichtskasse das Inkasso besorgen. Sie hat der Jugendanwaltschaft die effektiven Auslagen zurückzuerstatten. Soweit den Schulpflegern durch die Untersuchungen Auslagen entstehen, müssen diese aus den Schulkassen der Gemeinden vorgeschossen werden. Diese Vorschüsse werden den Schulkassen nach rechtskräftiger Beurteilung des Falles ebenfalls durch die Gerichtskassen zurückerstattet. Vgl. Kreisschreiben No. 789 der Finanzdirektion vom 20.4.1942, Ziff. 3, 4 und 5. — Ziff. 5 dieses Kreisschreibens ist überholt durch das Dekret betr. Gebühren in Strafsachen vom 8.3.1944 §§ 11—13, wonach Staatsgebühren von der Schulpflege nicht mehr erhoben werden.

III. Teil

Die Vollstreckung der Urteile gegen Kinder und Jugendliche

§ 9. Der Vollzug von Maßnahmen und Strafen gegen Kinder und Jugendliche

I. Allgemeines

Die Durchführung der gegen Kinder und Jugendliche angeordneten Strafen und Maßnahmen, sowie die Ueberwachung des Vollzuges und der Erziehung von Kindern und Jugendlichen gemäß Art. 84 Abs. 3 und Art. 91 Ziff. 4 StGB, ist Sache der Jugendanwaltschaft, ausgenommen der Bußeneinzug und der Vollzug des Schularrests (§§ 54, 43 Ziff. 4 und 55 Abs. 2 EG). Die Jugendanwaltschaft ist für diese Aufgabe prädestiniert, weil sie den Angeeschuldigten und seine Verhältnisse aus dem vorangegangenen Verfahren gründlich kennt. Es war deshalb ein glücklicher Gedanke des Gesetzgebers, das ganze Verfahren inkl. Vollzug in die gleiche Hand zu legen. Glücklich nicht nur im Interesse des Beanzigten, der es bei dieser Lösung immer mit der gleichen Person zu tun hat, sondern glücklich auch vom Standpunkte des Jugendanwaltes aus, der unter diesen Umständen die ganze Entwicklung des jungen Rechtsbrechers verfolgen, die Richtigkeit seiner eigenen Diagnose und Anträge überprüfen und auf diese Weise wertvolle Erfahrungen sammeln kann, die ihm bei der Beurteilung anderer Fälle wieder von Nutzen sein werden⁹⁹⁾.

⁹⁹⁾ Vgl. Thormann Z 43 S. 110; Hasler S. 166 — 168.

Ein ungelöstes Problem ist auch im Aargau der Vollzug der Einschließung (Art. 95 StGB). Meistens wurde diese Strafe bis anhin im Bezirksgefängnis vollzogen. Bei der geringen Zahl von Einschließungsstrafen, welche der Kanton Aargau zu vollziehen hat, kommt die Erstellung eines besondern Gebäudes zu diesem Zwecke nicht in Frage. Diese Aufgabe sollte u. E. durch Zusammenschluß mehrerer Kantone gelöst werden. Mit Recht wurde daher bis jetzt die in § 56 EG vorgesehene Verordnung des Regierungsrates über den Vollzug der Einschließung noch nicht erlassen.

II. Anstalts- und Familieneinweisung

Wird ein Kind oder ein Jugendlicher in eine fremde Familie oder in eine Erziehungsanstalt eingewiesen, so hat das Jugendgericht weder die Anstalt noch die Familie zu bestimmen. Es hat im Urteilsdispositiv einfach zu sagen: „X. Y. wird in eine Erziehungsanstalt eingewiesen gemäß Art. 84 (91 Ziff. 1 oder 3) StGB“, oder: „X. Y. wird einer vertrauenswürdigen Familie zur Erziehung übergeben“. Die Wahl der Anstalt oder der Familie ist dann ausschließlich Sache der Jugendanwaltschaft. Allerdings sagt § 57 Abs. 1 EG, daß der Regierungsrat die geeigneten Anstalten zur Einweisung von Kindern und Jugendlichen gemäß Art. 84 Abs. 1 und Art. 91 Ziff. 1 und 3 StGB bestimme. Bis heute ist das aber nicht geschehen, sodaß die Jugendanwaltschaft in der Wahl der Anstalt vorläufig freie Hand hat. Es wäre nur zu begrüßen, wenn es bei diesem Zustande bleiben würde, denn ohne weitgehende Bewegungsfreiheit der Jugendanwaltschaft hinsichtlich Wahl der Anstalt ist ein differenzierter, dem einzelnen Fall angepaßter Vollzug nicht möglich. Gerade darauf ist jedoch bei der Durchführung jugendstrafrechtlicher Maßnahmen besonderes Gewicht zu legen¹⁰⁰). Der Regierungsrat wird nie die für alle Fälle geeigneten Anstalten von vorneherein bestimmen können, weshalb es am zweckmäßigsten wäre, der Jugendanwaltschaft freie Hand zu lassen, wobei selbstverständlich in erster Linie die eigenen Erziehungsanstalten im Kt. Aargau berücksichtigt werden sollten. De lege ferenda schlagen wir daher vor, § 57 Abs. 1 EG fallen zu lassen.

Die Erziehungsanstalt gemäß Art. 91 Ziff. 3 StGB wurde im Kanton Aargau bis heute nicht bestimmt. In die kantonale Erziehungsanstalt Aarburg sollen gemäß § 3 lit. a des Dekrets über die Organisation dieser Anstalt vom 9.9.1943 die nach Art. 91 Ziff. 3 StGB eingewiesenen Zöglinge nicht aufgenommen werden, sondern nur die gemäß Art. 91 Ziff. 1 StGB eingewiesenen. Die gemäß Art. 91 Ziff. 3 StGB eingewiesenen Jugendlichen müssen daher in einer außerkantonalen Anstalt untergebracht werden¹⁰¹).

¹⁰⁰) Man war gut beraten, Art. 89 Abs. 2 des Vorentwurfs fallen zu lassen, der festlegte, daß die männlichen Jugendlichen gemäß Art. 91 Ziff. 1 StGB in der Regel in die Erziehungsanstalt Aarburg, ausnahmsweise auch in das Pestalozzheim Neuhof b/Birr einzuweisen seien. Zu einer ähnlichen Festlegung der zu benützenden Erziehungsanstalten sollte man nicht mehr zurückkehren.

¹⁰¹) In der Regel wurden solche Zöglinge bis jetzt in der Jugendlichen-Abteilung der Anstalten Bellechasse untergebracht. Diese Fälle sind übrigens nicht zahlreich. Das Problem der Anstalt gemäß Art. 91 Ziff. 3 StGB sollte auf eidgenössischem Boden gelöst werden.

III. Insbesondere die Einweisung in die eigene Familie

Gemäß Art. 84 Abs. 2 und 91 Ziff. 2 Abs. 2 StGB können Kinder und Jugendliche auch der eigenen Familie zur Erziehung überlassen werden. Muß nach aarg. Jugendstrafverfahren diese Belassung in der eigenen Familie vom Jugendgericht angeordnet und ausdrücklich verfügt werden, oder hat das Gericht einfach allgemein „Familienversorgung“ anzuordnen, die Jugendanwaltschaft als Vollzugsbehörde dagegen zu entscheiden, ob der in eine Familie Eingewiesene event. der eigenen Familie überlassen werden kann?

In einem Urteil vom 21.12.1944 i. S. W. Z. führt die Abteilung für Jugendstrafsachen des Obergerichts über diese Frage folgendes aus:

„Aus der Beschwerdeantwort der Jugendanwaltschaft geht hervor, daß diese bereit ist, den Sohn W. auf Zusehen hin in der Familie des Beschwerdeführers zu belassen. Sie wirft die Frage auf, ob sie hiez zu zuständig sei, oder ob es sich dabei um eine vom Gericht zu verfügende Maßnahme handelt.

Auch hiez zu kann verbindlich nicht Stellung bezogen werden, weil der Streitfall aus den angeführten Gründen der materiellen Ueberprüfung des Obergerichts nicht unterliegt.

Immerhin erweckt das Vorgehen der Jugendanwaltschaft gewisse Bedenken. Zuständig zur Anordnung der Erziehungsmaßnahmen des Art. 91 StGB ist der Richter, und die Jugendanwaltschaft ist lediglich mit der Ueberwachung im Sinne der Ziff. 4 des Art. 91 betraut (vgl. §§ 43 Ziff. 4 und 49 Ziff. 2 EinfG StGB).

Auch der vorliegende Fall spricht übrigens eher gegen die von der Jugendanwaltschaft für sich in Anspruch genommene Kompetenz, einen Jugendlichen, der im Sinne des Art. 91 Ziff. 2 erste Alternative StGB verurteilt worden ist, im Sinne der 2. Alternative in der elterlichen Familie zu belassen. Gewiß ist die Ordnung des Gesetzes, die unter Umständen die Belassung eines jugendlichen Rechtsbrechers in der eigenen Familie vorsieht, sinnvoll. Es wird nämlich nicht selten vorkommen, daß ein Jugendlicher sich strafbar macht, obwohl er unter normaler elterlicher Fürsorge steht. Er mag dann in der elterlichen Familie bleiben, aber unter verschärfter Kontrolle der Eltern

und der Jugendanwaltschaft. Hat aber offensichtlich die elterliche Erziehung versagt, so ist die Unterbringung des Jugendlichen in eine *vertrauenswürdige* Familie erforderlich und schon begrifflich kann das nicht die elterliche Familie sein, wenn diese versagt hat; so im vorliegenden Fall.

Die Entscheidung über die Belassung in der eigenen oder die Zuweisung in eine fremde Familie ist so bedeutsam, daß sie wohl mit Absicht dem Richter überlassen worden ist, während dann die Auswahl der fremden Familie Aufgabe des Vollzuges ist; denn über deren Eignung sind Erhebungen zu machen, die mit dem Strafverfahren nichts zu tun haben.“

Materiell ist die oben gestellte Frage mit diesem Obergerichtsurteil nicht entschieden. Wie schon den Ausführungen des Obergerichts zu entnehmen ist, hat die Jugendanwaltschaft des Kantons Aargau entgegen der angedeuteten Meinung der Abteilung für Jugendstrafsachen bis anhin die Auffassung vertreten, daß das Jugendgericht nicht zu bestimmen habe, ob der in eine Familie Eingewiesene einer fremden, oder unter Aufsicht der eigenen Familie zu überlassen sei; dies sei Sache des Vollzuges, also der Jugendanwaltschaft. Die Jugendgerichte erster Instanz, die sich ausnahmslos dieser Auffassung angeschlossen, haben daher bis anhin nie entschieden, ob der Beurteilte in die eigene oder in eine fremde Familie eingewiesen werden soll, sondern diese Entscheidung der Jugendanwaltschaft überlassen und ihrerseits nur grundsätzlich Familienversorgung angeordnet. Die Jugendanwaltschaft ist nicht nur mit der Ueberwachung des Vollzuges im Sinne von Art. 91 Ziff. 4 StGB betraut. Gemäß § 54 Abs. 1 EG ist ihr neben dieser Ueberwachung auch die *Durchführung* der gegen Kinder und Jugendliche angeordneten Strafen und Maßnahmen übertragen, ausgenommen der Einzug der Bußen und der Vollzug des Schularrestes. Die Jugendanwaltschaft hat daher im einzelnen Falle die geeignete Familie zu bestimmen. In dieser Aufgabe ist auch die Kompetenz enthalten, den gerichtlich in eine Familie Eingewiesenen allenfalls unter Aufsicht der Jugendanwaltschaft der eigenen Familie zu überlassen.

Diese Lösung drängt sich vor allem auch aus praktischen Ueberlegungen auf. Sie gibt der Jugendanwaltschaft die Möglichkeit, ihre Anordnungen ohne umständliches Verfahren den jeweiligen Verhältnissen anzupassen. Wird die Entscheidung dar-

über, ob ein Kind oder ein Jugendlicher der eigenen Familie überlassen werden dürfe, nicht der Vollzugsbehörde, sondern dem Gericht vorbehalten, so wäre die Jugendanwaltschaft gezwungen, jedesmal wieder einen gerichtlichen Entscheid zu erwirken, wenn die Erziehung unter Aufsicht in der eigenen Familie sich nicht bewährt und durch Versorgung in einer fremden Familie ersetzt werden sollte, oder wenn umgekehrt ein bisher Versorgter versuchsweise wieder der eigenen Familie anvertraut werden soll. Eine solche Regelung wäre vom fürsorgerischen Standpunkte aus zu bedauern ¹⁰²⁾.

De lege ferenda sollte jedenfalls in § 54 EG der Jugendanwaltschaft die Kompetenz zur Einweisung in die eigene Familie erteilt werden.

IV. Die Einforderung der Buße

Bußen sind gemäß § 54 Abs. 2 EG durch die Bezirksgerichtskanzleien, d. h. durch die Gerichtskassen einzuziehen. Wir wiederholen, daß den Gerichtskassen zu diesem Zwecke jeweils ein Exemplar des Urteils oder der Verfügungen mit Kostenaufgabe zugestellt werden muß, unter spezifizierter Angabe der Staatsgebühren, Bußenbeträge und Kosten ¹⁰³⁾.

V. Der Vollzug des Schularrests

Der Schularrest wird von der Schulpflege vollzogen (§ 54 Abs. 3 EG). Ueber die Art der Durchführung dieses Vollzuges hat der Regierungsrat gemäß § 56 EG eine Verordnung zu erlassen, was aber bis heute noch nicht geschehen ist. Dementsprechend wird der Schularrest im Kanton Aargau zur Zeit nicht einheitlich vollzogen. Immerhin kann als Regel bezeichnet werden, daß der Schüler mit oder ohne Aufsicht, bei angemessener Beschäftigung

¹⁰²⁾ Die Erwägungen des Obergerichts im Urteil vom 21.12.1944 i. S. W. Z. scheinen stark auf den Verhältnissen des konkreten Falles zu basieren. Es mag sein, daß es in diesem Falle nicht richtig war, den vom Gericht in eine vertrauenswürdige Familie eingewiesenen Jüngling der eigenen Familie zur Erziehung zu überlassen. Damit ist aber grundsätzlich nichts gegen die hier vertretene Auffassung über die Zuständigkeit zur Anordnung dieser Maßnahme gesagt.

Vgl. zu dieser Frage Kreisschreiben des Jugendamtes des Kantons Bern an die Jugendanwaltschaften vom 7.12.1942, SJZ 39 S. 263 Nr. 168.

¹⁰³⁾ Kreisschreiben Nr. 789 der Finanzdirektion vom 20.4.1942 Ziff. 5.

Ueber die Umwandlung einer nichtbezahlten Strafbefehls-Buße s. Anm. 62 S. 65.

mit Strafaufgaben, tagsüber in einem Schulzimmer eingeschlossen wird¹⁰⁴⁾).

§ 10. Die Schutzaufsicht über Jugendliche

Der Schutzaufsicht kommt im Jugendstrafrecht besondere Bedeutung zu. Richtig verstanden ist sie eine aktive pädagogisch-fürsorgenerische Maßnahme, deren Erfolg weitgehend von der Persönlichkeit des Schutzaufsehers abhängt¹⁰⁵⁾. Sie bildet bei bedingtem Strafvollzug gemäß Art. 96 Abs. 2 StGB die Regel; bei Aufschub des Entscheides gemäß Art. 97 StGB und bei der bedingten Entlassung aus der Erziehungsanstalt gemäß Art. 94 StGB ist sie obligatorisch.

In den Vorberatungen zum Einführungsgesetz war umstritten, wer die Schutzaufsicht über Jugendliche ausüben soll. § 58 des regierungsrätlichen Entwurfes übertrug diese Aufgabe der Jugendanwaltschaft, immerhin mit der Möglichkeit, auch andere geeignete Personen, wie Amtsvormünder, Mitglieder von Armenenerziehungsvereinen oder Schulpflegen, beiziehen zu können. Der regierungsrätliche Entwurf ging von der Ueberlegung aus, daß auch die Schutzaufsicht über Jugendliche von derjenigen über Erwachsene möglichst getrennt werden sollte; nachdem man ein besonderes Untersuchungs- und Vollzugsorgan, sowie besondere Gerichte für Kinder und Jugendliche geschaffen habe, sei es inkonsequent, die Schutzaufsicht über Jugendliche mit derjenigen über Erwachsene zusammenzulegen.

In den Beratungen der großrätlichen Kommission wurde dann aber der Antrag gestellt, die Schutzaufsicht über Jugendliche eben-

¹⁰⁴⁾ Vgl. zu der Frage des Vollzugs von Schularrest gegenüber Fortbildungsschülern das Kreisschreiben Nr. 24 der Justizdirektion und der Erziehungsdirektion des Kantons Aargau an die Gemeinderäte und Schulpflegen vom 25.7.1944. In diesem Kreisschreiben wird u. a. folgendes ausgeführt:

„Leistet der Schüler der Aufforderung der Schulpflege zum Absitzen des Schularrests keine Folge, so hat die Behörde eine schriftliche Arrestverfügung unter Androhung der in Art. 292 des schweiz. Strafgesetzbuches genannten Strafen zu erlassen. Sollte ein Schüler auch dieser Verfügung nicht nachkommen, so hat die Schulpflege durch eine Strafanzeige bei der Jugendanwaltschaft bzw. beim Bezirksamt (wenn der Schüler über 18 Jahre alt ist) ein gerichtliches Strafverfahren gegen ihn einzuleiten. Event. könnte der Gemeinderat — was in seinem Ermessen steht — den Schüler durch die Ortspolizei in Arrest führen lassen, um ein Strafverfahren zu vermeiden.“

¹⁰⁵⁾ Vgl. Votum von Dr. jur. M. Schlatter: „Die Schutzaufsicht über Jugendliche“ III. Jugendgerichtstag S. 78 ff.

falls der bereits bestehenden Organisation für die Schutzaufsicht über Erwachsene zu übertragen, weil sonst eine unfruchtbare Doppelspurigkeit entstehe ¹⁰⁶). Diesem Antrage stimmten die Kommission und der Große Rat zu, sodaß schließlich in § 55 EG folgende Regelung getroffen wurde: „Die Jugendanwaltschaft ordnet in den vom Strafgesetzbuch vorgesehenen Fällen (Art. 94 Abs. 2, Art. 96 Abs. 2 und Art. 97 Abs. 1) die Schutzaufsicht in Verbindung mit der Schutzaufsichtskommission an.“

Redaktionell ist zwar diese Bestimmung nicht glücklich gefaßt, denn sie regelt nicht die eigentliche Anordnung der Schutzaufsicht, sondern deren Durchführung, namentlich die Bestellung des Schutzaufsehers. Die eigentliche Anordnung erfolgt bei der bedingten Verurteilung nach Art. 96 StGB durch das Jugendgericht, bzw. die Jugendanwaltschaft im Strafbefehlsverfahren gemäß § 44 EG; bei Aufschub des Entscheides nach Art. 97 StGB durch die Jugendanwaltschaft in Verbindung mit dem Jugendamt und bei bedingter Entlassung aus der Erziehungsanstalt gemäß Art. 94 StGB durch das Jugendamt ¹⁰⁷).

Die Lösung, die der aarg. Gesetzgeber geschaffen hat, ist zweckmäßig und hat sich bis jetzt bewährt. Schon vor der Einführung des eidg. Strafgesetzbuches bildete die Betreuung der Jugendlichen einen wesentlichen Teil der Aufgabe der aargauischen Schutzaufsicht. Ca. 50 % aller Schutzbefohlenen standen im Alter von 15—18 Jahren. Durch intensive Förderung des Einzelpatronats wurde die Schutzaufsichtsorganisation im Kanton Aargau speziell für diese Fälle ausgebaut. Es lag daher nahe, diese erprobte Organisation auch im neuen Jugendstrafverfahren für die Schutzaufsicht über Jugendliche zu verwenden. Die Jugendanwaltschaft ist dankbar dafür, daß sie diese Schutzaufsichtsorganisation in Anspruch nehmen kann, die sich bemüht, den besonderen Anforderungen der Schutzaufsicht über Jugendliche durch Bestellung geeigneter, erzieherisch qualifizierter Schutzaufseher gerecht zu werden.

Von jeder Anordnung einer Schutzaufsicht ist durch Vermittlung der Justizdirektion der Schutzaufsichtskommission mit motiviertem Entscheid, unter Beilage eines Personalbogens, Kenntnis zu geben. Auf Verlangen sind ihr die Akten zur Einsicht zuzu-

¹⁰⁶) Vgl. Protokoll EG S. 81—83 und 115—117.

¹⁰⁷) §§ 49 Ziff. 4, 43 Ziff. 5 und 6, 46 Ziff. 6 EG; § 11 Ziff. 2, 3 und 5 der Verordnung über die Schutzaufsicht vom 22.6.1942.

stellen¹⁰⁸⁾. Die Schutzaufsichtskommission ihrerseits bringt der Jugendanwaltschaft jeweils zur Kenntnis, wer als Schutzaufseher eines von der Jugendanwaltschaft betreuten Jugendlichen bestellt worden ist. Dabei ist die Meinung die, daß auch der Jugendanwalt selbst in gewissen Fällen als Schutzaufseher bestellt werden kann. Es soll eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen Jugendanwaltschaft und Schutzaufsicht bestehen, was auch dadurch noch besonders betont ist, daß gemäß § 2 Abs. 2 der Verordnung über die Schutzaufsicht ein Vertreter der Jugendanwaltschaft im Vorstande des kantonalen Schutzaufsichtsvereins von Amtes wegen Sitz und Stimme hat. Auch sollen die Berichte der Schutzaufseher jeweils der Jugendanwaltschaft zur Einsicht zugestellt werden, damit diese in jeder Hinsicht orientiert ist¹⁰⁹⁾.

§ 11. Die Eintragungen in das Strafregister und in die kantonale Strafkontrolle

I. Die Eintragungspflicht

Die gegen Kinder verhängten Maßnahmen dürfen nicht ins Strafregister aufgenommen werden. Bei Jugendlichen sind nur die wegen eines Verbrechens oder Vergehens im Sinne des eidg. Strafgesetzbuches verhängten Maßnahmen und Strafen in das Strafregister einzutragen¹¹⁰⁾. Gemäß Art. 30 Abs. 1 der Bundesratsverordnung über das Strafregister vom 14.11.1941 bleibt jedoch den Kantonen vorbehalten, über Verurteilungen auf Grund des kantonalen Rechts besondere Kontrollen zu führen, in die auch Verurteilungen wegen Uebertretungen des schweiz. Strafgesetzbuches oder anderer Bundesgesetze eingetragen werden können, welche nicht ins eigentliche Strafregister gehören. In Anlehnung an diese Bestimmung hat die aarg. Registerbehörde (Polizeikommando) gemäß § 7 der Regierungsverordnung über das kantonale Strafregister und die Strafkontrolle vom 27.2.1942 eine kantonale Strafkontrolle zu führen, in die gemäß § 8 der cit. Regierungsver-

¹⁰⁸⁾ § 11 Abs. 3 der Verordnung über die Schutzaufsicht.

¹⁰⁹⁾ Protokoll EG S. 116.

¹¹⁰⁾ Art. 361 StGB; Art. 11 und 13 der Bundesratsverordnung über das Strafregister vom 14.11.1941.

ordnung auch alle Verurteilungen Jugendlicher wegen Uebertretungen des schweiz. Strafgesetzbuches oder anderer Bundesgesetze, sowie alle von aargauischen Gerichten (Abt. für Jugendstrafsachen des Obergerichts, Jugendgericht, Jugendanwalt als Strafbefehlsrichter, Schulpflege) ausgesprochenen Verurteilungen wegen Uebertretungen aargauischen Rechts einzutragen sind, und zwar ohne Rücksicht auf die Höhe der Strafe und auf die Art der Maßnahme; ferner auch die von außerkantonalen Gerichten wegen kantonalen Uebertretungen gegen aargauische Kantonsbürger ausgesprochenen Verurteilungen, die auf Grund einer Gegenrechts-erklärung der Strafkontrolle gemeldet werden¹¹¹⁾.

II. Die Durchführung der Eintragungen

Jugendgerichte und Schulpflegen haben alle im Strafregister oder in die kantonale Strafkontrolle einzutragenden Urteile und eintragungspflichtigen Tatsachen auf besonderen Formularen der Jugendanwaltschaft zu melden, welche ihrerseits die erhaltenen Meldungen innert der Frist von 1 Monat nach Eintritt der Rechtskraft des Urteils an das kantonale Strafregister bzw. an die Strafkontrolle weiterleitet. Die Jugendanwaltschaft meldet ferner innert der gleichen Frist direkt die Urteile, die sie als Strafbefehls-

¹¹¹⁾ Die in § 8 lit. a der Regierungsverordnung vom 27.2.1942 enthaltende Einschränkung, wonach Verurteilungen wegen Uebertretungen des schweiz. Strafgesetzbuches oder anderer Bundesgesetze nur in die Strafkontrolle einzutragen sind, wenn eine geringere Buße als Fr. 50.— ausgesprochen wurde, hat bei Jugendlichen keinen Sinn. Bei Erwachsenen werden Bußen von mindestens Fr. 50.— gemäß Art. 9 Ziff. 2 der BRV vom 14.11.1941 in das Zentralstrafregister und in das kantonale Strafregister eingetragen. Diese Verurteilungen kommen somit für die Eintragung in die kantonale Strafkontrolle überhaupt nicht in Frage, sondern nur Bußen von weniger als Fr. 50.—. Bei den Jugendlichen dagegen werden Verurteilungen wegen Uebertretungen eidgenössischen Rechts nie in das eigentliche Strafregister eingetragen. Zweifellos wollte aber § 8 der RRV vom 27.2.1942, daß alle Uebertretungen eidgenössischen Rechts, die nicht ins eigentliche Strafregister kommen, von der Eintragung in die kantonale Strafkontrolle erfaßt werden. Es gehören somit bei Jugendlichen alle Verurteilungen wegen Uebertretungen des schweiz. Strafgesetzbuches oder anderer Bundesgesetze in die kantonale Strafkontrolle, unbekümmert um die Höhe der Buße. Wollte man auch beim Jugendlichen nur Bußen von weniger als Fr. 50.— in die kantonale Strafkontrolle eintragen, so ergäbe sich die unmögliche Situation, daß Verurteilungen wegen Uebertretungen eidgenössischen Rechts, durch die eine Buße von weniger als Fr. 50.— ausgesprochen wurde, in der kantonalen Strafkontrolle registriert würden, Bußen von Fr. 50.— und mehr dagegen nicht. Das kann nicht der Wille des Gesetzgebers sein. Bezüglich der Jugendlichen sind daher in § 8 lit. a der RRV vom 27.2.1942 die Worte: „sofern eine geringere Buße als Fr. 50.— ausgesprochen wurde“, zu streichen.

richter ausgesprochen hat¹¹²⁾. Das Jugendamt hat die bedingte Entlassung aus der Erziehungsanstalt und einen allfälligen Widerruf derselben sofort der Justizdirektion zu melden, die ihrerseits diese Meldung innert der Frist von 1 Monat an das kantonale Strafregister bzw. an die kantonale Strafkontrolle weiterleitet¹¹³⁾.

Für die richtige Ausfertigung der Urteilsauszüge und deren Zustellung an die zuständige Behörde sind die Gerichtsschreiber der Jugendgerichte, der Jugendanwalt und der Sekretär der Justizdirektion verantwortlich. Der Jugendanwalt muß seine besondere Aufmerksamkeit darauf richten, daß Urteile von Schulpflegen über vollschulpflichtige Jugendliche vorschriftsgemäß gemeldet werden, da die Schulpflegen von sich aus solche Meldungen selten erstatten, weil ihnen diese Vorschriften nicht vertraut sind.

Die Löschung der Eintragungen im Strafregister wird vom Jugendgericht und von der Jugendanwaltschaft veranlaßt (Vgl. § 3 II Ziff. 4 d).

§ 12. Die Kosten des Maßnahmen- und Strafvollzuges gegen Kinder und Jugendliche

I. Der Grundsatz

Art. 373 StGB überläßt die Bestimmung darüber, wer die Kosten der Versorgung von fehlbaren Kindern und Jugendlichen zu tragen hat, wenn weder die Versorgten selbst noch deren Eltern sie bestreiten können, unter Vorbehalt der Unterstützungspflicht der Verwandten, den Kantonen. Das eidg. Strafbuch geht also davon aus, daß in erster Linie die betroffene Person selbst, in zweiter Linie deren Eltern für die Vollzugskosten aufzukommen

¹¹²⁾ § 17 RRV vom 27.2.1942. Das Wort „eintragungspflichtigen“ in Abs. 2 ist zu streichen, denn alle Strafbefehle der Jugendanwaltschaft sind eintragungspflichtig, sei es in das eigentliche Strafregister, sei es in die kantonale Strafkontrolle. Zu streichen ist ferner auch § 19 Abs. 1 lit. c der RRV vom 27.2.1942, wonach die Jugendanwaltschaft bei allen Strafen und Maßnahmen gegen Jugendliche den Vollzug eines gegen einen Abwesenden ausgesprochenen Urteils innert der Frist von 1 Monat an das kantonale Strafregister bzw. an die Strafkontrolle zu melden hat. Gegenüber Jugendlichen gibt es keine Kontumazialurteile. Auch die in § 19 Abs. 2 der RRV vom 27.2.1942 erwähnte Meldung der Gerichtsschreiber an die Jugendanwaltschaft kommt somit nicht vor.

¹¹³⁾ § 18 RRV vom 27.2.1942.

haben. Die Kantone ihrerseits haben nur zu bestimmen, wer, unter Vorbehalt der Unterstützungspflicht der Verwandten, die Kosten zu tragen hat, wenn der Verurteilte selbst oder dessen Eltern diese Kosten nicht bestreiten können. In diesem Rahmen haben die Kantone bei der Aufstellung der betreffenden Bestimmungen freie Hand.

Vor dem Inkrafttreten des Einführungsgesetzes zum eidg. Strafgesetzbuch hat im Kanton Aargau der Staat die Kosten der gerichtlichen Versorgung Jugendlicher in der Erziehungsanstalt getragen. Dieser Grundsatz wurde im Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch aufgegeben. Gemäß § 58 Abs. 4 EG trägt der Staat nur noch die Kosten der gerichtlichen Versetzung Jugendlicher in eine Strafanstalt (Art. 93 Abs. 2 StGB) und der Einschließung (Art. 95 StGB). Für die Kosten der gerichtlichen Einweisung eines Kindes oder Jugendlichen in eine Familie oder in eine Erziehungsanstalt, sowie der besonderen Behandlung im Sinne von Art. 92 StGB, haften gemäß § 58 Abs. 1 EG in erster Linie das Vermögen des Kindes oder Jugendlichen, sodann die Eltern und die unterstützungspflichtigen Verwandten. Sind die Kosten auf diese Weise nicht erhältlich, so hat die unterstützungspflichtige Armenbehörde dafür aufzukommen nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Armenfürsorge und des Konkordates betr. die wohnörtliche Unterstützung. Praktisch heißt das, daß die Armenbehörde fast immer diese Vollzugskosten tragen muß, denn diese werden nur selten vom Versorgten selbst, von seinen Eltern oder von seinen unterstützungspflichtigen Verwandten erhältlich gemacht werden können.

Die vom aarg. Gesetzgeber gewählte Lösung ist gerechtfertigt, weil zwischen den Erziehungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche und dem Strafvollzug für Erwachsene ein grundsätzlicher Unterschied besteht. Die Erwachsenen erlernen in der Strafanstalt nur in seltenen Fällen einen Beruf. Erziehungsmaßnahmen bei Kindern und namentlich bei Jugendlichen dagegen verfolgen den Zweck, den entgleisten jungen Menschen wertvolle Kenntnisse für das spätere Leben mitzugeben. Oft ist mit der Versorgung eine Berufslehre verbunden. Die jungen Rechtsbrecher werden also in gleicher Weise für das praktische Leben vorbereitet, wie es bei pflichtgemäßer Fürsorge durch Eltern, Vormund und auch durch die Gemeinde hätte geschehen sollen. Den Gemeinden werden dadurch in vielen Fällen spätere Armenauslagen erspart, weshalb

es durchaus am Platze ist, ihnen subsidiär die Kosten solcher Erziehungsmaßnahmen aufzuerlegen ¹¹⁴⁾).

II. Der Rückerstattungsanspruch der unterstützungspflichtigen Armenbehörde und seine Geltendmachung

Der Rückerstattungsanspruch gegenüber den pflichtigen Verwandten ist gemäß § 58 Abs. 1 letzter Satz EG von der Armenbehörde geltend zu machen. Analog sind auch allfällige Unterstützungsbeiträge der Eltern von der Armenbehörde einzufordern ¹¹⁵⁾. Diese Aufgabe kann nicht Sache der Vollzugsbehörde, d. h. der Jugendanwaltschaft sein, so wenig wie die Geltendmachung allfälliger Rückforderungsrechte gegenüber anderen Gemeinden gemäß den Bestimmungen des Armengesetzes und des Konkordates. Müssen Kantonsbürger oder Angehörige von Konkordatskantonen versorgt werden, verlangt daher die Jugendanwaltschaft immer von der Wohngemeinde des Einzuweisenden Gutsprache für die Kosten dieser Versorgung, in der Meinung, daß es dann Sache der Wohngemeinde ist, allfällige Rückforderungsansprüche gegenüber Eltern, unterstützungspflichtigen Verwandten oder anderen Gemeinden gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über die Armenfürsorge (§§ 35 und 36 ff.) bzw. des Konkordates betr. die wohnörtliche Unterstützung geltend zu machen. Im Hinblick auf diese armenrechtliche Auseinandersetzung ist schon zur Orientierung der Wohnsitzgemeinde die Einforderung einer Kostengutsprache von derselben unerlässlich. Die zahlungspflichtige Gemeinde kann aber der Jugendanwaltschaft nicht aus finanziellen Gründen bezüglich der Wahl der Anstalt oder der Familie irgendwelche Vorschriften machen. Bei dieser Wahl, welche die Jugendanwaltschaft selbständig trifft, sollen in erster Linie erzieherische Gesichtspunkte maßgebend sein. Praktisch sind allerdings Verhandlungen mit der unterstützungspflichtigen Gemeinde nicht immer zu umgehen. Letztere ist aber grundsätzlich zur Zahlung verpflichtet. Will sie sich gegen Anordnungen der

¹¹⁴⁾ Protokoll EG S. 85/86, Protokoll GR vom 3.3.1941, Art. 648, S. 1023.

¹¹⁵⁾ Die Armenbehörde kennt meistens die finanziellen Verhältnisse der Eltern und kann daher am besten beurteilen, ob denselben ein Beitrag an die Kosten der Versorgung ihres Kindes zugemutet werden darf oder nicht.

Jugendanwaltschaft hinsichtlich Wahl der Anstalt oder der Familie zur Wehr setzen, so muß sie das durch Beschwerde an die Justizdirektion tun, da die Jugendanwaltschaft gemäß § 42 Abs. 3 EG unter der allgemeinen Aufsicht der Justizdirektion steht. Die Beschwerde ist in diesem Falle also nicht an das Jugendamt zu richten, da es sich bei der fraglichen Verfügung der Jugendanwaltschaft nicht um eine Untersuchungshandlung im Sinne von § 46 Ziff. 1 EG handelt.

III. Die Heimschaffung

Wer hat für die Kosten von Maßnahmen gegen Kinder oder Jugendliche aufzukommen, die nicht im Kanton Aargau armenrechtlich zuständig sind (Angehörige von Nichtkonkordatskantonen und Ausländer), die sich aber dauernd im Kanton Aargau aufhalten und für die weder von den Angehörigen noch von den Heimatbehörden noch von anderer Seite Beiträge erhältlich gemacht werden können? Soll der Urteilkanton diese Kosten übernehmen müssen, oder soll ihm das Recht zustehen, das Kind oder den Jugendlichen heimzuschaffen?

Art. 90 Abs. 3 des Vorentwurfs hatte als letztes Mittel das Heimschaffungsrecht vorgesehen. Der Regierungsrat hat in seinem Entwurf dieses Heimschaffungsrecht gestrichen, jedoch auch keine Bestimmung aufgenommen, daß in solchen Fällen der Staat die Versorgungskosten zu tragen habe. Man war der Meinung, daß bis zur endgültigen Ordnung dieser Frage durch den Bund oder durch ein Konkordat von Fall zu Fall entschieden werden soll ¹¹⁶⁾.

Die großrätliche Kommission hat diese Heimschaffungsmöglichkeit von versorgten Kindern und Jugendlichen, die nicht im Kanton Aargau armenrechtlich zuständig sind, wieder aufgenommen, immerhin nur unter der Bedingung, daß die Versorgung oder Behandlung vom Heimatkanton garantiert wird. Unter dieser Bedingung ist das Heimschaffungsrecht als bundesrechtlich zulässig zu betrachten. Es ist in diesem Rahmen in § 58 Abs. 3 EG enthalten ¹¹⁷⁾.

¹¹⁶⁾ Botschaft EG S. 72.

¹¹⁷⁾ Zu den grundsätzlichen Bedenken, die sich gegen das Recht der Heimschaffung erheben, vgl. Pfenninger, SJZ 38, 82; Grob III. Jugendgerichtstag S. 75.

Wer die Versorgungskosten zu tragen hat, sofern von der Heimschaffungsmöglichkeit nicht Gebrauch gemacht wird, sagt § 58 EG nicht. Zweifellos muß der Staat diese Kosten tragen, analog der ausdrücklichen Bestimmung in Art. 90 Abs. 3 des Vorwurfs. Es ist aber nicht klar, ob die Armendirektion oder die Justizdirektion für diese Kosten aufkommen muß. Diese Frage hat zwar nur akademische Bedeutung, da auf alle Fälle der Staat bezahlt. De lege ferenda sollte aber doch diese Unklarheit beseitigt werden.

Für interkantonale Verhältnisse bleibt im übrigen das vom Bundesrat am 23.6.1944 genehmigte Konkordat über die Kosten des Strafvollzuges, welchem der Kanton Aargau am 3.3.1947 beigetreten und das am 1.4.1947 in Kraft getreten ist, vorbehalten.

§ 13. Die staatliche Aufsicht über die privaten Erziehungsanstalten

Gemäß Art. 391 StGB haben die Kantone die für den Vollzug von erzieherischen und sichernden Maßnahmen bestimmten Privatanstalten einer sachgemäßen Aufsicht zu unterstellen. Diese Aufgabe ist in § 57 Abs. 2 EG der Jugendanwaltschaft übertragen worden. Unter den „Privatanstalten“, die der Aufsicht der Jugendanwaltschaft unterstellt sind, können sicher nur diejenigen Anstalten verstanden sein, die sich mit der Behandlung von Kindern und Jugendlichen befassen. Es kann unmöglich Sache der Jugendanwaltschaft sein, auch die Anstalten für den Vollzug sichernder Maßnahmen im Sinne von Art. 42 ff. StGB zu überwachen, obwohl § 57 Abs. 2 EG allgemein von der „Aufsicht über Privatanstalten gemäß Art. 391 StGB“ spricht und Art. 391 StGB „die für den Vollzug von erzieherischen und sichernden Maßnahmen bestimmten Privatanstalten“ einer sachgemäßen Aufsicht unterstellt. § 57 Abs. 2 EG muß aber im systematischen Zusammenhang betrachtet werden: Er steht im III. Titel des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch unter den Bestimmungen über die Jugendstrafrechtspflege. In Abs. 1 des § 57 EG ist von den geeigneten Anstalten zur Einweisung von Kindern und Jugendlichen die Rede, und unmittelbar anschließend in Abs. 2 von der er-

wähnten Aufsicht über „Privatanstalten“. Abs. 1 und 2 des § 57 EG haben daher die gleichen Anstalten im Auge, nämlich die Anstalten für Kinder und Jugendliche.

Die Richtigkeit dieser Auffassung ergibt sich auch aus der Entwicklungsgeschichte des § 57 Abs. 2 EG. Im Entwurf des Regierungsrates war die Aufsichtsfunktion über die Privatanstalten dem Jugendamt zugedacht. Dem Jugendamt oblag gemäß § 54 Ziff. 2 und 3 des regierungsrätlichen Entwurfs „die staatliche Aufsicht über die privaten Anstalten und besonderen Einrichtungen für körperlich, geistig und sittlich schwache, gebrechliche, verwahrloste, verdorbene und gefährdete Kinder und Jugendliche“. Es hatte ferner die Aufsicht zu führen über „Kinderheime, Kinderkrippen, Jugendhorte, Säuglingsheime und ähnliche Anstalten, insbesondere soweit diesen Staatsbeiträge verabfolgt werden.“ Aus diesen Bestimmungen ist § 57 Abs. 2 EG hervorgegangen. Schon in § 54 Abs. 2 des Entwurfs der Großratskommission wurde aber nur noch von der „Aufsicht über Privatanstalten gemäß Art. 391 StGB“ gesprochen. Inhaltlich handelt es sich dabei aber um die gleiche Aufsicht, von der schon in § 54 Ziff. 2 und 3 des Entwurfs des Regierungsrates die Rede war. Ueber die Gründe dieser redaktionellen Vereinfachung, die abgesehen von der erwähnten Unklarheit sicher als zweckmäßig bezeichnet werden muß, ist den Materialien nichts zu entnehmen; ebenso wenig darüber, warum man die ursprünglich dem Jugendamt zugedachte Aufsichtsfunktion der Jugendanwaltschaft überbunden hat. Vermutlich wurde diese Uebertragung auf die Jugendanwaltschaft vorgenommen, nachdem die Großratskommission das Jugendamt gestrichen hatte. Später, als das Jugendamt doch wieder geschaffen wurde, hat man unterlassen, die staatliche Aufsicht über die privaten Anstalten für den Vollzug von Maßnahmen gegen Kinder und Jugendliche wieder dem Jugendamt zurückzugeben. Es wäre zweifellos richtiger gewesen, das Jugendamt mit dieser Aufgabe zu betrauen. Einmal handelt es sich dabei um eine Aufgabe der allgemeinen Jugendfürsorge, die ausgesprochen in die Kompetenz des Jugendamtes fällt. Sodann ist die Jugendanwaltschaft als Versorger auf ein gutes Einvernehmen mit den zu beaufsichtigenden Anstalten angewiesen und daher schlecht geeignet für diese Aufsichts- und Kontrollfunktion, da sie dazu nicht die notwendige Unabhängigkeit besitzt. De lege ferenda schlagen wir daher vor, die staatliche Aufsicht im Sinne des § 57 Abs. 2 EG dem Jugendamt zu

übertragen¹¹⁸⁾). Gleichzeitig wäre § 57 Abs. 2 EG dahin zu präzisieren, daß sich die Aufsicht durch das Jugendamt nur auf die für den Vollzug von Maßnahmen gegen Kinder und Jugendliche bestimmten Privatanstalten erstreckt.

¹¹⁸⁾ Vgl. Protokoll des Großen Rates vom 20.3.1941 Art. 662 S. 1046:

„Das Strafgesetzbuch schreibt eine Kontrolle der Anstalten der Jugendhilfe vor. Diese Kontrolle muß einer Stelle überbunden werden, wobei man an die Justizdirektion gedacht hat oder an die Jugendanwaltschaft. Aber besser wäre es, wenn die Kontrolle einem Mittelding zwischen diesen beiden Instanzen übertragen würde.“

Vgl. auch Protokoll EG S. 84. Ferner Regierungsratsbeschluß vom 23.3.1946 (Nr. 830) und Verordnung des Regierungsrates über die Staatliche Beaufsichtigung und Subventionierung der gemeinnützigen Erziehungsanstalten vom 6.9.1946, wonach die Staatsaufsicht über die gemeinnützigen Erziehungsanstalten von der Erziehungsdirektion ausgeübt wird, die jedoch das kantonale Jugendamt mit der Durchführung dieser allgemeinen Staatsaufsicht beauftragt.

Schlußwort

Das Jugendstrafverfahren des Kantons Aargau darf zweifelsohne als erfreuliches gesetzgeberisches Werk angesprochen werden. Wir sind zu dem Ergebnis gelangt, daß diesem Verfahren evidente Mängel nicht anhaften, und daß sich daher wesentliche Aenderungen an demselben zur Zeit nicht aufdrängen. Obschon völliges Neuland betretend, hat sich dieses Verfahren als der Verwirklichung des materiellen Rechts dienlich und im großen und ganzen auch als zweckmäßig erwiesen.

Die beiden Kernprobleme im aarg. Jugendstrafverfahren sind offensichtlich die Frage nach der Richtigkeit der Verwendung der Schulpflege als Organ der Jugendstrafrechtspflege, sowie die Frage der zweckmäßigsten Ausgestaltung der Jugendanwaltschaft. Diese beiden Fragen können aber heute noch nicht eindeutig beantwortet werden. Namentlich wird ein Urteil über die sog. Schulgerichtsbarkeit erst dann möglich sein, wenn gewisse grundlegende Kenntnisse im Untersuchungswesen und das Wissen um die besonderen Anforderungen der Untersuchung gegenüber Kindern bei den Schulpflegern durch lange Erfahrung und fortwährende Aufklärung zur Selbstverständlichkeit geworden sind. Von diesem Zustande ist man heute noch weit entfernt. Darum ist auch ein abschließendes Urteil nach dieser Richtung noch nicht möglich. Andererseits wird auch die Organisation der Jugendanwaltschaft davon beeinflußt, ob die örtliche Schulpflege als Organ der Jugendstrafrechtspflege verwendet wird oder nicht. Diese beiden Kernprobleme sind abhängig voneinander. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß eine gewisse Dezentralisation der Jugendanwaltschaft unvermeidlich wäre, wenn die Mitwirkung der örtlichen Schulpflege im Jugendstrafverfahren beseitigt würde, daß dagegen eine dezentralisierte Jugendanwaltschaft eher entbehrlich erscheint, wenn die örtliche Schulbehörde als Organ der Jugendstrafrechtspflege beibehalten wird. Innerhalb dieses Rahmens wird erst die Zukunft die beste Lösung zu finden vermögen.

Anhang

Revisionsvorschläge de lege ferenda

Einführungsgesetz

§ 43.

Vollzug von Strafen und Maßnahmen gemäß § 54 und Ueberwachung der Erziehung von Kindern und Jugendlichen gemäß Art. 84 Abs. 3 und Art. 91 Ziff. 4 in Verbindung mit Art. 391 StGB; Ziffer 4

Antragstellung auf („Aenderung oder“ streichen, da schon in Ziff. 2 enthalten) Aufhebung der getroffenen Maßnahmen gemäß Art. 84 Abs. 1 und 2, 85, 91 Ziff. 2, 92 und 93 Abs. 2 StGB, auf bedingte Entlassung und Widerruf derselben gemäß Art. 94 StGB, auf Abschen von Maßnahmen gemäß Art. 87 Abs. 2, 88 und 98 StGB, auf Aufschub des Entscheides gemäß Art. 97 StGB und auf Einstellung der Untersuchung. Ziffer 5
neu

Event. wäre die Aufhebung von Maßnahmen, die bedingte Entlassung und der Widerruf derselben in die Kompetenz der Jugendanwaltschaft zu legen, vorbehältlich der Beschwerde an den Regierungsrat.

Löschung des Eintrages im Strafregister gemäß Art. 97 Abs. 3 StGB, sowie gemäß Art. 96 Abs. 4 und 99 StGB, wenn sich der Registereintrag auf Strafbefehl der Jugendanwaltschaft gründet. Ziffer 7
neu

§ 44.

Strafbare Handlungen von Jugendlichen, welche ausschließlich mit einer Geldbuße oder wahlweise mit Geldbuße oder Haft oder Gefängnis bedroht sind und für welche wegen ihrer Beschaffenheit und nach den Umständen der Tat nur Geldbuße oder Verweis in Frage kommen, können von der Jugendanwaltschaft durch bedingten Strafbefehl mit Buße oder Verweis erledigt werden, wobei die §§ 19 ff. dieses Gesetzes sinngemäß Anwendung finden.

§ 45.

- Ziffer 6 *Die Aufsicht über private Anstalten für die Erziehung und*
neu *Behandlung von Kindern und Jugendlichen gemäß Art. 391*
StGB.

§ 46.

- Ziffer 5 Für den Entscheid über Aufhebung von Maßnahmen gemäß
Art. 84 Abs. 4 und Art. 91 Ziff. 2 StGB.

Event. wäre diese Kompetenz der Jugendanwaltschaft zu übertragen, wie auch für den Entscheid über die bedingte Entlassung und den Widerruf derselben gemäß Art. 94 StGB (§ 46 Ziff. 6).

§ 47.

- Absatz 1 Die Zuständigkeit der Schulpflege ist auszudehnen auf die
vorschulpflichtigen Kinder, die das 6. Altersjahr erreicht haben. Vgl. Revisionsvorschlag zu § 12 VJStrV;

- Absatz 3 Erachtet die Jugendanwaltschaft Schularrest oder einen Verweis gegenüber Kindern oder einen Verweis gegenüber *volks-*
schulpflichtigen Jugendlichen als angezeigt, so überweist sie die Akten mit einem entsprechenden Antrag der Schulpflege des Wohnortes event. des Aufenthaltsortes zur Beurteilung des Falles und zum Vollzuge. *Die Jugendanwaltschaft kann jedoch, wenn ihr dies aus besonderen Gründen angezeigt erscheint, die Akten statt der Schulpflege auch dem zuständigen Jugendgericht zur Beurteilung überweisen.*

§ 48.

- Absatz 2 *Der Präsident des Jugendgerichts* ist befugt, für jeden einzelnen Fall unter Berücksichtigung seiner besondern Beschaffenheit ein bis zwei weitere geeignete Personen, auch Frauen, mit beratender Stimme beizuziehen.

§ 49.

- Ziffer 2 *Die Ausfällung von Disziplinarmaßnahmen gemäß Art. 87*
neu *StGB in den ihm von der Jugendanwaltschaft überwiesenen Strafsachen gegen Kinder;*

Die Ausfällung von Strafen gemäß Art. 95 StGB, *unter Vorbehalt von §§ 44 und 47 Abs. 3 dieses Gesetzes;* Ziffer 3

Die Anordnung und den Widerruf des bedingten Strafvollzuges gemäß Art. 96 StGB, *unter Vorbehalt von § 43 Ziff. 6 dieses Gesetzes;* Ziffer 4

Die Löschung des Eintrages im Strafregister gemäß Art. 96 Abs. 4 und 99 StGB, *unter Vorbehalt von § 43 (neue) Ziff. 7 dieses Gesetzes;* Ziffer 5

Den Aufschub des Entscheides gemäß Art. 97 StGB. Event. Ziffer 8

§ 51.

Die Abteilung für Jugendstrafsachen ist zuständig zur Behandlung von Beschwerden gegen Entscheide des Jugendgerichts, wenn das Kind oder der Jugendliche Ziffer 1

1. in eine Familie oder eine Erziehungsanstalt eingewiesen wurde;

(die Worte „oder rückversetzt“ sind zu streichen).

§ 53.

Wird ein Angeschuldigter, der das 18. (*nicht aber das 20., zu streichen*) Altersjahr zurückgelegt hat, gleichzeitig für strafbare Handlungen verfolgt, die er vor und nach Erreichung des 18. Altersjahres begangen hat, *so gelangen das ordentliche Verfahren und die entsprechenden Bestimmungen des eidg. Strafgesetzbuches zur Anwendung.*

§ 54.

Die Jugendanwaltschaft bestimmt auch, ob ein Kind oder ein Jugendlicher im Sinne von Art. 84 Abs. 2 und 91 Ziff. 2, Abs. 2 StGB der eigenen Familie zur Erziehung überlassen werden soll. Absatz 2 neu

§ 55.

Die Durchführung der nach Art. 94 Abs. 2, 96 Abs. 2 und 97 Abs. 1 angeordneten Schutzaufsicht über Jugendliche obliegt der Schutzaufsichtskommission in Verbindung mit der Jugendanwaltschaft. Absatz 1 (redaktionelle Aenderung)

§ 57.

Absatz 1 Streichen und durch folgende Bestimmung ersetzen:

Die Wahl der geeigneten Anstalten zur Einweisung von Kindern und Jugendlichen gemäß Art. 84 Abs. 1 und 91 Ziff. 1 und 3 StGB ist Sache der Jugendanwaltschaft. Es sollen jedoch in erster Linie aargauische Anstalten berücksichtigt werden;

Absatz 2 Streichen und durch folgende Bestimmung ersetzen:

Die Aufsicht über private Anstalten für die Erziehung und Behandlung von Kindern und Jugendlichen gemäß Art. 391 StGB wird vom Jugendamt ausgeübt.

§ 58.

Absatz 3 Handelt es sich um Personen, die nicht im Kanton Aargau armenrechtlich zuständig sind, so kann die Heimschaffung erfolgen, sofern die Versorgung oder Behandlung vom Heimatkanton durchgeführt wird. *Wird von der Heimschaffungsmöglichkeit nicht Gebrauch gemacht, obschon keine Beiträge an die Kosten der Versorgung erhältlich gemacht werden können, sowie gegenüber Ausländern trägt die kantonale Armendirektion (event. die Justizdirektion) die Kosten der Versorgung.*

Verordnung über das Jugendstrafverfahren

§ 4.

Die Untersuchungs- und Strafakten über Kinder und Jugendliche werden bei der Jugendanwaltschaft aufbewahrt. Sie dürfen nur an Gerichts-, Schul-, Vormundschafts- und Armenbehörden, *Unfallakten auch an die „SUV“ (event. auch an private Versicherungsgesellschaften) herausgegeben werden*; vorbehalten bleiben die Rechte der Verteidigung. Anstände über die Aktenherausgabe entscheidet die Justizdirektion.

§ 5.

Zivilansprüche des oder der Geschädigten können im Jugendstrafverfahren geltend gemacht werden, *ausgenommen vor der Schulpflege*.

Event. auch nicht vor dem Jugendanwalt als Strafbefehlsrichter.

§ 11.

Kinder und Jugendliche können auch vorsorglich aus ihrer bisherigen Umgebung entfernt und anderweitig untergebracht werden, wenn ihr leibliches und sittliches Wohl es erfordert.

Absatz 3
neu

Die Unterbringung in einer Anstalt oder Familie an Stelle der Haft und als vorsorgliche Maßnahme, sowie der Aufenthalt in einer Beobachtungsstation können je nach den Umständen an der Freiheitsstrafe und an der Erziehungsmaßnahme angerechnet werden.

Absatz 5
neu

Die Kosten der hier vorgesehenen Maßnahmen gelten als Untersuchungskosten.

§ 12.

Die Schulpflege des Wohn- oder Aufenthaltsortes ist auch zuständig zur Führung der Untersuchung gegen vorschulpflichtige Kinder, die das 6. Altersjahr erreicht haben. Gegenüber Anstaltszöglingen wird die Untersuchung von einem Mitgliede der Aufsichtskommission geführt.

Absatz 3
neu

§ 18.

Die Bestimmungen über den Kostenentscheid bei Einstellung der Untersuchung kommen analog auch bei Aufschub des Entscheides gemäß Art. 97 Abs. 1 StGB und bei Absehen von Maßnahmen gemäß Art. 87 Abs. 2, 88 und 98 StGB zur Anwendung.

Absatz 3
neu

Event. Bestimmungen über Kostenbehandlung bei Erledigung des Verfahrens durch Urteil als analog anwendbar erklären.

§ 19.

Erachtet die Jugendanwaltschaft in Uebereinstimmung mit der Schulpflege Schularrest oder Verweis gegenüber Kindern oder Verweis gegenüber volksschulpflichtigen Jugendlichen als angezeigt, so überweist sie die Akten mit einem entsprechenden schriftlichen Antrage der zuständigen Schulpflege zur Beurteilung des Falles und zum Vollzuge.

Neue Fassung

Die Schulpflege ist an den Antrag der Jugendanwaltschaft insofern nicht gebunden, als sie anstelle von beantragtem Schularrest auf Verweis erkennen kann und umgekehrt. Sie entscheidet im Rahmen dieser Kompetenz endgültig.

§ 22.

Die systematische Stellung dieses Paragraphen ist falsch. Er gehört unter die Bestimmungen über die Einstellung der Untersuchung.

§ 23.

Neue Fassung *Können sich Schulpflege und Jugendanwaltschaft nicht einigen, ob eine Erziehungsmaßnahme angeordnet werden soll oder nicht, oder will die Schulpflege entgegen der Auffassung der Jugendanwaltschaft freisprechen, so sind die Akten von der Jugendanwaltschaft dem Jugendgericht zum Entscheide zu überweisen.*

Spricht die Schulpflege entgegen dem Antrage der Jugendanwaltschaft frei, so können die Akten von der Jugendanwaltschaft nachträglich ebenfalls noch dem Jugendgericht zum Entscheide vorgelegt werden.

§ 24.

Event. sollte das Urteilsverfahren vor der Schulpflege etwas näher geregelt werden.

§ 27.

Absatz 2 *Der Beanzeigte hat in der Regel persönlich zur Hauptversammlung zu erscheinen.*

(Diese Bestimmung ist im übrigen zum selbständigen Paragraphen zu erheben, da sie inhaltlich nicht zu Absatz 1 gehört).

§ 28.

Absatz 3 *Die Einschränkung der Berichterstattung durch die Presse sollte auch auf das Stadium der Untersuchung ausgedehnt werden. Ausnahmen könnten in diesem Falle von der Schulpflege und der Jugendanwaltschaft bewilligt werden.*

§ 30.

Stellt die Jugendanwaltschaft Antrag auf Einweisung in eine Familie oder in eine Anstalt, auf Versetzung in eine Strafanstalt, auf Einschließung allein oder in Verbindung mit einer Buße oder auf Aenderung der Maßnahmen, so soll der Vertreter der Jugendanwaltschaft seine Anträge *in der Regel* persönlich vor Gericht vertreten.

Den Satz „in allen andern Fällen ist ihm das Erscheinen freigestellt“ streichen.

§ 31.

Vor Jugendgericht ist die Verteidigung in allen Fällen zugelassen, in denen die Jugendanwaltschaft die Einweisung in eine Familie oder in eine Erziehungsanstalt, *die Aenderung dieser Maßnahmen*, die Versetzung in eine Strafanstalt oder die Einschließung allein oder in Verbindung mit einer Buße beantragt; Absatz 2

Bei Bestellung eines Verteidigers im Jugendstrafverfahren kommt § 32 Abs. 4 EG analog zur Anwendung. Absatz 4 neu

§ 36.

Beschwerden gegen Verfügungen der Jugendanwaltschaft (zu streichen: *während des Untersuchungsverfahrens*) sind beim Jugendamt innert 10 Tagen seit Eröffnung der Verfügung einzureichen. Absatz 1

§ 38.

Gegen Entscheide des Jugendgerichts ist die Beschwerde an das Obergericht zulässig, wenn das Kind oder der Jugendliche

1. in eine Familie oder in eine Erziehungsanstalt eingewiesen (zu streichen: *oder rückversetzt*) wurde.

§ 40.

Es ist zu bestimmen, wo das Wiederaufnahmegesuch gegen das Urteil einer Schulpflege eingereicht werden muß.

Ferner sollte die Beschwerdemöglichkeit gegenüber dem Entscheid betr. Wiederaufnahme als solche klar geregelt werden.

Regierungsverordnung über das kantonale Strafregister und die Strafkontrolle

§ 8.

lit. a In die Strafkontrolle sind, mit Ausnahme der Verurteilungen von Kindern, einzutragen:

- a) die Verurteilungen wegen Uebertretung des schweiz. Strafgesetzbuches oder anderer Bundesgesetze (für Jugendliche zu streichen: *sofern eine geringere Buße als Fr. 50.— ausgesprochen wurde, Art. 30, Abs. 1 der eidg. VO*).

§ 17.

Absatz 2 Das Wort „*eintragungspflichtigen*“ ist zu streichen, denn alle Strafbefehle der Jugendanwaltschaft sind eintragungspflichtig, sei es in das Strafregister, sei es in die kantonale Strafkontrolle.

§ 19.

Absatz 1 Ist zu streichen, da es keine Kontumazialurteile gegen Jugendliche gibt.
lit. c

Absatz 2 Die entsprechende Meldung der Gerichtsschreiber an die Jugendanwaltschaft fällt daher ebenfalls weg. Die Worte: „*bzw. der Jugendanwaltschaft*“ sind daher zu streichen.

